



Kieler **Diskussionsbeiträge**



IfW-Krisencheck: Alles wieder gut in Griechenland?

**Klaus Schrader, David Bencek und
Claus-Friedrich Laaser**

Nr. 522/523 | Juni 2013

Institut für Weltwirtschaft Kiel

Web: www.ifw-kiel.de

Dr. Klaus Schrader

Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Telefon: +49/431/8814-280
E-Mail: klaus.schrader@ifw-kiel.de

David Bencek

Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Telefon: +49/431/8814-470
E-Mail: david.bencek@ifw-kiel.de

Dr. Claus-Friedrich Laaser

Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Telefon: +49/431/8814-463
E-Mail: claus-friedrich.laaser@ifw-kiel.de

KIELER DISKUSSIONSBEITRÄGE

Herausgegeben vom Institut für Weltwirtschaft
24100 Kiel
Tel: +49/431/8814-1; Website: <http://www.ifw-kiel.de>

Schriftleitung:

Prof. Dr. Harmen Lehment
Tel: +49/431/8814-232; E-Mail: harmen.lehment@ifw-kiel.de

ISSN 0455-0420

© Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel 2013.

Alle Rechte vorbehalten. Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages ist es auch nicht gestattet, das Werk oder Teile daraus in irgendeiner Form (Fotokopie, Mikrofilm oder einem anderen Verfahren) zu vervielfältigen oder unter Verwendung elektronischer Systeme zu verarbeiten oder zu verbreiten.

Inhalt

1	Die Ausgangssituation	3
2	Die wirtschaftliche Talfahrt Griechenlands	4
	2.1 Die Wachstumskrise: Warten auf die Wende	4
	2.2 Die Arbeitsmarktmisere: Hoffnungsschimmer am Horizont?	6
3	Auf der Suche nach einem neuen Geschäftsmodell	12
	3.1 Ende der außenwirtschaftlichen Schieflage?	12
	3.2 Griechische Spezialitäten	16
	3.3 Die richtigen Handelspartner?	21
	3.4 Exportmotor „Dienstleistungen“	23
	3.5 Ein Fazit	24
4	Schuldenberge ohne Ende	25
	4.1 Die untragbare Staatsverschuldung	25
	4.2 Das Schuldenproblem der privaten Haushalte	34
5	Mit Strukturreformen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit?	38
6	Griechenland zwischen Krise und Neuanfang	42
	Anhang	47
	Literatur	52

Die Autoren danken Frauke Steglich für ihre wertvolle Unterstützung bei der Datensammlung sowie Helga Huß für die Erstellung des Manuskripts. Die redaktionelle Bearbeitung hat dankenswerterweise Ilse Büxenstein-Gaspar durchgeführt.



Copyright Geobasisdaten © EuroGeographics

1 Die Ausgangssituation

Die Botschaft der Euro-Gruppe und des IWF im Mai 2010 sollte beruhigend wirken: Das Euromitglied Griechenland würde als Opfer der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008 und 2009 vorübergehend die notwendige finanzielle Hilfen erhalten, um bald wieder auf eigenen Beinen stehen zu können. Ein auf drei Jahre befristetes Hilfsprogramm mit einem Kreditvolumen von insgesamt 110 Mrd. Euro sollte den drohenden Staatsbankrott Griechenlands verhindern und der griechischen Regierung ausreichend Zeit verschaffen, über Einsparungen und Strukturreformen die Krise zu meistern. Die sich abzeichnende Erholung der Weltkonjunktur sollte die Rückkehr zu einem nachhaltigen Wachstum und einem ausgeglichenen Staatshaushalt unterstützen.

Der Verstoß gegen die No-Bailout-Klausel des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (Art. 125 AEUV) wurde als vorübergehender Kollateralschaden der Griechenlandhilfe billigend in Kauf genommen. Der Beistandsartikel 122 AEUV, eigentlich für außergewöhnliche Ereignisse in Gestalt von Naturkatastrophen vorgesehen, wurde als Rechtfertigung herangezogen, um den Vertragsbruch zu kaschieren und um eine – zumindest kleine – Hürde für Bailout-Begehren anderer Krisenländer zu errichten.

Dennoch wurden in der Folgezeit bis 2013 für vier weitere Euroländer Rettungsprogramme aufgelegt und die Rettung Griechenlands entwickelte sich zu einer unendlichen Geschichte. Doch zum Jahreswechsel 2012/13 waren aus Griechenland nach einem turbulenten Jahr 2012 keine Hiobsbotschaften mehr zu vernehmen. Im Gegenteil waren auch außerhalb Griechenlands Stimmen zu hören, denen zufolge das Schlimmste vorbei wäre und sich eine Wende zum Besseren vollziehen würde. Dabei hatte das Jahr 2012 dramatisch begonnen: Ende Februar 2012 musste ein Schuldenschnitt bei den privaten Gläubigern erfolgen, um die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung wenigstens auf ein Mindestmaß zu erhöhen. Trotzdem war im März 2012 ein zweites wirtschaftliches Anpassungsprogramm notwendig, für das Eurogruppe und IWF die Hilfskredite

um zusätzliche 130 Mrd. Euro bis 2014 aufstocken mussten. Eine sich selbst tragende wirtschaftliche Erholung war zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar.

Eine weitere unerledigte griechische Baustelle waren die 2010 versprochenen Strukturreformen, die nur sehr zögerlich, wenn überhaupt, eingeleitet worden waren. Die internationalen Kreditgeber hatten zudem begreifen müssen, dass mit der Verabschiedung von Reformgesetzen keinesfalls automatisch die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen verbunden war – die griechische Staatsverwaltung erwies sich zu oft als unwillig und unfähig, Reformen umzusetzen. Das Jahr 2012 startete zudem unter für den Reformprozess sehr ungünstigen Vorzeichen: Die Übergangsregierung war politisch handlungsunfähig, der lange Wahlkampf bis zu den Parlamentswahlen im Mai war von populistischen Versprechen geprägt, durch die Wiederholung der Wahlen im Juni aufgrund einer politischen „Patt-Situation“ und einer schwierigen Regierungsbildung nach der Wiederholungswahl kam es fast zu einer völligen politischen Lähmung des Landes. Erst im zweiten Halbjahr 2012 schien die neue Regierung Griechenland wieder in die Reformspur zurückzuführen. Trotz erkennbarer Reformbemühungen folgte bis zum Jahresende 2012 ein Krisentreffen nach dem anderen, eine mehrfache Verschiebung des Troika-Berichts und letztendlich ein von den internationalen Rettern finanziertes Schuldentrückkaufprogramm im Dezember, bevor wieder Gelder für Griechenland freigegeben wurden.

Seitdem scheint es politische Leitlinie der Euro-Retter zu sein, das Positive an der Entwicklung in Griechenland hervorzuheben: Eine Verlangsamung des Schrumpfungsprozesses der griechischen Wirtschaft, ein allmählicher Rückgang des Leistungsbilanzdefizits, jedes im Parlament verabschiedete Reformgesetz sowie ein nicht mehr so hohes Primärdefizit im Staatshaushalt. Die Botschaft der griechischen und europäischen Politik lautete daher zum Ende des Jahres 2012, dass die schlimmste Krise in Griechenland überwunden sei und die Regierung beim Sparen und Reformieren „geliefert“ hätte.

Doch hält dieses Bild eines genesenden Griechenlands, das wie ein „Phönix aus der Asche“

aus der tiefsten Krise auferstanden ist, einer kritischen Überprüfung stand? Zweifel sind angebracht, zumal die politische Krise in Italien und der Beinahebankrott Zyperns zu Beginn des Jahres die Krise im Euroraum wieder in das politische und öffentliche Bewusstsein zurückbefördert haben. Die Erkenntnis ist gewachsen, dass die „Euro-Staatsschulden-Krise“ eben noch nicht überwunden ist und auch die Krisenbewältigung in Griechenland wieder kritischer hinterfragt werden sollte. Dies ist die Zielsetzung des vorliegenden IfW-Krisenchecks zur Lage in Griechenland. Dieser umfasst eine Bestandsaufnahme der griechischen Wirtschafts- und Reformentwicklung und gibt eine Einschätzung zu den wirtschaftlichen Genesungsaussichten des „Patienten Griechenland“. Im Einzelnen ist die Analyse wie folgt gegliedert: In Abschnitt 2 werden das aktuelle Ausmaß der griechischen Wirtschaftskrise und die kurzfristigen Entwicklungsperspektiven dargestellt. In Abschnitt 3 wird schwerpunktmäßig auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit des Landes und die Aussichten auf ein exportbasiertes Wachstum eingegangen. In Abschnitt 4 geht es um die Verschuldung der staatlichen und privaten Haushalte. Es sollen die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung beurteilt und die Fortschritte bei der Haushaltssanierung hinterfragt werden. Ergänzend wird die Schuldsituation der privaten Haushalte in Griechenland analysiert und die private Schuldentragfähigkeit vor dem Hintergrund der negativen Einkommensentwicklung im Land diskutiert. In Abschnitt 5 wird hinterfragt, wie erfolgreich die griechischen Strukturreformen, die zu einer Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft und der Attraktivität des Standorts Griechenland führen sollen, bisher verlaufen sind. In Abschnitt 6 wird abschließend die Frage beantwortet, ob in Griechenland tatsächlich die Wende zum Besseren eingeleitet wurde oder ob die griechische Krise als Dauerthema der europäischen Rettungspolitik erhalten bleibt.

2 Die wirtschaftliche Talfahrt Griechenlands

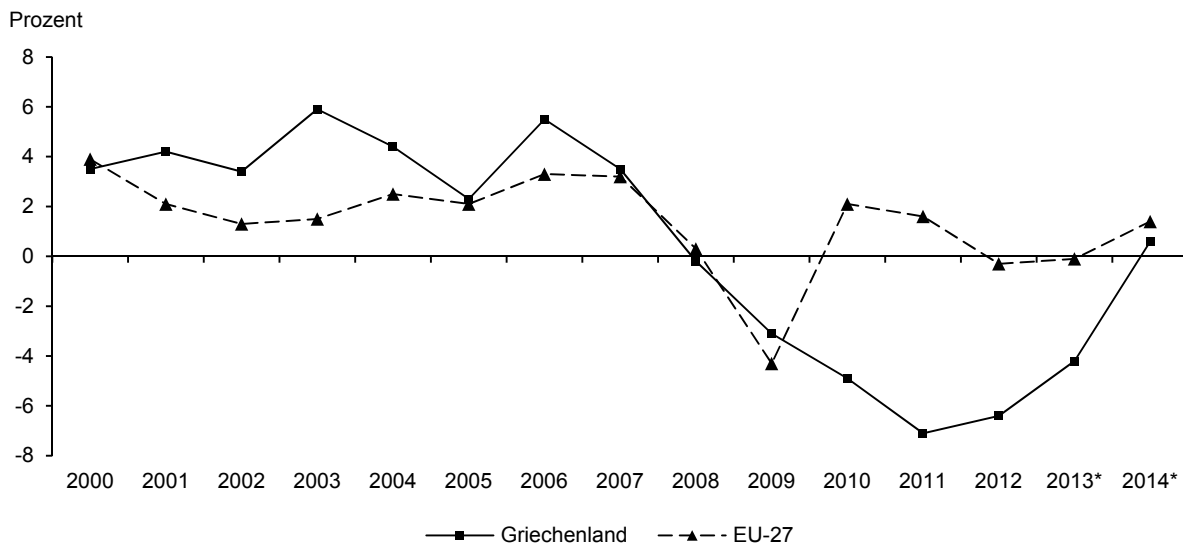
Seit dem offenen Ausbruch der griechischen Wirtschaftskrise und dem ersten Rettungspaket im Jahr 2010 warten die Rettungseuropäer auf die Wende. Doch die wirtschaftliche Talfahrt Griechenlands hat immer noch kein Ende genommen: Die Wirtschaft schrumpft, die Arbeitslosigkeit steigt, der prognostizierte Wendepunkt wird von Krisenjahr zu Krisenjahr in die Zukunft verschoben. Allerdings waren die Rettungsmaßnahmen auch dadurch begründet, dass die mit Reformauflagen vergebenen Rettungskredite Griechenland die Rückkehr zu einem angemessenen Wirtschaftswachstum ermöglichen sollen. Griechenland soll aus seiner Verschuldung herauswachsen und gleichzeitig wettbewerbsfähige Arbeitsplätze schaffen können. Wie wahrscheinlich ist eine solche Entwicklung im vierten Jahr der Griechenlandrettung?

2.1 Die Wachstumskrise: Warten auf die Wende

Bis zum Ausbruch der aktuellen Krise war das griechische reale Wirtschaftswachstum relativ hoch und stabil (Abbildung 1). Bis auf das Jahr 2005, als „nur“ 2,3 Prozent erreicht wurden, erzielte Griechenland vom Millennium bis 2007 stets ein Wachstum, das sich in der Bandbreite zwischen 3,5 bis fast 6 Prozent im Jahr bewegte. Damit lag die griechische Wachstumsrate auch im europäischen Vergleich überraschend hoch. Seit 2001 wuchs Griechenland deutlich rascher als der Durchschnitt der EU-27; insbesondere die Wachstumsrate von beinahe 6 Prozent im Jahre 2003 war nahezu viermal so hoch wie die der EU-27.¹ Erst die Rezession im Gefolge der Staatsschuldenkrise beendete dieses griechische Wachstumswunder. Dabei zeigte sich, dass die hohen Wachstumsraten kein Zeichen für eine nachhaltige Entwicklung waren, sondern eher für einen exzessiven, überwiegend auslandsfinanzierten Konsum standen.

¹ Siehe zum europäischen Vergleich des griechischen Wachstums vor der Krise ferner ausführlich Schrader und Laaser (2012: 10–11, Abbildungen 4 und 5).

Abbildung 1:

Reales Wirtschaftswachstum in Griechenland im EU-Vergleich 2000–2014^a

*Frühlingsprognose 2013 der EU-Kommission. — ^aBIP zu Marktpreisen (Volumen), prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

Quelle: EU-Kommission (2013a); Eurostat (2013a); eigene Darstellung und Berechnungen.

Zwar verzeichneten mit dem Ausbruch der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2008 praktisch alle westlichen Industriestaaten einen tiefen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität – und zwar umso mehr, je intensiver die Verflechtung eines Landes mit den Weltmärkten war. Dass der Fall Griechenland von anderer Qualität war, zeigte sich deutlich in der Phase nach dem Abklingen der unmittelbaren globalen Krise, als es in den anderen Industrieländern wieder aufwärts ging: Im Jahr 2010 konnte im Durchschnitt der EU-27 schon wieder ein Wachstum von 2,1 Prozent erzielt werden, in Griechenland schrumpfte dagegen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) nach 3 Prozent im Jahre 2009 in 2010 um fast 5 Prozent. Im folgenden Jahr 2011 erhöhte sich die Schrumpfungsrage des BIP sogar rekordverdächtig auf mehr als 7 Prozent. Damit forderten in Griechenland die in den Jahren der billigen Auslandskredite aufgehäuften Staatsschulden, der exzessive öffentliche und private Konsum sowie die weitgehend fehlende Wettbewerbsfähigkeit ihren Tribut. Von der Erholung an den Weltmärkten konnte die nur schwach mit dem Ausland verflochtene griechische Wirtschaft nicht profitieren. Stattdessen do-

minierten die kontraktiven Wirkungen der unumgänglichen Konsolidierung.

Auch das soeben abgelaufene Jahr 2012 hat Griechenland abermals mit einer deutlichen Schrumpfung des BIP abgeschlossen, das mit einem Minus von 6,4 Prozent nur unwesentlich besser war als im Jahr 2011. Der Ausblick der EU-Kommission (2013a: 56–57) in ihrer Frühlingsprognose für das laufende Jahr deutet wenig optimistisch nur eine schwache Belebung an: Danach sollen Überhang-Effekte von 2012 und die weitere fiskalische Konsolidierung für 2013 nochmals zu einer (wenn auch etwas geringeren) Schrumpfungsrage von 4,2 Prozent führen. Erst für 2014 erwartet die EU-Kommission wieder ein positives Wachstum von moderaten 0,6 Prozent. Allerdings beruht diese Prognose auf einer Reihe optimistischer Annahmen im Hinblick auf angebotsseitige Verbesserungen: sinkende Lohnstückkosten, Produkt- und Dienstleistungsmarkoliberalisierungen, die neue Geschäfts- und Beschäftigungschancen eröffnen, eine erfolgreiche Bankenrekapitalisierung und eine allgemeine Stabilisierung der Wirtschaft, die wieder ausländische Investoren anlockt. Neben einem Anstieg der Exporte hofft die Kommission

für 2014 zudem auf wiedererwachendes Vertrauen, das auch die Inlandsnachfrage ankurbeln soll (EU-Kommission 2013a: 56).

2.2 Die Arbeitsmarktmisere: Hoffnungsschimmer am Horizont?

Geht den Griechen die Arbeit aus?

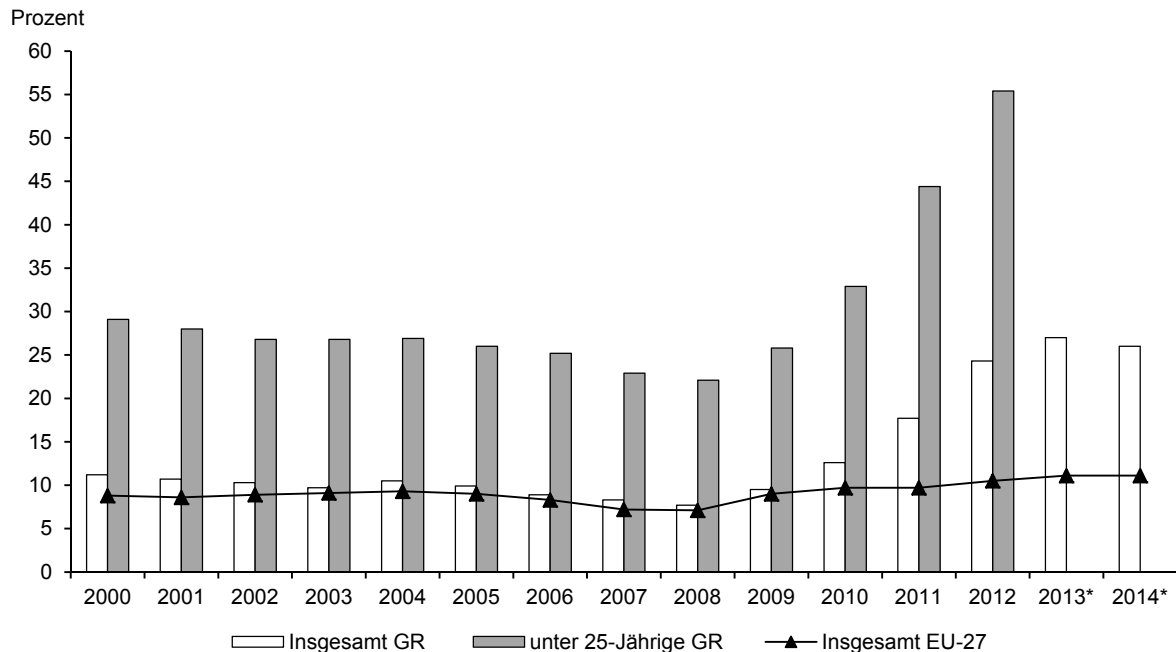
Eine sichtlich bemühte EU-Kommission (2013a: 56) prognostizierte in ihrer Frühlingsprognose 2013 zumindest andeutungsweise eine Wende zum „Besseren“ auf dem griechischen Arbeitsmarkt. Diese soll zwar nicht schon im laufenden Jahr, aber doch im Jahr 2014 vollzogen werden, wenn Struktur- und Fiskalreformen greifen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigt, Kapital nach Griechenland zurückfließt und die Erholung der Euro-Zone voranschreitet. Das daraus resultierende Exportwachstum und die wiedererstarke Binnennachfrage würden schließlich auch den Jobmotor anspringen lassen. Unter diesen Rahmenbedingungen endete das Jahr 2013 zwar mit einer Rekord-

arbeitslosigkeit von 27 Prozent, die jedoch bis 2014 auf 26 Prozent absänke – teilte man den Optimismus der Kommission.

Es fällt allerdings schwer, in einer solchen Entwicklung das Ende der Krise auf dem griechischen Arbeitsmarkt zu entdecken. Die griechische Arbeitslosenquote ist seit 2009 sehr schnell aus dem einstelligen Bereich herausgewachsen und hat sich bis 2012 mit einem Wert von über 24 Prozent mehr als verdoppelt (Abbildung 2). Schon jetzt muss von einer Massenarbeitslosigkeit gesprochen werden, die von Quartal zu Quartal weiter gestiegen ist. Auch die Quote von mehr als 26 Prozent im vierten Quartal 2012 droht nur eine Zwischenstation zu noch höheren Werten im Verlauf des Jahres 2013 zu sein. Diese Misere wird keineswegs dadurch relativiert, dass im Krisenland Spanien die Lage auf dem Arbeitsmarkt ähnlich verheerend ist. Orientierung kann eher das Durchschnittsniveau der Arbeitslosigkeit in der EU-27 geben, das allerdings selbst im 10-Prozent-Bereich verharrt und damit für eine tiefe Krise auf dem europäischen Arbeitsmarkt steht.

Abbildung 2:

Arbeitslosigkeit und Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland im EU-Vergleich 2000–2014^a



*Frühlingsprognose 2013 der EU-Kommission. — ^aHarmonisierte Arbeitslosenquoten in Prozent.

Quelle: EU-Kommission (2013a); Eurostat (2013b); eigene Darstellung und Berechnungen.

Zudem hat sich die Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland geradezu katastrophal entwickelt: Die Quote betrug 2012 im Jahresdurchschnitt 55,4 Prozent und steht damit noch vor Spanien für den Spitzenwert in der EU (Abbildung 2). Zum Jahresende 2012 kletterte die Jugendarbeitslosenquote sogar über 58 Prozent, so dass für 2013 das dauerhafte Überschreiten der 60-Prozent-Schwelle zu befürchten ist. Hier zeigen sich die Probleme der unter 25-Jährigen, in Griechenland nach Schule/Hochschule bzw. Ausbildung eine Beschäftigung zu finden bzw. in der Krise ihren Arbeitsplatz zu behalten.² Ein Exodus vergleichsweise gut qualifizierter, jüngerer Arbeitskräfte wird angesichts dieser düsteren Zukunftsperspektiven in Griechenland wahrscheinlicher – mit desaströsen Konsequenzen für die bereits angeschlagenen sozialen Sicherungssysteme in einer alternden griechischen Gesellschaft.

Eine weitere Konsequenz der Arbeitsmarktkrise besteht darin, dass die Erwerbstätigenquote, die im EU-Vergleich in Griechenland schon immer gering war, auf einen Wert von unter 60 Prozent gefallen ist – der tiefste Wert in der EU (Anhangabbildung A1). Der bis 2008 zu beobachtende Aufwärtstrend bei den Erwerbstätigenzahlen, der selbst bei der traditionell niedrigen Frauenerwerbstätigkeit zu beobachten war, hat sich seit der Krise dramatisch gedreht. Damit steigt auch die „stille Reserve“ auf dem griechischen Arbeitsmarkt wieder an, wodurch die Beschäftigungsmisere noch dramatischer erscheint.

Beschäftigungsstrukturen ohne Zukunft

Wo aber sollen neue Arbeitsplätze in Griechenland entstehen? Die Antwort der EU-Kommission (2013a: 48–49), aber auch die der gesamten Troika, scheint auf der Hand zu liegen: Die internationale Wettbewerbsfähigkeit der griechischen Wirtschaft müsste durch niedrigere Lohn-

² Trotz dieser hohen Jugendarbeitslosenquote ist die absolute Zahl der jungen Arbeitslosen relativ gering. Dies erklärt sich damit, dass viele Jugendliche als Schüler und Studenten nicht Teil der Erwerbsbevölkerung sind. Die Quote signalisiert hingegen, wie groß die Wahrscheinlichkeit für Jugendliche ist, nach dem Übergang in die Erwerbsbevölkerung eine Beschäftigung zu finden oder zu behalten.

stückkosten gesteigert werden; griechische Unternehmen könnten dann im Preiswettbewerb besser bestehen und mehr Produkte auf den Weltmärkten absetzen; das Exportwachstum führte zu einer Überwindung der griechischen Wachstumskrise und zu einer Ausweitung der Arbeitskräftenachfrage; die Arbeitslosigkeit säne und auch die Binnennachfrage begänne wieder zu steigen, wodurch der Beschäftigungsmotor auf noch höheren Touren weiterlief; die sprudelnden Steuereinnahmen würden den Staatshaushalt sanieren helfen, ohne dass es zu weiteren schmerzhaften Ausgabenbeschnidungen kommen müsste.

Doch wie realistisch ist dieses Szenarium für Griechenland? Zumindest die Entwicklung der Lohnstückkosten scheint diesem Zukunftsszenarium zu entsprechen. Nach 2009 sind die nominalen Stückkosten Griechenlands kontinuierlich gesunken und haben sich bis 2012 dem EU-Durchschnitt angenähert (Abbildung 3). Doch sollte dieser Indikator, der häufig zur Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes verwendet wird, nicht unkritisch gesehen werden. So gibt es berechtigte Methodenkritik am Lohnstückkostenkonzept.³ In der vorliegenden Analyse wurde ein Index für die nominalen Lohnstückkosten gewählt, um die Vergleichbarkeit mit Analysen von OECD und IWF sicherzustellen. Bei den nominalen Lohnstückkosten handelt es sich um das Verhältnis von „Lohnsumme je Beschäftigten“ zum „realen BIP je Beschäftigten“, also um die produktivitätsgewichteten Lohnkosten.

Im Falle Griechenlands ist seit 2010 ein Sinken der Löhne sowohl in der gewerblichen Wirtschaft als auch im öffentlichen Dienst zu beobachten (Anhangabbildung A2), wodurch die Lohnstückkosten gedrückt werden. Dieser Lohneffekt war stark genug, um die entgegengesetzte Wirkung des gleichzeitig sinkenden realen BIPs zu überkompensieren – ein schrumpfendes BIP lässt die Lohnstückkosten tendenziell steigen. Daher ist die nach wie vor große Produktivitätsschwäche nicht in den Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung gerückt, obwohl ein durchaus plausibler Produktivitätsschub ausgeblieben war. Alleine die Freisetzung der großen Zahl von – zumindest

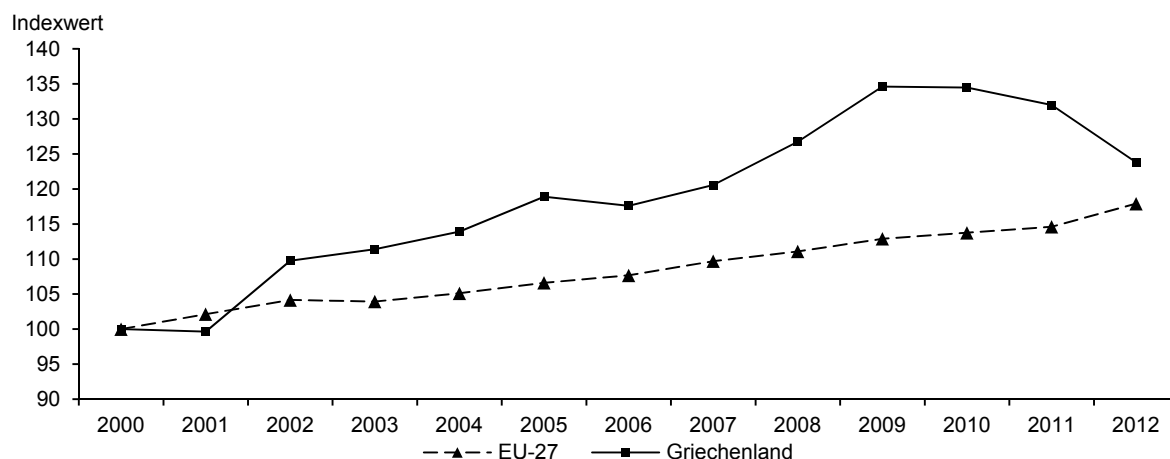
³ Vgl. etwa Groll und van Roye (2011).

theoretisch unproduktiven – Arbeitnehmern in der gewerblichen Wirtschaft im Verlauf der letzten Jahre hätte einen solchen nahe gelegt. Erst 2012 stieg die Arbeitsproduktivität wieder leicht an (Anhangabbildung A3). Damit konnte sich

Griechenland im europäischen Produktivitätsvergleich nicht verbessern. Es blieb bei einem relativ niedrigen Niveau der Arbeitsproduktivität bis 2012 (Abbildung 4).

Abbildung 3:

Die Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten in Griechenland im EU-Vergleich 2000–2012^a

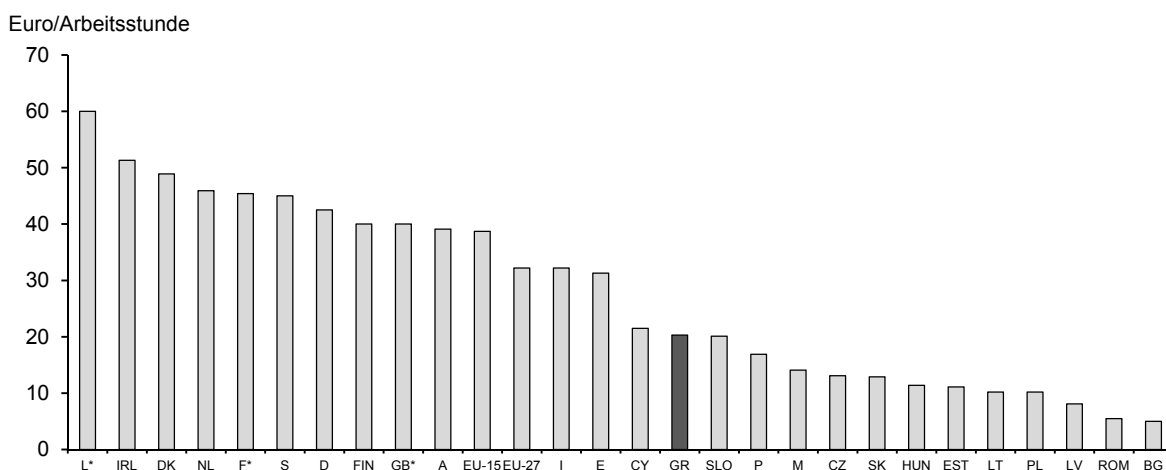


^a2000 = 100; nominale Lohnstückkosten = (Lohnsumme/Arbeitnehmer)/(reales BIP/Arbeitnehmer) = Lohnsumme/reales BIP.

Quelle: Eurostat (2013d); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung 4:

Arbeitsproduktivität in den EU-Staaten 2012^a



*Werte für 2011. — ^aReale Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde: Die Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde wird berechnet als die tatsächliche Produktionsleistung aus BIP (inflationsbereinigte verkettete Volumen, Referenzjahr 2005) und der Menge der eingesetzten Arbeitseinheiten (gemessen an der Gesamtzahl der Arbeitsstunden). — A = Österreich, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, D = Deutschland, DK = Dänemark, E = Spanien, EST = Estland, F = Frankreich, FIN = Finnland, GB = Vereinigtes Königreich, GR = Griechenland, HUN = Ungarn, I = Italien, IRL = Irland, L = Luxemburg, LT = Litauen, LV = Lettland, M = Malta, NL = Niederlande, P = Portugal, PL = Polen, ROM = Rumänien, S = Schweden, SK = Slowakei, SLO = Slowenien.

Quelle: Eurostat (2013f); eigene Darstellung und Berechnungen.

Offensichtlich hat Griechenland ein strukturelles Beschäftigungsproblem, das sich mit Lohnsenkungen und Freisetzen allein nicht lösen lässt. Generell kann eine exportorientierte Volkswirtschaft bei einer globalen Konjunkturerholung, insbesondere auf den wichtigen Wachstumsmärkten, schnell wieder Tritt fassen. Sie muss nur die auf den Weltmärkten nachgefragten knappen Güter und Dienstleistungen mit einem möglichst hohen eigenen Wertschöpfungsanteil zu wettbewerbsfähigen Konditionen anbieten können. Hochentwickelte (Industrie-)Länder rechtfertigen ihren Einkommensvorsprung mit der Produktion humankapital- bzw. technologieintensiver Güter und Dienstleistungen. Griechenland zählt im globalen Vergleich zu den Hocheinkommensländern und ist selbst im EU-Vergleich keinesfalls ein armes Land, so dass eine relativ hoch entwickelte Produktionsstruktur das relativ hohe Pro-Kopf-Einkommen rechtfertigen müsste. Griechenland hat zwar nach 2008 Wohlfahrtseinbußen erlitten und im EU-Ranking der Pro-Kopf-Einkommen seinen Platz im Mittelfeld verloren. Es liegt jedoch immer noch vor der Mehrzahl der mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer (Anhangabbildung A4). Entsprechend hoch ist auch noch der Wohlstandsanspruch: So lagen die privaten Konsumausgaben in Griechenland auch Jahre nach Ausbruch der Krise immer noch über dem EU-Durchschnitt (Anhangabbildung A5).

Auskunft über die (potenzielle) Leistungsfähigkeit der griechischen Produktionsstruktur gibt die Verteilung der Beschäftigung über die verschiedenen Sektoren der Volkswirtschaft. Das Ergebnis ist nicht sehr vielversprechend: Griechenland ist traditionell von der Landwirtschaft geprägt. Noch in den 80er Jahren arbeiteten dort etwa 30 Prozent der Beschäftigten. Seitdem ist die Landwirtschaft zwar stark geschrumpft, doch mit mehr als 12,6 Prozent der Beschäftigten im Jahr 2012 liegt ihr Beschäftigungsanteil in Griechenland weiterhin deutlich über dem EU-27-Durchschnitt von 4,7 Prozent. Entsprechend groß ist auch der gesamte primäre Sektor Griechenlands mit 14,1 Prozent (EU-27: 6,6 Prozent). Im Verlauf der Krise von 2008 bis 2012 schrumpfte zwar auch die Beschäftigung in der Landwirtschaft, jedoch mit etwa 2 Prozent

wesentlich geringer als die Gesamtbeschäftigung mit 17 Prozent (Tabelle 1).⁴

Hingegen war Griechenland seit jeher ausgesprochen schwach industrialisiert, durch die Krise hat sich die Deindustrialisierungstendenz nach 2008 sogar weiter verstärkt: 2012 waren nur noch 9,5 Prozent der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt, nach einem überdurchschnittlich starken Beschäftigungsrückgang um etwa 33 Prozent im Vergleich zum Jahr 2008. Die Industriebeschäftigung schrumpfte zwar auch in den EU-27 überdurchschnittlich, der Rückgang um 13 Prozent fiel dennoch wesentlich niedriger als in Griechenland aus. Zudem blieb der Industrieanteil an der Beschäftigung in der EU-27 mit fast 16 Prozent um zwei Drittel höher als in Griechenland.

Doch sagen diese Beschäftigungsanteile der Industrie wenig über die Qualität und damit den Entwicklungsstand der industriellen Fertigung aus. Um dies beurteilen zu können, wird auf ein Konzept nach Donges et al. (1982: 55–57) zurückgegriffen. Danach stehen am unteren Ende der industriellen Entwicklung arbeitsintensive Industriezweige, vornehmlich Konsumgüterindustrien, deren Produkte eine geringere bis mittlere Einkommenselastizität der Nachfrage aufwiesen; dazu zählen Nahrungs- und Genussmittel, Textilien, Lederwaren, Keramik und Glas, Spielwaren, Möbel, Schmuck sowie einfache Metallzeugnisse. Auf einem höheren Entwicklungsstand sind sach- und humankapitalintensive Investitionsgüterindustrien angesiedelt, die eine vergleichsweise hohe Einkommenselastizität der Nachfrage aufweisen. Wenig über den Entwicklungsstand sagen hingegen Anteile von Industrien aus, die häufig mit dem Vorhandensein natürlicher Ressourcen verknüpft sind, wie Eisen- und Stahlerzeugnisse, Chemie und Petrochemie sowie Holzverarbeitung.

Auf Griechenland angewandt, ergibt sich folgendes Bild: In den siebziger und achtziger Jahren war in Griechenland die Dominanz arbeitsintensiver (Konsumgüter-)Industrien unübersehbar, während die Produktion von Investitionsgütern nur schwach vertreten war. Der Entwick-

⁴ Zu den Beschäftigungsstrukturen in den 70er Jahren bis in die 90er Jahre vgl. ausführlich Laaser (1997: 90–98).

Tabelle 1:
Beschäftigungsstruktur und -entwicklung in Griechenland nach Wirtschaftsbereichen 2012^a

	in 1 000	Anteil in Prozent ^b	Veränderung 2012/2008 ^c
Insgesamt	3 734,7	100,0	-17,0
Primärer Sektor	526,0	14,1	-6,7
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	470,0	12,6	-2,1
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	10,1	0,3	-43,9
Energieversorgung	26,0	0,7	-28,0
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	19,9	0,5	-33,4
Sekundärer Sektor	567,9	15,2	-39,0
Verarbeitendes Gewerbe/Herstellung von Waren	356,6	9,5	-33,1
Baugewerbe/Bau	211,3	5,7	-46,8
Tertiärer Sektor	2 638,7	70,7	-12,1
Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	668,9	17,9	-18,6
Verkehr und Lagerei	180,4	4,8	-15,0
Gastgewerbe/Beherbergung und Gastronomie	271,2	7,3	-15,2
Information und Kommunikation	72,1	1,9	-1,9
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	122,2	3,3	1,4
Grundstücks- und Wohnungswesen	6,3	0,2	-31,5
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	217,5	5,8	0,0
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	72,3	1,9	-6,1
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	322,6	8,6	-15,1
Erziehung und Unterricht	304,2	8,1	-5,2
Gesundheits- und Sozialwesen	227,6	6,1	-0,3
Kunst, Unterhaltung und Erholung	41,7	1,1	-28,1
Sonstige Dienstleistungen	74,5	2,0	-18,2
Private Haushalte mit Hauspersonal	57,2	1,5	-20,7

^aBeschäftigte im Alter von 15–64 Jahren; Beschäftigung auf Basis von geleisteten Arbeitsstunden; Stand: 2. Quartal 2012. — ^bAnteil an der Beschäftigung insgesamt in Prozent. — ^cVeränderung 2. Quartal 2012 zum 2. Quartal 2008 in Prozent.

Quelle: Eurostat (2012); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

lungsstand der griechischen Industrie war also vergleichsweise niedrig (vgl. Laaser 1997: 97). Daran hat sich bis heute kaum etwas geändert:⁵ Auf Nahrungs-, Genuss- und Futtermittel entfallen fast 30 Prozent der Industriebeschäftigung; Bekleidung und Textilien sind mit etwa 6 Prozent vertreten; Glas, Glaswaren und Keramik haben einen Anteil von 5,6 Prozent; Holz-, Flecht- und Korbwaren kommen auf 5,5 Prozent, Möbel auf 5,2 Prozent; hinzu kommt die

Herstellung einfacher Metallserzeugnisse mit fast 11 Prozent. In der Summe entfällt auf die arbeitsintensiven Industrien ein Beschäftigungsanteil von etwa zwei Drittel der industriellen Beschäftigung Griechenlands. Auf wichtige Investitionsgüterindustrien, wie Fahrzeugbau, Maschinenbau und Elektrotechnik, entfällt gerade einmal ein Anteil von etwa 7,5 Prozent der Industriebeschäftigten. Ein Strukturwandel in Richtung technologie- und humankapitalintensiver Fertigungen, die Merkmal eines hochentwickelten Industrielandes mit einem vorderen Platz in der internationalen Einkommenshierarchie sind,

⁵ Nachfolgend verwendete Daten stammen von Eurostat (2012).

hat damit in Griechenland in den letzten Jahrzehnten nicht stattgefunden.

Als wenig zukunftsträchtig zeigt sich auch das Baugewerbe: Mit weniger als 6 Prozent der Beschäftigten war dieses 2012 immer noch einer der größeren Arbeitgeber. Jedoch schrumpfte der Beschäftigtenanteil von 2008 auf 2012 um fast 50 Prozent, was dem starken Rückgang der Baunachfrage geschuldet ist. Die noch in den 2000er Jahren regen Bauaktivitäten fallen damit als Konjunkturtreiber aus, der Bausektor ist selbst zu einem Teil der Krise geworden.

Die Hoffnungen auf eine zukunftsträchtige Beschäftigung ruhen daher auf dem dominierenden Dienstleistungssektor. Der Anteil des tertiären Sektors lag zu Beginn der 2000er Jahre schon bei etwas über 60 Prozent, bis 2012 stieg dieser auf fast 71 Prozent. Der relative Anstieg seit 2008 ist allerdings darauf zurückzuführen, dass die Beschäftigung im Dienstleistungssektor bis 2012 mit 12 Prozent nur unterdurchschnittlich geschrumpft ist (Tabelle 1). Der Dienstleistungssektor gibt aber nur dann die dringend benötigten Wachstumsimpulse zur Krisenüberwindung, wenn der „richtige“ strukturelle Mix vorliegt. Insbesondere produktions- bzw. unternehmensbezogene Dienstleistungen rechtfertigen ein überdurchschnittliches Einkommensniveau aufgrund eines im Durchschnitt höheren Einsatzes qualifizierter Arbeit. Doch gerade diese Dienstleistungen fehlen in Griechenland: Weniger als 15 Prozent der Dienstleistungsbeschäftigten entfällt auf diese Kategorie. Es dominieren vielmehr Arbeitsplätze in den Bereichen Handel und Tourismus, wo Qualifikation und Einkommen gering sind, mit etwa 35 Prozent der Dienstleistungsbeschäftigten, gefolgt von öffentlichen Bediensteten (in Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung sowie im Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen) mit mehr als 34 Prozent. Zwar ist die formale Qualifikation im öffentlichen Dienst meist höher, Wertschöpfung und Produktivität sind hingegen allgemein niedriger. An der Gesamtbeschäftigung hat der hier so abgegrenzte öffentliche Dienst einen Anteil von 23 Prozent. Zählt man die Beschäftigten der überwiegend staatlichen Energie- und Wasserversorger hinzu, steigt der Anteil auf über 24 Prozent, was mehr als 900 000 Beschäftigten entspricht. Dazu kom-

men Beschäftigte im Staatsunternehmen – etwa in den Bereichen Verkehrsinfrastruktur, Nachrichtenübermittlung, Medien sowie Versicherungs- und Finanzdienstleistungen –, so dass der Staatsanteil an der Beschäftigung auf mehr als 25 Prozent oder eine Million Beschäftigte ansteigt. Von dieser Größenordnung geht auch die ILO (2013) in ihrer Abgrenzung der öffentlichen Beschäftigung Griechenlands aus.

Ein Fazit

Die stark gestiegene Arbeitslosigkeit in Griechenland ist vor allem auf Entlassungen in der Privatwirtschaft zurückzuführen. Der öffentliche Dienst wurde hingegen weitgehend verschont. Nur die Einkommenseinbußen signalisieren auch hier notwendige Anpassungen, die infolge leerer Staatskassen und des Drucks der internationalen Geldgeber unausweichlich wurden. Das strukturelle Grundproblem der griechischen Wirtschaft bleibt damit aber ungelöst – es wird vielmehr umso sichtbarer. Denn die sektoralen Beschäftigungsstrukturen Griechenlands im Jahr 2012 signalisieren sehr deutlich, dass sich die griechische Wirtschaft seit Jahrzehnten in einem Entwicklungsstau befindet. Es fehlen offensichtlich Anbieter von hochwertigen Waren und Dienstleistungen, die im globalen Wettbewerb um lukrative Märkte und damit um hohe Einkommen mithalten könnten.

Griechenland erscheint nicht als ein hochentwickeltes europäisches Industrieland, das die Chancen der Globalisierung auf den schnell wachsenden Märkten der Schwellenländer nutzen könnte, sondern vielmehr als ein Standort für arbeits- und rohstoffintensive Produktionen, der mit weniger entwickelten Ländern auf preiselastischen Konsumgütermärkten konkurrieren muss. Der griechischen Industrie fehlen wertschöpfungsstarke Investitionsgüterproduktionen, die Arbeitsplätze für höher qualifizierte bieten. Griechenlands Dienstleistungsangebot ist überwiegend in Niedrigeinkommensbereichen und im Bereich nichthandelbarer öffentlicher Dienstleistungen angesiedelt, wo auch der Beschäftigungsschwerpunkt liegt. Die Landwirtschaft mit ebenfalls geringen Einkommenserzielungspotenzialen weist darüber hinaus mehr Beschäftigte auf als die schnell schrumpfende griechische

„Rest-Industrie“. Damit stehen die sektoralen Beschäftigungsstrukturen für ein relativ niedriges Entwicklungsniveau, das nicht mit dem relativ hohen Pro-Kopf-Einkommen Griechenlands in Einklang steht. Diese strukturellen Defizite signalisieren mehr als deutlich, dass der Arbeit in Griechenland die Zukunft ausgeht.

3 Auf der Suche nach einem neuen Geschäftsmodell

3.1 Ende der außenwirtschaftlichen Schieflage?

Die Entwicklung des Leistungsbilanzdefizits

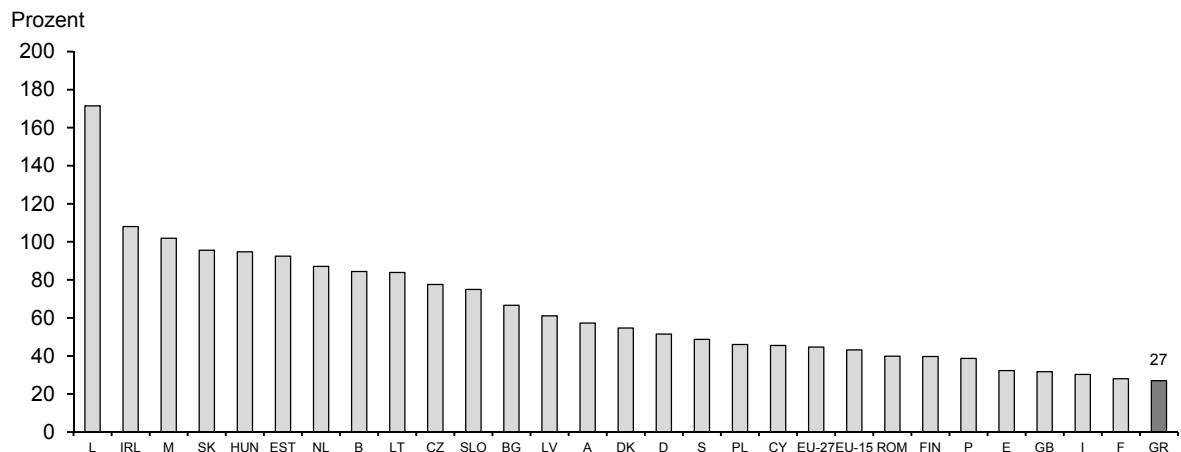
Griechenland braucht fraglos ein neues „Geschäftsmodell“, da weder der Staat noch die privaten Haushalte länger Zugang zu günstigen Krediten haben, mit denen bis zur Krise eine expansive (Konsum-)Nachfrage finanziert werden konnte, die während der 2000er Jahre für ein signifikantes Wachstum gesorgt hatte. Daher liegt es – nicht nur für die Troika – nahe, den Griechen den Wechsel zu einem „Exportmodell“

zu empfehlen, bei dem der Export wettbewerbsfähiger Güter und Dienstleistungen für ein angemessenes Wirtschaftswachstum sorgt. Doch ist Griechenland in der Vergangenheit durch eine außenwirtschaftliche Schieflage aufgefallen, die auf Exportschwächen hindeutet und damit den Wechsel zu einem „Exportmodell“ erschweren dürfte. Im Vergleich der Exportintensitäten der EU-Volkswirtschaften nahm Griechenland 2012 mit einem Anteil von 27 Prozent des Exports von Gütern und Dienstleistungen am BIP den letzten Platz ein (Abbildung 5). In den Jahren vor der Krise war diese Quote sogar noch niedriger, was umso schwerer wiegt, da Griechenland als relativ kleine Volkswirtschaft stärker in die internationale Arbeitsteilung eingebunden sein müsste. Insofern sind die Voraussetzungen für eine größere Teilhabe Griechenlands an den hart umkämpften „Globalisierungsgewinnen“ denkbar schlecht.

Um das Ausmaß der außenwirtschaftlichen Schieflage Griechenlands zu erfassen, wird häufig das Leistungsbilanzdefizit herangezogen. Nach der Euro-Einführung stieg dieses bis zum Jahr 2008 auf einen Spitzenwert von 14,9 Prozent des BIP (Abbildung 6).

Abbildung 5:

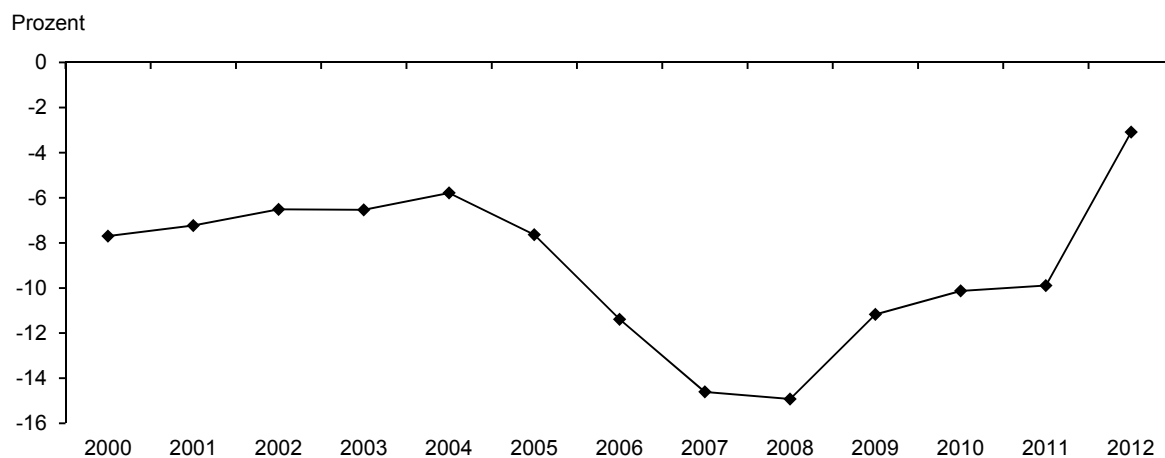
Die Exportintensität der EU-Volkswirtschaften im Vergleich 2012^a



^aExportintensität als Anteil des Gesamtexports in Prozent des nominalen BIP. — A = Österreich, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, D = Deutschland, DK = Dänemark, E = Spanien, EST = Estland, F = Frankreich, FIN = Finnland, GB = Vereinigtes Königreich, GR = Griechenland, HUN = Ungarn, I = Italien, IRL = Irland, L = Luxemburg, LT = Litauen, LV = Lettland, M = Malta, NL = Niederlande, P = Portugal, PL = Polen, ROM = Rumänien, S = Schweden, SK = Slowakei, SLO = Slowenien.

Quelle: Eurostat (2013g); eigene Darstellung.

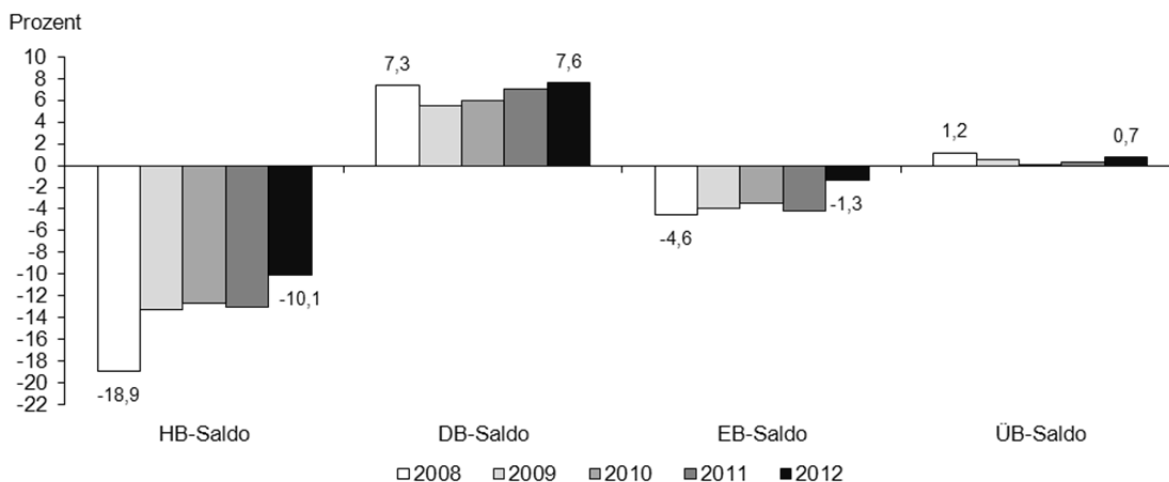
Abbildung 6:
Der Leistungsbilanzsaldo Griechenlands 2000–2012^a



^aLeistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP.

Quelle: Eurostat (2013h); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung 7:
Die Zahlungsbilanzsalden Griechenlands 2008–2012^a



HB = Handelsbilanz, DB = Dienstleistungsbilanz, EB = Einkommensbilanz, ÜB = Übertragungsbilanz. —
^aSalden in Prozent des BIP.

Quelle: Eurostat (2013h); eigene Darstellung und Berechnungen.

Bis zum Jahr 2011 änderte sich wenig an diesem außenwirtschaftlichen Ungleichgewicht: Das Handelsbilanzdefizit, die Hauptursache des starken Minus in der Leistungsbilanz, bewegte sich kontinuierlich im 13 Prozent-Bereich, der traditionelle Überschuss in der Dienstleistungsbilanz reichte weiterhin nicht für einen Ausgleich der Leistungsbilanz aus (Abbildung 7).

Hinzu kam ein deutlich negativer Saldo in der Einkommensbilanz, der auf die Zinszahlungen für die gestiegenen Auslandsschulden zurückzuführen war – hier machten sich die zur Deckung des griechischen Staatshaushalts benötigten Rettungskredite bemerkbar. Eine Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits über Marktkredite oder Direktinvestitionen schied aufgrund des Ver-

trauensverlustes in die griechische Wirtschaft und Politik aus; auch EU-Transfers konnten nur einen geringen Beitrag zur Defizitdeckung leisten, wie der bescheidene Überschuss in der Übertragungsbilanz zeigt.

Doch seit Ende 2012 mehren sich die Stimmen, denen zufolge dieses düstere Bild der griechischen Außenwirtschaft der Vergangenheit angehört. So soll Griechenland mit dem Jahr 2012 einen Wendepunkt erreicht haben, der sich insbesondere in einem rapiden Rückgang des Leistungsbilanzdefizits zeigt, wobei der Beitrag des gestiegenen Warenexports besonders hervorgehoben wird. Der Rückgang des Leistungsbilanzdefizits wird dabei nicht als konjunkturelle Erscheinung interpretiert, sondern als Ergebnis struktureller Verbesserungen.⁶ Nach den bislang für das Jahr 2012 vorliegenden Leistungsbilanzdaten ist das griechische Defizit tatsächlich um 7,5 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich auf ein erträglicheres Niveau von -3,1 Prozent des BIP zurückgegangen. Dieser Rückgang des Leistungsbilanzdefizits ist umso bemerkenswerter, da mit dem BIP auch der Nenner dieser Defizitquote um 6,4 Prozent schrumpfte. Die Ursachen für den deutlichen Rückgang des griechischen Leistungsbilanzdefizits sind vielfältig: das rückläufige Defizit in der Handelsbilanz, ein gesteigener Dienstleistungsüberschuss, das gesunkene Einkommensbilanzdefizit sowie der Anstieg des Überschusses in der Übertragungsbilanz. Doch beschreibt diese Entwicklung das Ende der außenwirtschaftlichen Schieflage Griechenlands?

Die Handels- und Dienstleistungsbilanz

Das Handelsbilanzdefizit ist von 2008 bis 2012 um fast 9 Prozentpunkte auf -10,1 Prozent des BIP gesunken (Abbildung 7). Fraglos haben die Warenexporte einen Beitrag zu dieser positiven Entwicklung geleistet. Diese stiegen nach dem tiefen Einbruch im Jahr 2009 wieder kontinuierlich an. Allerdings ist das Wachstum bei den Warenexporten am aktuellen Rand erneut stark gesunken, so dass nicht von einer dynamischen Exportentwicklung gesprochen werden kann (Abbildung 8). Das Handelsbilanzdefizit

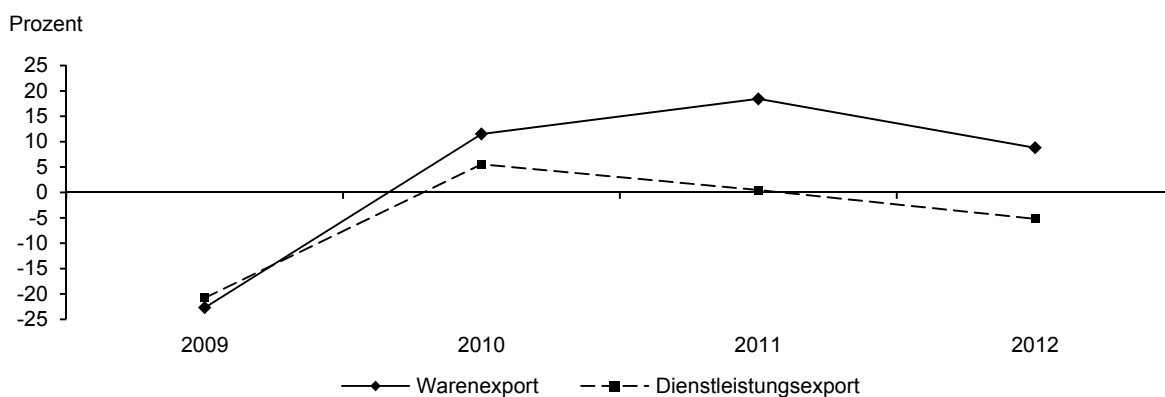
wäre nicht so stark zurückgegangen, wenn nicht gleichzeitig der Warenimport signifikant geschrumpft wäre – der Warenimport ging allein 2009 um 28 Prozent zurück. In der Folgezeit gab es allerdings erst 2012 wieder einen deutlichen Rückgang (Abbildung 9).

Eine kleine Entlastung für die Leistungsbilanz kam auch durch einen leicht gestiegenen Überschuss in der Dienstleistungsbilanz, der 2012 um 0,3 Prozentpunkte über dem Wert von 2008 lag (Abbildung 7). Anders als beim Warenhandel wird diese Verbesserung der Außenposition nicht von Exportzuwächsen getragen. Wie der Warenexport war auch der Dienstleistungsexport im Krisenjahr 2009 mit mehr als 20 Prozent eingebrochen (Abbildung 8). In der Folgezeit gab es nur eine leichte Erholung, die 2012 abermals in einen Rückgang um mehr als 5 Prozent mündete. Der Dienstleistungsüberschuss wäre zudem wesentlich geringer ausgefallen, wenn nicht auch die Dienstleistungsimporte seit 2009 stark zurückgegangen wären (Abbildung 9). In absoluten Werten war der Dienstleistungsüberschuss im Jahr 2012 deutlich geringer als im Jahr 2008, so dass sich nur durch das gesunkene Sozialprodukt eine höhere Überschussquote in der Dienstleistungsbilanz ergab – wodurch die Schwächen im Dienstleistungshandel verborgen blieben.

Damit ergibt sich ein relativ komplexes Bild der Außenhandelsentwicklung in Griechenland: Der gestiegene Warenexport und der gesunkene Waren- und Dienstleistungsimport haben zum Abbau des Leistungsbilanzdefizits bis 2012 beigetragen; hingegen blieb der Beitrag des Dienstleistungsexports deutlich hinter den Erwartungen an einen traditionell starken Dienstleistungsexporteur wie Griechenland zurück. Es stimmt zudem bedenklich, dass sowohl bei den Waren als auch bei den Dienstleistungsexporten eine Abschwächung am aktuellen Rand eingetreten ist. Das mag zwar mit einer schwächeren Weltkonjunktur erklärbar sein, dies lässt aber eine Überwindung der griechischen Wachstumskrise durch ein nachhaltiges Exportwachstum in weitere Ferne rücken. Des Weiteren ist die fortgesetzte Schrumpfung auf der Importseite zweischneidig: Kaufkraftverluste und ein restriktiver Zugang zu Krediten führen zu Konsumverzicht und damit zu einem Rückgang des Konsumgü-

⁶ Vgl. etwa Heise (2013) und Matthes (2013: 7–8).

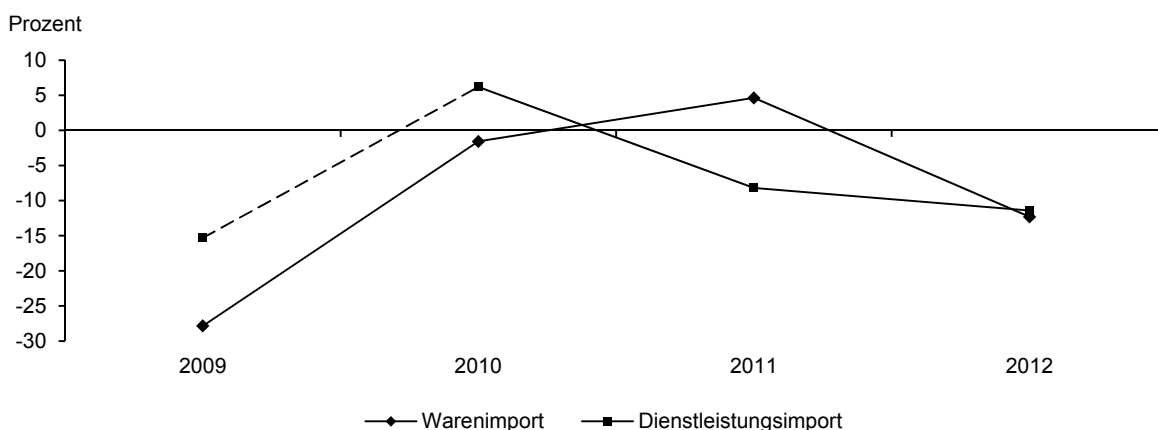
Abbildung 8:
Die griechische Exportentwicklung 2009–2012^a



^aVeränderungen in Prozent zum Vorjahr.

Quelle: Eurostat (2013h); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung 9:
Die griechische Importentwicklung 2009–2012^a



^aVeränderungen in Prozent zum Vorjahr.

Quelle: Eurostat (2013h); eigene Darstellung und Berechnungen.

terimports. Diese Anpassung ist unausweichlich und positiv zu bewerten. Aber eine passive Sanierung der Leistungsbilanz bedeutet letztendlich auch weniger Integration in die internationale Arbeitsteilung und signalisiert, dass notwendige Investitionen für einen Strukturwandel unterbleiben. Ein stärkerer Import von Investitionsgütern wäre daher ebenfalls ein Indiz der Gesundung – doch dieses fehlte bislang aufgrund der geringen Attraktivität des Landes für internationale Investoren.

Die Einkommensbilanz

Eine weitere Entlastung der Leistungsbilanz im Jahr 2012 brachte der Rückgang des Defizits in der Einkommensbilanz: Die Quote sank im Vorjahresvergleich um 2,8 Prozentpunkte (Abbildung 7). Dieser Rückgang kann jedoch weder auf einen Anstieg der Erwerbseinkommen griechischer Arbeitnehmer im Ausland noch auf höhere Erträge aus Direktinvestitionen griechischer Anleger zurückgeführt werden. Vielmehr liegen die Ursachen in einem Rückgang des De-

fizits bei den Vermögenseinkommen aus Wertpapieranlagen: Die Zinszahlungen des griechischen Staates für seine Schuldverschreibungen sind stark zurückgegangen, wie auch die Zinszahlungen für sonstige Investitionen (Terminanlagen, Kredite). Hier wirken sich unmittelbar der Schuldenschnitt zulasten privater Gläubiger im März 2012 und die von der Europäischen Zentralbank (EZB) gewährten Zinssenkungen und -stundungen aus. Das heißt, die Entlastung kam nicht durch eine gestiegene Leistungsfähigkeit auf griechischer Seite zustande, sondern resultierte aus einem mehr oder weniger freiwilligen Forderungsverzicht der ausländischen Gläubiger.

Die Übertragungsbilanz

Schließlich wurde das griechische Leistungsbilanzdefizit auch durch eine im Jahr 2012 um 0,4 Prozentpunkte höhere Überschussquote in der Übertragungsbilanz verringert (Abbildung 7). Dahinter verbirgt sich zum überwiegenden Teil ein Anstieg der EU-Transfers an den griechischen Staat – als Indiz für eine Gesundung der griechischen Außenwirtschaft taugt aber auch diese Entwicklung nicht.⁷

Fazit

Durch den Abbau des griechischen Leistungsbilanzdefizits in den Jahren nach dem Ausbruch der Krise hat sich die außenwirtschaftliche Schiefelage Griechenlands zweifellos verringert. Doch ist das gesunkene Leistungsbilanzdefizit keinesfalls vornehmlich ein Zeichen für eine erstarkende Außenwirtschaft oder gar ein Indiz für die Entwicklung eines neuen exportbasierten Wachstumsmodells. Dafür hätte der Export von Waren und Dienstleistungen stärker wachsen müssen. Die Stagnation des Gesamtexports 2012 sendet nicht das erhoffte Aufbruchssignal. Als Hoffnungsschimmer erweist sich zweifellos die Entwicklung des Warenexports mit bislang deutlichen, wenn auch zum aktuellen Rand hin abnehmenden Zuwachsraten. Hingegen enttäuscht

der Dienstleistungsexport, der an Boden verloren hat.

Der starke Rückgang der Waren- und Dienstleistungsimporte leistet zweifellos einen signifikanten Beitrag zum Abbau des Leistungsbilanzdefizits, bedeutet gleichzeitig aber auch einen Verzicht Griechenlands auf eine stärkere Integration in die internationale Arbeitsteilung. Denn Importe können auch die Teilhabe an internationalen Wertschöpfungsketten und eine dynamische Investitionstätigkeit signalisieren. Daran mangelt es in Griechenland. Es bleibt ein notwendiger Verzicht auf den Import von Konsum- und Gebrauchsgütern, der den Rückgang an Kaufkraft und die gesunkene Kreditwürdigkeit des Landes widerspiegelt.

Auch die eher unfreiwilligen Zinsentlastungen durch ausländische Gläubiger und Euro-Retter sind aus der Not geboren, um vermeintlich Schlimmeres zu verhindern. Daher spiegelt sich auch in der Einkommensbilanz kein neues Vertrauen in die griechische Wirtschaft, sondern nur die griechische Krise wider. Diese wird auch nicht durch höhere EU-Transfers zu lösen sein, da hier finanzielle Grenzen gesetzt sind und auch die seit Jahrzehnten zu beobachtenden Wirkungen von EU-Programmen in Griechenland wenig verheißungsvoll erscheinen.⁸ Der gestiegene Warenexport und das vorhandene Exportpotenzial im Dienstleistungsbereich mögen der Silberstreif am Horizont sein. Aber wie weit trägt diese Hoffnung?

3.2 Griechische Spezialitäten

Hintergründe eines „Exportwunders“

Die in Abschnitt 2.2 durchgeführte Analyse der sektoralen Beschäftigungsstrukturen Griechenlands hat bereits eklatante Strukturdefizite aufgezeigt. Daher liegt es nahe, dass sich diese Schwächen auch im griechischen Außenhandel widerspiegeln und die Erwartung dämpfen, dass Griechenland in absehbarer Zeit zum Globalisierungsgewinner mutiert. Um die (potenziellen) Spezialisierungsvorteile Griechenlands in der internationalen Arbeitsteilung zu erfassen, ist eine

⁷ Vgl. zu der Entwicklung der Zahlungsbilanz im Jahr 2012 auch Bank of Greece (2013a, 2013b).

⁸ Vergleiche dazu ausführlich Laaser (1997).

Abbildung 10:

Die griechische Exportentwicklung mit und ohne Warengruppe SITC 33: 2008–2012^a

^aVeränderung im Vergleich zum Vorjahr in Prozent. In der Warengruppe SITC 33 sind Erdöl und Produkte daraus erfasst.

Quelle: Eurostat (2013i); eigene Darstellung und Berechnungen.

genauere Analyse auf Basis der griechischen Außenhandelsstatistik notwendig. Zu diesem Zweck wird Rückgriff auf Handelsdaten von Eurostat genommen, die nach dem Spezialhandelskonzept erfasst sind.⁹ Im Fall der griechischen Außenhandelsstatistik gibt es allerdings das Problem, dass diese in den nationalen Veröffentlichungen seit einiger Zeit unvollständig ist, da der Handel mit Erdöl und Produkten daraus nicht mehr ausgewiesen wird. Als Erklärung wird eine notwendige Revision aufgrund überarbeiteter Zollstatistiken genannt.¹⁰ Hingegen ist der griechische Datensatz bei Eurostat vollständig und entspricht den veröffentlichten griechischen Außenhandelsdaten unter Einschluss der SITC-Gruppe 33 („Erdöl“).

Vor diesem Hintergrund ergibt sich folgendes Bild: Im Krisenjahr 2009 brach der griechische Warenexport, wie auch in den meisten anderen

Volkswirtschaften Europas, dramatisch ein – der Rückgang im Vorjahresvergleich betrug mehr als 18 Prozent (Abbildung 10). Seitdem ist der Warenexport bis 2011 wieder beständig gewachsen, wobei das Jahr 2011 mit einem Zuwachs von fast 40 Prozent herausragt – schnell war von einem „Exportwunder“ die Rede. Im Jahr 2012 konnte dieses hohe Wachstumstempo zwar nicht gehalten werden, die Zuwachsrates betrug aber immer noch 17,5 Prozent. Das Exportniveau des Vorkrisenjahres 2008 wurde damit im Jahr 2012 um 49 Prozent übertroffen.

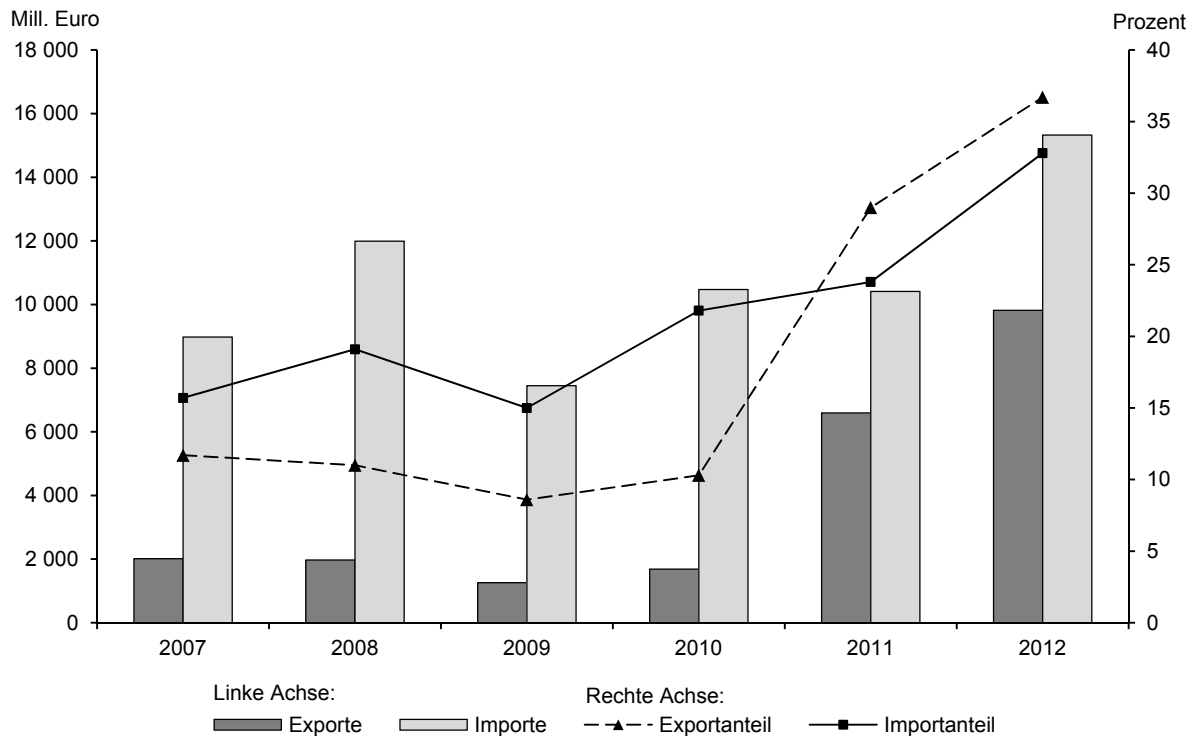
Die Suche nach einer Antwort auf die Frage, wie es zu diesem „Exportwunder“ in Griechenland kommen konnte, führt zu folgenden Erklärungsversuchen: Schon vor der Krise war im griechischen Außenhandel die Warengruppe SITC 33 „Erdöl und Erzeugnisse daraus“ auf der Export- und Importseite dominant. Auch in den Folgejahren prägte diese Warengruppe das Bild der griechischen Exporte und Importe. Bei den Exporten gab es im Jahr 2011 sogar einen ungewöhnlichen Zuwachs von mehr als 290 Prozent, was auch den sprunghaften Anstieg des Gesamtexports in diesem Jahr um 39 Prozent erklärt (Abbildung 10). Der Anteil der Warengruppe 33 am griechischen Gesamtexport erhöhte sich 2011 entsprechend von 10 auf fast 30 Prozent.

⁹ Das heißt für den Export, dass nur die Ausfuhr von Waren aus dem freien Verkehr und nicht aus Zolllagern berücksichtigt wird. Damit ergibt sich ein Exportprofil, in dem sich die eigene Wertschöpfung des Ausfuhrlandes, einschließlich der Veredelung oder Weiterverarbeitung importierter Waren, widerspiegelt und das nicht durch reinen Transit- oder Durchfuhrhandel verzerrt ist – soweit es das Konzept des Extra- und Intra-EU-Handels zulässt (vgl. Eurostat 2006: 6–9).

¹⁰ Siehe zum Beispiel HSA (2013a).

Abbildung 11:

Exporte und Importe Griechenlands in der Warengruppe 33: 2007–2012



Quelle: Eurostat (2013i); eigene Darstellung und Berechnungen.

Bis 2012 stieg der Anteil weiter auf 36 Prozent (Abbildung 11). Ebenso konnte diese Warengruppe auf der Importseite nach dem allgemeinen Einbruch von 2009 wieder signifikant wachsen – im Gegensatz zu den anderen Warengruppen. Damit stieg der Anteil von Erdölprodukten am Gesamtimport kontinuierlich an, wenn auch weniger sprunghaft als bei den Exporten.

Die Bedeutung dieser Warengruppe für die Entwicklung des griechischen Exports nach dem Ausbruch der Krise wird deutlich, wenn die Veränderungsrate des Exports ohne die Warengruppe 33 ausgewiesen wird (Abbildung 10). Dann ergibt sich das Bild einer wesentlich weniger dynamischen Erholung beim Warenexport: Von dem steilen Exportanstieg im Jahr 2011 bleiben gerade einmal 10 Prozent ohne Erdöl übrig, im Jahr 2012 halbierte sich sogar das Exportwachstum – das „Exportwunder“ wird stark relativiert.

Dies leitet zu der Frage über, wodurch der Niveausprung beim Export von Erdöl(-produkten)

entstehen konnte – zumal Griechenland kein Förderland ist. Seit 2012 weist das griechische Statistikamt HSA den Warenhandel nur noch ohne Erdölprodukte aus, nur über Eurostat ist der gesamte Warenhandel verfügbar. HSA begründete dies mit revidierten Primärdaten der Zollbehörden, die zukünftig in der Außenhandelsstatistik berücksichtigt werden sollen.¹¹ Dies spricht für Erfassungsfehler, die in der bisherigen Statistik den statistisch ausgewiesenen Erdölhandel generell in Frage stellen.¹² Die Vermutung bestätigte HSA im März 2013 mit dem Hinweis auf die vollständige Anpassung der Außenhandelsstatistik an europäische Erfassungsnormen (HSA 2013b). Doch ist weiterhin kein vollständiger, revidierter Datensatz verfügbar. Aber es wird deutlich: Der Anteil der Warengruppe SITC 33 scheint auch nach den neuen Daten in den letzten Jahren bei 20–40 Prozent gelegen zu haben; ein „Exportwun-

¹¹ Zum Beispiel in HSA (2013a).

¹² Ähnlich spekuliert Janssen (2013).

der“ hat nicht stattgefunden, trotz zweistelliger Exportzuwächse (mit Erdölprodukten).¹³ Auch die revidierten Daten legen nahe, dass in Griechenland Erdölprodukte mit überschaubarer eigener Wertschöpfung durchgehandelt werden und den Außenhandel verzerren.

Strukturelle Schwächen

Aber das griechische Exportproblem liegt letztendlich nicht bei der statistischen Erfassung von Erdöl(-produkten), problematisch ist vielmehr die zu beobachtende Strukturschwäche im griechischen Exportmix insgesamt: Ein Blick auf die über die letzten Jahre relativ stabilen Top-10-Exportgüter macht deutlich, dass es in Griechenland an der für ein hochentwickeltes Industrieland typischen Exportpalette mangelt (Abbildung 12). Auch wenn man die Warengruppe 33 ausblendet, dominieren landwirtschaftliche Erzeugnisse sowie Industrieprodukte, bei deren Herstellung gering-qualifizierte Arbeitskräfte oder aber eine relativ große Kapitalausstattung benötigt werden. Diese Exportstruktur Griechenlands vermittelt nicht den Eindruck einer Hightech-Volkswirtschaft der 2000er Jahre, sondern erinnert vielmehr an westeuropäische Volkswirtschaften der 50er und 60er Jahre. Diese Importseite wirkt dabei wie ein Spiegelbild: Die Top-10-Importgüter lassen erkennen, dass das heutige Griechenland – neben Erdöl – auf den Import technologieintensiver Investitions- und Gebrauchsgüter angewiesen ist (Abbildung 13).

Einen systematischen Einblick verschafft eine Analyse der Exporte und Importe nach Faktorintensitäten. Eine solche Klassifikation wird aus der Produktzyklushypothese abgeleitet. Sie besagt, dass hoch entwickelte Länder komparative Vorteile bei technologie- und humankapitalintensiven Gütern („Schumpeter-Güter“) haben, während sich weniger entwickelte Länder auf die Produktion von rohstoffintensiven Gütern („Ricardo-Güter“) und von arbeits- und kapitalintensiven Gütern („Heckscher-Ohlin-Güter“) spezialisieren. Bei den „Schumpeter-Gütern“ kann zudem nach mobilen und immobilen Gü-

tern differenziert werden: Selektionskriterium ist der räumliche Zusammenhang zwischen Forschung und Produktion. Eine Trennung von Forschung und Produktion ist bei den mobilen Gütern mit vergleichsweise geringen Kosten möglich, während diese bei den immobilen Gütern aufgrund des Ausmaßes der Komplementaritäten nur schwer durchführbar ist. Das bedeutet, dass der Wissenstransfer bei den mobilen „Schumpeter-Gütern“ relativ leicht ist, diese also auch leichter zu imitieren sind, was bei den immobilen „Schumpeter-Gütern“ schwerer fällt. Denn bei immobilen „Schumpeter-Gütern“ kann ein Unternehmen nicht nur die Produktionsstätte ins Ausland verlagern. Es muss darüber hinaus zumindest große Teile der Forschung und Entwicklung mit verlagern. Immobiler „Schumpeter-Güter“ sind daher stärker standortgebunden und besonders humankapitalintensiv (vgl. Heitger et al. 1992: 43–45).¹⁴

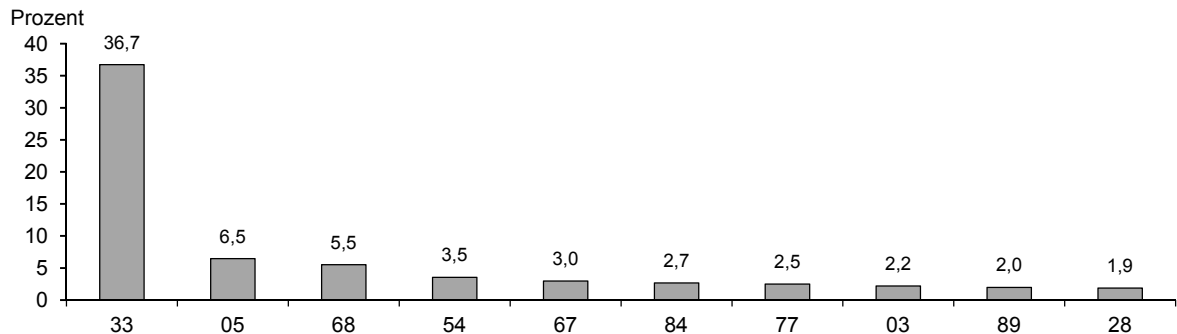
Während ein hochentwickeltes Industrieland, wie zum Beispiel Deutschland, seinen Exportschwerpunkt bei mobilen und insbesondere immobilen Schumpeter-Gütern hat, lag der Schwerpunkt Griechenlands mit 36 Prozent des Gesamtexports schon vor der Krise in den Jahren 2006 bis 2008 bei rohstoffintensiven Gütern; in den Krisenjahren von 2009 bis 2011 stieg dieser Anteil sogar weiter auf fast 47 Prozent an (Tabelle 2). Es folgten die Exporte arbeits- und kapitalintensiver Güter, während sich der Anteil humankapital- bzw. technologieintensiver Güter von einem schon sehr niedrigen Vorkrisenwert von knapp 25 Prozent – mobile und immobile Schumpeter-Güter zusammengefasst – auf weniger als 17 Prozent in den Krisenjahren weiter verringerte. Der deutsche „Hightech“-Anteil betrug hingegen zum Vergleich durchschnittlich mehr als 60 Prozent.¹⁵ Entsprechend gering ist die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands bei den beiden Schumpeter-Gütergruppen, wie deutlich negative RCA-Werte zeigen. Die relativen Stärken Griechenlands, die sich in positiven RCA-Werten widerspiegeln, liegen hingegen bei den anderen Gütergruppen, wo Entwicklungs- und

¹³ Auch die neueste Veröffentlichung von HSA mit Daten für Februar 2013 bestätigt diese Einschätzung (HSA 2013c).

¹⁴ Siehe Übersicht A1 im Anhang zu der Klassifikation des Außenhandels nach Faktorintensitäten.

¹⁵ Siehe dazu auch Schrader und Laaser (2012: 44–49).

Abbildung 12:
Griechenlands Top-10-Exportgüter 2012^a



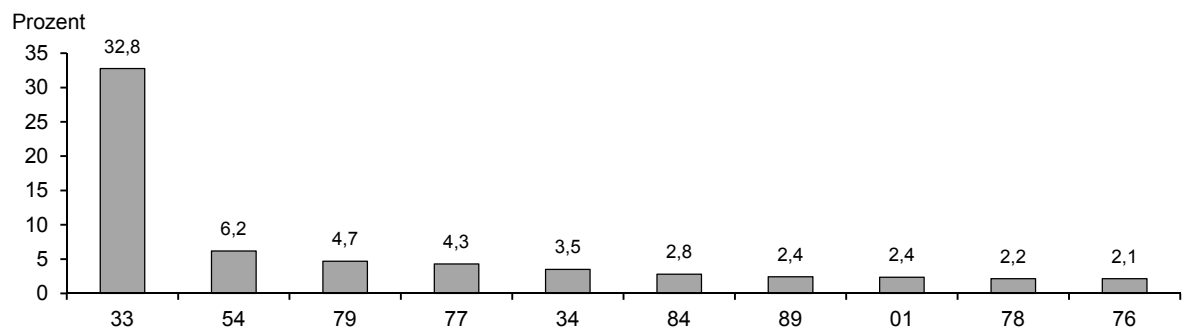
SITC Codes Griechenland:

33 Erdöl, Erdölerzeugnisse und verwandte Waren	84 Bekleidung und Bekleidungszubehör
05 Gemüse und Früchte	77 Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen etc.
68 NE-Metalle	03 Fisch, Krebstiere etc. (aus Aquakultur)
54 Medizinische und Pharmazeutische Erzeugnisse	89 Verschiedene bearbeitete Waren
67 Eisen und Stahl	28 Metallurgische Erze und Metallabfälle

^aDie Exporte in den 10 wichtigsten Warengruppen des Jahres 2012 in Prozent des Gesamtexports.

Quelle: Eurostat (2013i); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung 13:
Griechenlands Top-10-Importgüter 2012^a



SITC Codes Griechenland:

33 Erdöl, Erdölerzeugnisse und verwandte Waren	84 Bekleidung und Bekleidungszubehör
54 Medizinische und Pharmazeutische Erzeugnisse	89 Verschiedene bearbeitete Waren
79 Andere Beförderungsmittel	01 Fleisch und Zubereitungen von Fleisch
77 Elektrische Maschinen, Apparate, Geräte und Einrichtungen etc.	78 Straßenfahrzeuge (einschl. Luftkissenfahrzeuge)
34 Gas	76 Geräte für die Nachrichtentechnik; Bild- und Tonaufzeichnungs- und -wiedergabegeräte

^aDie Importe in den 10 wichtigsten Warengruppen des Jahres 2012 in Prozent des Gesamtimports.

Quelle: Eurostat (2013i); eigene Darstellung und Berechnungen.

Schwellenländer als harte Konkurrenten auftreten. Hier macht sich bemerkbar, dass es Griechenland versäumt hat, in ausreichendem Umfang Mittel in Forschung und Entwicklung zu investieren, die zum Aufbau Technologie intensiver Produktion hätten führen können. Der zuletzt ausgewiesene Anteil der F&E-Ausgaben

am BIP in Höhe von 0,6 Prozent reicht im EU-Vergleich nur zu einem der letzten Plätze. Von der Zielgröße 3 Prozent, eines der EU 2020-Ziele, ist Griechenland weit entfernt (Anhangabbildung A6). Und auch ein Technologieimport über ausländische Direktinvestitionen, wie er für viele Transformationsländer Mittel- und Ost-

Tabelle 2:

Die Außenhandelsstruktur und internationale Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands nach Faktorintensitäten^{a,b} 2006–2011

	Rohstoffintensiv			Arbeitsintensiv			Kapitalintensiv			Mobile Schumpeter-Güter			Immobilie Schumpeter-Güter		
	Exporte	Importe	RCA	Exporte	Importe	RCA	Exporte	Importe	RCA	Exporte	Importe	RCA	Exporte	Importe	RCA
2006–2008	36,2	32,1	0,12	20,9	17,2	0,19	18,3	13,0	0,34	8,6	11,1	-0,25	16,0	26,6	-0,51
2009–2011	46,9	41,3	0,13	19,1	16,8	0,11	17,5	13,6	0,25	7,6	11,8	-0,45	8,9	16,5	-0,74

^aIn Prozent der Gesamtexporte bzw. Gesamtimporte (Spezialhandel) auf Basis revidierter Daten nach Eurostat, soweit nach SITC klassifiziert; Durchschnittswerte für die Jahre 2005–2009. — ^bDie RCA-Werte für i Warengruppen wurden nach der folgenden Formel berechnet: $RCA_i = \ln[(Export_i : Import_i) : \sum Export_j : \sum Import_j]$; zu den Güterarten siehe Kasten A1 im Anhang.

Quelle: Eurostat (2012); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

europas typisch war, hat wohl in Griechenland kaum stattgefunden.¹⁶

3.3 Die richtigen Handelspartner?

Die wirtschaftliche Erholung Griechenlands aus eigener Kraft hängt entscheidend davon ab, ob das Land zukünftig in der Lage sein wird, eine international wettbewerbsfähige Produktpalette anzubieten. Nach der Analyse der sektoralen Außenhandelsstrukturen erscheint es ausgeschlossen, dass bereits 2014/15 – das ist der von den Euro-Rettern prognostizierte Wendepunkt zu einem Wachstum in Richtung 4 Prozent – eine nennenswerte Zahl technologisch anspruchsvoller Erzeugnisse aus griechischer Produktion im Wettbewerb auf den Weltmärkten bestehen könnte. Hinzu kommt, dass mit der „richtigen“ Spezialisierung die außenwirtschaftliche Integration mit den „richtigen“ Handelspartnern eng verbunden ist. Griechenland müsste sowohl auf den Märkten der westlichen Hocheinkommensländer – das wären insbesondere die EU-15 und Nordamerika – als auch auf den Märkten dynamisch wachsender Volkswirtschaften wie der BRIC-Staaten – Brasilien, Russland, Indien und China – und anderer wichtiger Schwellenländer Asiens und Südamerikas angemessen präsent sein. Doch dies ist bislang kaum der Fall, wie

die Analyse des griechischen Außenhandels nach Partnerländern zeigt (Tabelle 3).

Sowohl auf der Exportseite als auch bei den Importen spielt der Europäische Binnenmarkt für den griechischen Außenhandel die größte Rolle. Doch hat dessen Bedeutung während der Krisenjahre für Griechenland offensichtlich abgenommen: Die Anteile von Exporten und Importen sind aus dem 60-Prozentbereich in den 40-Prozentbereich zurückgegangen. Das Schrumpfen der Exporte in die relativ wohlhabenden EU-15-Länder von einem 40- auf ein 30-Prozentniveau ist dabei besonders bedenklich. Griechenland hatte schon bisher weniger als etwa die anderen südeuropäischen Krisenländer Portugal und Spanien in die EU-15 exportiert – deren Exporte gehen zu mehr als 60 bzw. 70 Prozent in die EU-15.¹⁷ Hier macht sich die vergleichsweise schwache Integration griechischer Produktionsstandorte in europäische Wertschöpfungsketten bemerkbar, die den Austausch hochwertiger Industriegüter befördern. Das Fehlen einer Automobilproduktion bzw. wichtiger Zulieferer für den Fahrzeugbau in Griechenland dürfte sich in dieser Beziehung besonders nachteilig auswirken.

Aufgrund dieser Integrationsdefizite ist Griechenland auch auf den Märkten der BRIC-Staaten, anderer wichtiger Schwellenländer und Nordamerikas nur schwach vertreten ist. Denn in der griechischen Angebotspalette fehlen moderne Investitionsgüter ebenso wie hochwertige Gebrauchs- und Konsumgüter, die auf hochent-

¹⁶ Griechenland hat traditionell relativ wenige ausländische Direktinvestitionen angezogen, die dem Land zu einer modernen Industriebasis hätten verhelfen können (vgl. Laaser 1997: 132–134, 146–147).

¹⁷ Vgl. dazu auch Schrader und Laaser (2012: 49–51).

Tabelle 3:
Griechischer Außenhandel nach Partnerländern 2008, 2010 und 2012^a

	Warenexporte			Warenimporte		
	2008	2010	2012	2008	2010	2012
EU-15	41,7	41,9	28,8	48,4	44,6	37,8
Deutschland	10,7	11,0	6,3	11,8	10,5	9,3
Italien	11,6	10,8	7,6	11,4	9,6	7,7
EU-Neumitglieder ^b	23,6	21,3	15,9	6,1	6,5	7,1
Bulgarien	7,4	6,5	5,5	1,9	2,0	2,6
Zypern	6,9	7,2	4,9	1,1	1,1	1,2
EFTA	1,7	1,2	0,6	2,0	2,1	1,6
Nordamerikanische Märkte ^c	5,4	4,6	4,2	3,1	2,6	1,5
BRIC-Staaten ^d	3,5	3,7	3,8	14,4	17,6	18,3
China	0,6	1,0	1,4	5,3	6,0	4,8
Wichtige Schwellenländer ^e	1,0	2,1	3,9	4,2	5,6	6,0
Sonstige	23,1	25,2	42,9	21,8	21,1	27,8
Türkei	3,5	5,2	10,7	2,7	2,4	2,3
<i>Nachrichtlich:</i> Gesamt in Mill. Euro	17 937	16 378	26 693	62 945	48 120	46 764

^aAnteile in Prozent der Gesamtex-/importe. — ^bBulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern. — ^cKanada, Vereinigte Staaten. — ^dBrasilien, China, Indien, Russland. — ^eArgentinien, Chile, Mexiko, Indonesien, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Vietnam.

Quelle: Eurostat (2013i); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

wickelten bzw. dynamisch wachsenden Märkten nachgefragt werden. Das eher ungünstige Bild der griechischen Handelsbeziehungen wird durch einen relativ intensiven Austausch mit Ländern aus der Gruppe „Sonstige“, die vornehmlich zu den weniger entwickelten Volkswirtschaften zählen, komplettiert.

Die wenig verheißungsvolle Struktur der außenwirtschaftlichen Integration Griechenlands zeigt sich auch bei den wichtigsten Handelspartnern des Landes (Tabelle 4): Etwas überraschend befindet sich im Jahr 2012 die Türkei bei den Exporten auf Platz 1, nach den Plätzen 2 und 6 in den beiden Vorjahren. Es könnte zwar der Eindruck einer regionalen Arbeitsteilung entstehen, zumal weitere Nachbarländer bzw. Mittelmeeranrainer ebenfalls unter diesen TOP-10 sind. Der Blick auf die Struktur der bilateralen Exportströme zeigt jedoch, dass der Export von Erdöl(-produkten) das Bild stark verzerrt. So zählen fast 72 Prozent der griechischen Exporte in die Türkei zu dieser Warengruppe, ohne diese bliebe vom Handel mit dem Nachbarland

nur eine weit gestreute Produktpalette von geringer Bedeutung übrig. Gleiches gilt für Mazedonien, Libyen und den Libanon mit „Erdöl-Anteilen“ zwischen 64 und 91 Prozent. Auch die Exportbeziehungen mit den Vereinigten Staaten, Zypern und Bulgarien sind, wenn auch in geringerem Umfang, durch „Erdölexporte“ geprägt. Keine Rolle spielt das Erdöl im Export nach Deutschland und dem Vereinigten Königreich, zu denen sehr ähnlich strukturierte Exportbeziehungen bestehen: Gemüse und Früchte, Pharmazeutika – aus der griechischen Generikaproduktion – und Nichteisenmetalle prägen hier das Bild. Der Export in das wichtige Partnerland Italien ist wiederum durch einen Mix aus Nichteisenmetallen, pflanzlichen Fetten und Ölen, Erdölprodukten und Speisefischen aus Aquakultur bestimmt (Eurostat 2013i). Damit spiegeln die Handelsbeziehungen Griechenlands mit seinen wichtigsten Partnern das grundlegende Strukturproblem seiner unzureichenden technologischen Basis nachdrücklich wider.

Tabelle 4:
Die 10 wichtigsten Handelspartner Griechenlands
2012^a

	Rang	Export-/ Importanteil
Exporte		
Türkei	1	10,7
Italien	2	7,5
Deutschland	3	6,3
Bulgarien	4	5,5
Zypern	5	4,9
Vereinigte Staaten	6	3,8
Vereinigtes Königreich	7	3,1
Mazedonien	8	3,0
Libyen	9	2,8
Libanon	10	2,5
Importe		
Russland	1	12,5
Deutschland	2	9,3
Italien	3	7,7
Saudi Arabien	4	5,7
China	5	4,8
Niederlande	6	4,7
Frankreich	7	4,2
Korea (Rep.)	8	4,0
Libyen	9	3,6
Irak	10	3,1

^aAnteile in Prozent des Gesamtexports/-imports.

Quelle: Eurostat (2013i); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

3.4 Exportmotor „Dienstleistungen“

Die Schwächen der griechischen Industriestruktur zeigen sich deutlich in den sektoralen und regionalen Strukturen des Warenexports. Hoffnungen auf ein exportgeleitetes Wachstum und damit auf ein neues „Geschäftsmodell“ der griechischen Volkswirtschaft lassen sich mit Blick auf die Industrie und deren qualitativ und quantitativ beschränktes Exportpotenzial nicht rechtfertigen. Ohne einen tiefgreifenden, seit Jahrzehnten verschleppten Strukturwandel, der nicht innerhalb weniger Jahre nachholbar ist, wird Griechenland über den Warenexport auch zukünftig keinen entscheidenden Wachstumsbeitrag erzielen können. So bleibt die Hoffnung auf die traditionellen Stärken des Landes beim Export von Dienstleistungen. Die Entwicklung

des griechischen Dienstleistungshandels während der letzten Jahre lässt allerdings erkennen, dass Erfolge beim Dienstleistungsexport keineswegs gesichert sind. Denn die Exportentwicklung nach 2008 ist wenig vielversprechend: Bis 2012 hatten sich die Dienstleistungsexporte nicht wirklich erholt – im Gegenteil war am aktuellen Rand ein Rückgang von mehr als 5 Prozent zu beobachten, das Exportniveau von 2008 ist daher weiter entfernt als in den letzten Jahren (Tabelle 5).

Die größte Bedeutung für den griechischen Dienstleistungshandel haben nach wie vor die Transportleistungen und der Reiseverkehr, auf die deutlich mehr als 80 Prozent des Exports entfallen. Unternehmensbezogene Dienstleistungen, die vornehmlich mit der industriellen Produktion verknüpft sind, haben erwartungsgemäß eine geringe Bedeutung. Finanzdienstleistungen dürften ebenso wie Versicherungsdienstleistungen und Bauleistungen angesichts der krisenhaften Entwicklung und des großen strukturellen Anpassungsbedarfs gerade in diesen Bereichen ebenfalls kaum als Exportmotoren der näheren Zukunft in Betracht gezogen werden. Damit ruhen die Hoffnungen bei den traditionellen Stärken.

Bei den Transportleistungen, dem wichtigsten Sektor im Dienstleistungsexport mit einem um 50 Prozent schwankenden Anteil, dominiert auch am aktuellen Rand der Seetransport, auf den fast 90 Prozent der Transportdienstleistungen entfallen. Die Entwicklung in diesem Dienstleistungsbereich hängt allerdings im hohen Maße von der globalen Konjunkturerholung ab. Bis 2008 spiegelte sich hier in immer größeren Exportüberschüssen die Intensivierung des Welthandels im Zuge der guten Weltkonjunktur wider. Nach dem Krisenjahr 2009 blieb jedoch eine nachhaltige Konjunkturerholung aus, so dass auch die Seetransportleistungen spürbar rückläufig waren. Eine Rückkehr zum kräftigen Wachstum der 2000er Jahre erscheint auch in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich, da der Welthandel aufgrund einer zögerlichen weltwirtschaftlichen Expansion erst einmal nur unterdurchschnittlich zulegen dürfte (IfW 2013: 22–24).

Tabelle 5:
Struktur des Dienstleistungsexports Griechenlands 2000–2012 (Prozent)

Dienstleistungsgruppen	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Transportleistungen	41,2	41,3	40,3	44,7	49,8	50,9	50,5	54,1	56,3	50,2	54,1	49,3	49,0
Reiseverkehr	47,9	47,9	48,7	44,3	38,7	39,4	40,0	36,1	34,2	38,5	33,7	36,7	37,0
Sonstiges	10,9	10,8	11,0	11,0	11,5	9,7	9,5	9,8	9,5	11,2	12,1	14,0	14,0
darunter:													
Kommunikationsleistungen	1,4	1,2	1,0	1,3	1,2	1,2	1,1	1,1	1,0	1,1	1,1	1,3	1,3
Bauleistungen	1,2	1,1	0,9	0,8	0,7	0,9	0,8	0,8	0,8	1,0	1,9	3,2	2,0
Versicherungsdienstleistungen	0,9	0,6	0,8	0,8	0,7	0,8	0,7	0,9	0,9	1,2	1,1	1,4	1,5
Finanzdienstleistungen	0,6	0,4	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,4	0,4	0,5	0,4
EDV- und Informationsleistungen	0,5	0,4	0,4	0,6	0,6	0,5	0,6	0,5	0,7	1,1	1,3	1,2	1,3
Patente und Lizenzen	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2
Sonstige unternehmensbezogene Dienstleistungen	4,8	5,8	6,0	5,4	4,7	5,1	5,0	5,2	5,1	5,4	5,4	5,4	5,5
<i>Nachrichtlich:</i>													
Dienstleistungsexporte in Mill. Euro	20 983	22 080	21 135	21 434	26 740	27 252	28 365	31 337	34 064	26 982	28 478	28 610	27 111

Quelle: Eurostat (2013k); eigene Zusammenstellung und Berechnungen.

Auch das zweite wichtige Standbein des griechischen Dienstleistungsexports, die Reiseverkehrsleistungen, entwickelt sich wenig dynamisch. Zwar ist der Exportüberschuss in diesem Bereich höher als bei den Transportleistungen und auch das tiefe Tal des Jahres 2010 wurde durchschritten. Doch waren die Einnahmen und damit einhergehend auch der Überschuss im Jahr 2012 leicht rückläufig – es zeigt sich ein Bild der Stagnation deutlich unter dem Niveau des Jahres 2008. Die Ausgaben ausländischer Staatsangehöriger für diese vornehmlich touristischen Dienstleistungen sanken 2012 um 4,6 Prozent bei einem gleichzeitigen Rückgang der Zahl der Reisenden um 5,5 Prozent. Von besonderem Gewicht war dabei der Rückgang bei den Ausgaben deutscher Touristen (–10 Prozent), der weiterhin größten Touristengruppe. Die Mehrausgaben britischer und russischer Touristen (+18 bzw. +27 Prozent), die nach den Deutschen wichtigsten Gästegruppen, reichten nicht für eine Kompensation dieser Mindereinnahmen.¹⁸ Eine Ursache für diese Entwicklung liegt fraglos in dem Verlust politischer Stabilität, dessen negative Begleiterscheinungen auch auf den Tourismus abstrahlen – Streiks und Demonstrationen haben offensichtlich besonders auf deutsche Touristen abschreckend gewirkt. Darüber hinaus leidet der griechische Fremdenverkehrssektor an strukturellen Defiziten, für die es keine rasche Abhilfe gibt: Unter anderem verhindern die zu

kurze Saison und zu wenige Angebote, die eine kaufkräftige Kundschaft ansprechen, dass die Reiseverkehrsleistungen einen höheren Wachstumsbeitrag leisten können (vgl. McKinsey & Company 2011: 39–43).

3.5 Ein Fazit

Vor dem Hintergrund des im heutigen Griechenland nur begrenzt vorhandenen Exportpotenzials erscheint ein starkes, exportgeleitetes Wachstum in den nächsten Jahren unrealistisch. Die Erwartungen, die von den Euro-Retttern mit ihren optimistischen Prognosen geweckt werden, kann Griechenland nicht erfüllen. Wachstumsbeiträge des Außenhandels sind durchaus möglich, aber die strukturellen Voraussetzungen für einen dynamischen Waren- und Dienstleistungsexport als neues „Geschäftsmodell“ Griechenlands fehlen bislang. Jahrzehntelange Versäumnisse können nicht innerhalb weniger Jahre kompensiert werden. Mit den gegenwärtigen Außenhandelsstrukturen ist das Wachstumspotenzial nur begrenzt, da die Warenexportstruktur aufgrund ihrer Rohstoff- und Arbeitslastigkeit nicht der eines modernen Industrielands entspricht. Das gegenwärtige Wohlstandsniveau Griechenlands lässt sich nur durch die Integration der Wirtschaft in technologie- und humankapitalintensive Wertschöpfungsketten sichern und nicht mit einer Exportpalette, die typisch für ein Niedrigeinkommensland ist. Gleiches gilt für den Dienstleistungsexport: Der volatile Seetransport

¹⁸ Vgl. im Einzelnen Bank of Greece (2013c).

reicht als Wachstumsmotor nicht aus. Eine Tourismusstruktur, die mangels Investitionen nur schwer mit der moderner aufgestellten Konkurrenz mithalten kann, taugt ebenfalls nicht zur Einkommenssicherung in Griechenland. Und exportfähige, unternehmensbezogene Dienstleistungen haben noch nie zu den Stärken des Landes gehört.

4 Schuldenberge ohne Ende

4.1 Die untragbare Staatsverschuldung

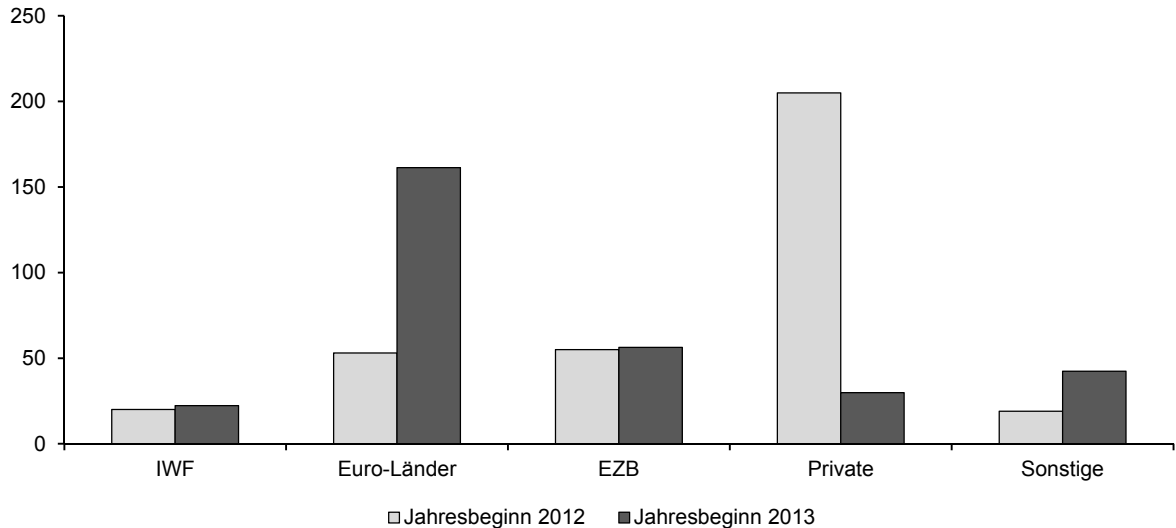
Griechenland steht seit nunmehr drei Jahren im Mittelpunkt der europäischen Staatsschuldenkrise. Während dieser Zeit gab es zahlreiche Rettungsmaßnahmen, die es dem Land ermöglichen sollten, seine Überschuldung unter Kontrolle zu bringen. Dazu gehören insbesondere der Schuldenschnitt auf Staatsanleihen privater Gläubiger im Februar 2012 sowie der Rückkauf von Anleihen durch den griechischen Staat im Dezember 2012, der mithilfe von Krediten im Rahmen des zweiten milliardenschweren Rettungspakets finanziert wurde. Seither gesunkene Renditen auf griechische Staatsanleihen erwecken den Anschein, dass die Finanzmärkte beruhigt und von der wiederhergestellten Tragfähigkeit der griechischen Verschuldung überzeugt werden konnten. Um sich jedoch nicht nur auf die Rationalität der Märkte verlassen zu müssen, lohnt eine tiefergehende Betrachtung der griechischen Schuldendynamik sowie der angedachten Reformen, die die Ursachen von Griechenlands Schuldenproblem beheben sollen. Deshalb soll nachfolgend analysiert werden, wie der Schuldentrückkauf zu bewerten ist und ob die Staatsschuld Griechenlands dadurch tragfähig wurde oder mit weiteren Rettungsmaßnahmen, beispielsweise einem zweiten Schuldenschnitt zu rechnen ist. Darüber hinaus wird ein Überblick zu anstehenden Fiskalreformen gegeben, die maßgeblich zur langfristigen Schuldentragfähigkeit beitragen sollen.

Wer sind die Gläubiger Griechenlands?

Bei Spekulationen um einen möglichen Zahlungsausfall Griechenlands – am wahrscheinlichsten in Form einer Vereinbarung über einen weiteren Schuldenschnitt auf Staatsanleihen – stellt sich immer wieder die Frage, wer in einem solchen Fall Verluste verbuchen müsste. Seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise in Griechenland, der Herabstufung seiner Kreditwürdigkeit und den europaweiten Anstrengungen, dem Land die Rückkehr zur eigenständigen Finanzierung an den Kapitalmärkten zu ermöglichen, hat sich die Gläubigerstruktur durch die eingeleiteten Rettungsmaßnahmen fundamental geändert: Griechenlands größter Gläubiger ist nach allen bisher geleisteten Hilfszahlungen und Rettungsmaßnahmen der europäische Steuerzahler. Die Euroländer halten durch ihre Garantiezusagen im EFSF (European Financial Stability Facility) und ESM (European Stability Mechanism) sowie durch bilaterale Kredite etwa 161 Mrd. Euro oder 52 Prozent der griechischen Staatsverschuldung. Des Weiteren ist nach zahlreichen Sekundärmarkt eingriffen die Europäische Zentralbank (EZB) inzwischen ein gewichtiger Gläubiger des griechischen Staates; insgesamt hält sie Anleihen im Wert von etwa 45 Mrd. Euro, was rund 18 Prozent des derzeitigen Schuldenbergs entspricht. Der Anteil des Internationalen Währungsfonds (IWF) beläuft sich durch seine Hilfszahlungen von nunmehr 22 Mrd. Euro auf etwa 7 Prozent. In der Hand privater Gläubiger liegt nach dem Schuldenschnitt im Februar 2012 und nach dem Schuldentrückkaufprogramm im Dezember 2012 nur noch ein vergleichsweise geringer Anteil griechischer Staatsanleihen von rund 30 Mrd. Euro, was 10 Prozent der Staatsschuld entspricht.

Ein Vergleich der heutigen und letztjährigen Gläubigerstruktur in Abbildung 14 zeigt, dass das Risiko von privaten Investoren zu den europäischen Steuerzahlern verlagert wurde. Denn sollte es zu einem (teilweisen) Zahlungsausfall Griechenlands kommen, werden die Garantien der einzelnen Staaten eingefordert und aus Zusagen werden haushaltswirksame Auszahlungen. Im Einzelnen stehen die jeweiligen Regierungen dann vor der Wahl, geplante nationale Ausgaben

Abbildung 14:
Gläubigerstruktur der griechischen Staatsverschuldung 2012/2013 (Mrd. Euro)



Quelle: Kaiser (2012); IMF (2013); eigene Darstellung.

zu kürzen oder ihre Einnahmen durch höhere Steuern zu steigern, um für die getätigten Abschreibungen aufkommen zu können sofern sie sich nicht selbst höher verschulden wollen.

Dieses Risiko entsteht zudem nicht nur durch die bilateralen Kredite und EFSF-/ESM-Garantien, auch der Anleihebestand der EZB ist für den Steuerzahler relevant: Sollte die EZB bei einem Schuldenschnitt teilweise Abschreibungen vornehmen müssen, wären die EU-Staaten schlimmstenfalls zur Rekapitalisierung und damit zu Einzahlungen gemäß ihren jeweiligen Anteilen an der EZB verpflichtet. Der mögliche Verlust entspricht zwar nicht dem Nominalwert der gehaltenen Anleihen, da davon auszugehen ist, dass die EZB am Sekundärmarkt einen niedrigeren Preis gezahlt hat. Das Risiko für den Steuerzahler wird dennoch erhöht – insbesondere wenn man berücksichtigt, dass die Kredite des IWF bevorzugt behandelt werden und im Falle eines Schuldenschnitts zuerst bedient würden. Bisher steht den EZB-Abschreibungen allerdings das Verbot der monetären Staatsfinanzierung entgegen. Doch die Krise hat gezeigt, dass Regeln offensichtlich dehnbar sind bzw. folgenlos missachtet werden können.

Welchen Umfang haben die Rettungspakete?

Die veränderte Gläubigerstruktur und faktische Risikoübernahme durch die Euroländer ist auf die einzelnen Kredite im Rahmen der beiden bisher beschlossenen Rettungspakete zurückzuführen. Aufgrund der Vielzahl von Auszahlungen, Tranchen, Abreden und Programme ist das Gesamtbild der Maßnahmen ausgesprochen unübersichtlich geworden. Tabelle 6 bietet eine Übersicht der einzelnen Paketbestandteile und enthält neben allen bisherigen Auszahlungen an Griechenland auch die bis zum Jahr 2014 zugesagten Beträge.

Die bisher im Rahmen des ersten und zweiten Rettungspakets geleisteten Zahlungen an Griechenland umfassen 201 Mrd. Euro (Stand: April 2013). Darin enthalten sind bereits die nach dem erfolgten Schuldentrückkaufprogramm im Dezember 2012 freigegebenen Mittel in Höhe von 34,3 Mrd. Euro. Im Laufe des ersten Quartals 2013 wurden zudem weitere 14,8 Mrd. Euro vom EFSF und 3,3 Mrd. vom IWF ausgezahlt. Insgesamt belaufen sich die Hilfszahlungen aus beiden Rettungspaketten auf 237,5 Mrd. Euro. Bis zum Ende des Hilfsprogramms im Jahr 2014 verbleiben somit nur noch 36,5 Mrd. Euro; dieser Betrag muss nach allen bisherigen Beschlüs-

Tabelle 6:

Übersicht der Rettungsprogramme für Griechenland 2010–2014 (Mrd. Euro)

		Zeitpunkt	Eurozone (EFSF)	IWF	Summe	
1. Rettungspaket	1. Auszahlung	Mai 10	14,5	5,5	20,0	
	2. Auszahlung	Sep 10	6,5	2,5	9,0	
	3. Auszahlung	Dez 10 / Jan 11	6,5	2,5	9,0	
	4. Auszahlung	Mrz 11	10,9	4,1	15,0	
	5. Auszahlung	Jul 11	8,7	3,3	12,0	
	6. Auszahlung	Dez 11	5,8	2,2	8,0	
Summe 1. Paket			52,9	20,1	73,0	
2. Rettungspaket	1. Tranche	Mrz 12 / Apr 12	29,7	1,6	31,3	
	2. Tranche	Mrz 12 / Apr 12	4,9		4,9	
	3. Tranche	Mrz 12	5,9		5,9	
	1. Auszahlung	4. Tranche	Apr 12	3,3		3,3
		5. Tranche	Apr 12	25,0		25,0
		6. Tranche	Mai 12	4,2		4,2
		7. Tranche	Jun 12	1,0		1,0
			Dez 12	34,3		34,3
	2. Auszahlung		Jan 13	9,2	3,3	12,5
			Feb 13	2,8		2,8
			Apr 13	2,8		2,8
		3. Auszahlung	2013Q1	4,2		4,2
		4. Auszahlung	2013Q2	3,2		3,2
		5. Auszahlung	2013Q3	0,7		0,7
		6. Auszahlung	2013Q4	2,4		2,4
	7. Auszahlung	2014Q1	6,3		6,3	
	8. Auszahlung ausstehend	2014Q2	4,8		4,8	
				14,9	14,9	
Summe 2. Paket			144,7	19,8	164,5	
Gesamt			197,6	39,9	237,5	

Quelle: EU-Kommission (2012b); IMF (2013); eigene Darstellung.

sen ausreichen, um Griechenlands Schuldenlast tragfähig zu machen.

Um die Reformanreize der griechischen Regierung nicht durch die Zusage von Hilfszahlungen zu mindern, sondern notwendige strukturelle Anpassungen des Landes stetig voranzutreiben, sind Auszahlungen inzwischen an das Erreichen von spezifischen Zwischenzielen geknüpft, die von der griechischen Regierung mit der Troika ausgehandelt werden. Im ersten Quartal 2013 musste beispielsweise eine Reihe unterschiedlicher Maßnahmen umgesetzt werden, damit die vorgesehenen Subtranchen von insgesamt 14,8 Mrd. Euro freigegeben werden konnten. Dazu gehörten eine allgemeine Sen-

kung von Medikamentenpreisen,¹⁹ eine vollständige Personalplanung für Fachministerien und damit verbunden auch verpflichtende Zahlen zum angestrebten Abbau der Staatsbediensteten, die Haushaltsplanung mit verbindlichen Ausgabengrenzen für einzelne Ressorts sowie eine grundlegende Einkommens- und Körperschaftssteuerreform.

¹⁹ Hierdurch sollen die Gesundheitsausgaben des Staates gemindert werden. Ziel ist, die öffentlichen Ausgaben für Medikamente von zuletzt 2,1 Prozent des BIP im Jahr 2010 auf 1 Prozent zu senken. Der EU-Durchschnitt lag im Jahr 2010 bei 1,6 Prozent (vgl. Carone et al. 2012 und IMF 2013).

Eine Aufteilung der Hilfszahlungen in Tranchen, die jeweils an spezifische Fortschritte im Reformprozess geknüpft sind, scheint das letzte Mittel der Troika zu sein, um Zusagen nicht unentwegt revidieren zu müssen und ihre eigene Glaubwürdigkeit zumindest in kleinen Schritten wiederherzustellen.

Schuldenrückkauf ein Erfolg?

Aufgrund der mangelhaften Umsetzung notwendiger Reformen und Sparmaßnahmen wurden im Verlauf des Jahres 2012 die ursprünglich für den Sommer angekündigten Tranchen mehrfach aufgeschoben. Zielvorgaben wurden in verschiedenen Bereichen, zum Beispiel bei der Arbeitsmarktreform oder im Privatisierungsprozess verfehlt. Die politische Ungewissheit im Zuge der beiden Parlamentswahlen im Frühjahr infolge reformfeindlicher Absichtsbekundungen im Wahlkampf hatte sich zudem negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands ausgewirkt. So verbesserte sich schließlich die Haushaltssituation nicht in ausreichendem Maße, um den Anforderungen der mittelfristigen Fiskalstrategie, die Griechenlands Verschuldung bis zum Jahr 2020 auf ein nachhaltiges Niveau senken soll, weiterhin zu genügen. Um die Freigabe weiterer Tranchen dennoch zu ermöglichen und dabei nicht wortbrüchig zu werden, verständigten sich die EU-Finanzminister auf einem Gipfel Ende November 2012 auf ein Maßnahmenbündel, das zum einen durch Zinssenkungen und -stundungen für Griechenland mittelfristige Finanzierungslücken von 14,8 Mrd. Euro schließen soll; zum anderen wurde ein Schuldenrückkaufprogramm für Dezember 2012 konzipiert, das die griechische Schuldenquote unmittelbar um 11 Prozentpunkte reduzieren sollte.

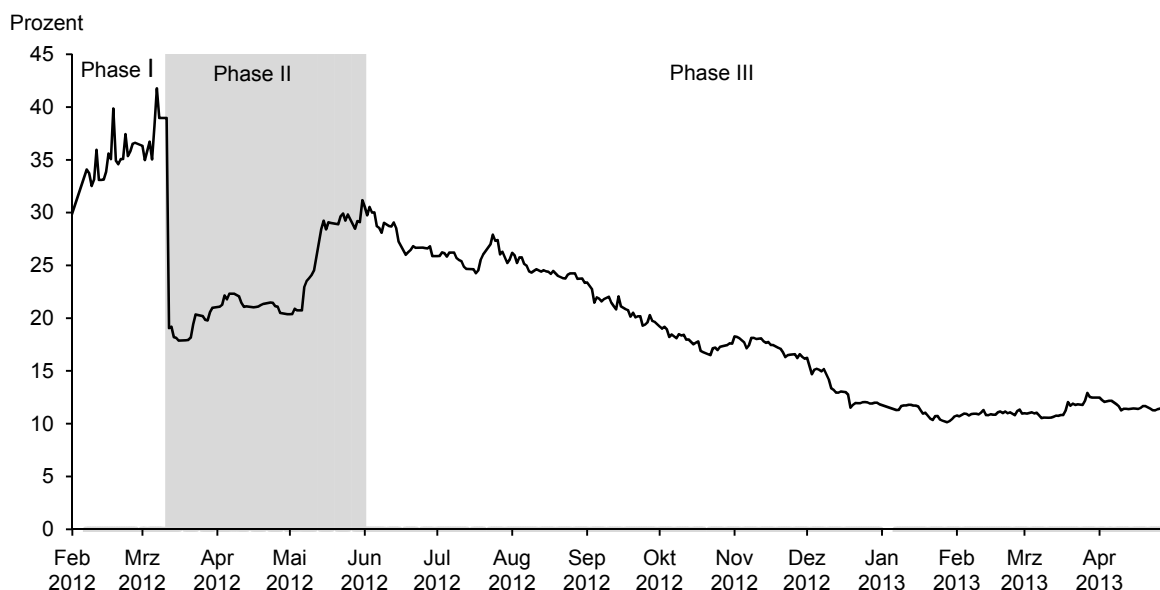
Für den Rückkauf von Staatsanleihen durch den griechischen Staat wurden bis zu 10 Mrd. Euro von den EU-Finanzministern vorgesehen. Da griechische Anleihen seit Ausbruch der Schuldenkrise nur noch als hochspekulative Anlage angesehen wurden und folglich ihr Preis auf dem Sekundärmarkt weit unter ihrem Nennwert lag, sollte Griechenland bei einem angenommenen Durchschnittspreis von 28 Cent je Euro früher begebene Staatsanleihen zu einem Nennwert von etwa 30 Mrd. Euro von privaten

Investoren zurückkaufen, die Staatsanleihen im Nennwert von 62 Mrd. Euro hielten. Auf diese Weise sollte die griechische Staatsschuld auf einen Schlag um mindestens 20 Mrd. Euro bzw. 11 Prozent des BIP gesenkt werden.

Die abschließende Auswertung ergab, dass Griechenland einen weitaus höheren Durchschnittspreis von 33,8 Cent je Euro zahlen musste, um die Anforderungen der Troika zu erfüllen und ausreichend viele Investoren zu einem Verkauf ihrer Anleihen zu bewegen. Aus diesem Grund wurde die Staatsschuldenquote nur um 9,5 Prozentpunkte vermindert und die Euroländer mussten rund 1,3 Mrd. Euro mehr als ursprünglich vereinbart für diese Maßnahme zur Verfügung stellen. Insgesamt wurden dem griechischen Staat Anleihen im Wert von knapp 32 Mrd. Euro angedient – etwa die Hälfte von griechischen Banken und Versicherungen, die andere Hälfte von Hedgefonds. Private Kleinanleger waren vom Rückkaufprogramm de facto ausgeschlossen, da nur Anleihen mit einem Mindestnominalwert von 1 000 Euro zugelassen wurden, die von dieser Anlegergruppe nicht gehalten wurden.

Zumindest für Hedgefonds ist der Schuldenrückkauf eindeutig als Erfolg zu werten: Sie hatten die Anleihen als Spekulationsobjekte im Frühjahr und Sommer 2012 gekauft, als aufgrund der Unsicherheit über einen griechischen Staatsbankrott und ein anschließendes Verlassen der Eurogruppe der Kurs griechischer Staatstitel auf bis zu 15 Prozent ihres Nennwertes gesunken war. Abbildung 15 zeigt die Renditeentwicklung griechischer Staatsanleihen während des letzten Jahres in drei Phasen auf. Sie ist spiegelbildlich zur Kursentwicklung zu sehen, d.h., bei einer fallenden Rendite steigt der Preis der Anleihen. In der Abbildung ist zunächst die deutliche Entspannung des Marktes Anfang März 2012 mit dem Übergang von Phase I zu Phase II zu sehen. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Schuldenschnitt auf den Großteil privat gehaltener Anleihen durchgeführt und eine Rückkehr zu einer tragfähigen Verschuldung Griechenlands erschien möglich. Aufgrund politischer Auseinandersetzungen im Zuge der beiden Wahlen im April/Mai verschlechterte sich in Phase II jedoch die Einschätzung der Finanz-

Abbildung 15:
Rendite griechischer Staatsanleihen 2012–2013



Quelle: Investing (2013); eigene Darstellung.

märkte und die Rendite stieg in entsprechend hohem Maße an. Wer zu diesem Zeitpunkt griechische Anleihen (über 1 000 Euro pro Stück) kaufte, konnte Anfang Dezember, als der Preis, getrieben durch den Schuldenrückkauf, rasch anstieg, einen Gewinn von mehr als 100 Prozent erzielen.

Für die griechischen Banken, die Anleihen im Wert von etwa 15 Mrd. Euro an den Staat zurückverkauften, hatte die Maßnahme durchaus negative Konsequenzen. Denn im Gegensatz zu Hedgefonds, die zu günstigen Konditionen am Sekundärmarkt eingekauft hatten, waren ihre Portfolios bereits vom Anleihtausch des Schuldenschnitts im Februar 2012 betroffen. Sie hatten bereits einen Verlust von etwa 50 Prozent zu Beginn des Jahres 2012 erzielt und verkauften nun ihre Anleihen zu durchschnittlich 33,8 Cent je Euro, sodass sie letztlich nur knapp 17 Prozent des ursprünglichen Nennwerts erhielten – verglichen mit den stattlichen Renditen der Hedgefonds ein herber Verlust.

Als einzig positiver Effekt dieser Operation ist die zwangsläufige Bereinigung der Bankbilanzen anzusehen. Denn trotz der großen Risiken, die sich in der hohen Marktrendite griechischer Anleihen widerspiegeln, konnten Banken ihre

Bestände nicht abschreiben oder im Wert korrigieren. Gemäß den Richtlinien von Basel II und sogar nach den Vorschlägen für Basel III sind Staatsanleihen in heimischer Währung als risikofrei zu bewerten.²⁰ Die Konsequenz der nunmehr wirklichkeitsgetreuen Bilanzen war jedoch ein hoher Rekapitalisierungsbedarf der griechischen Banken. Von den im Dezember 2012 bewilligten 34,3 Mrd. Euro des EFSF waren deshalb rund 16 Mrd. Euro für die griechischen Geldinstitute vorgesehen.²¹

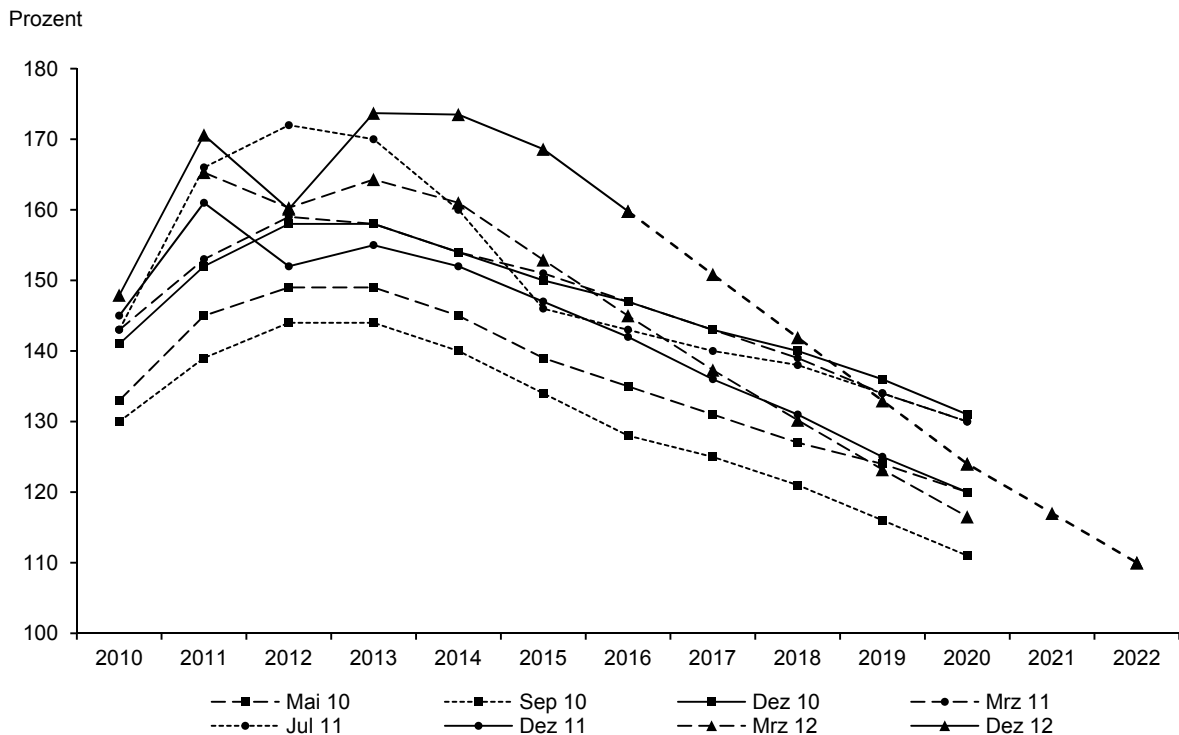
Tragfähigkeit der griechischen Verschuldung erreicht?

Langfristig ist es jedoch entscheidend, wie sich das Rückkaufprogramm auf die Tragfähigkeit der griechischen Staatschuld auswirkt. Eine schlagartig um knapp 10 Prozentpunkte reduzierte Schuldenquote ist in diesem Zusammenhang zunächst durchaus hilfreich. Etwas weniger erfreulich ist die Tatsache, dass Griechenlands Schuldenquote aktuell dennoch über 160 Prozent liegt und laut Troika im laufenden Jahr 2013 wieder über 170 Prozent ansteigt, be-

²⁰ Vgl. EU-Kommission (2011: Art. 109, Abs. 4).

²¹ Vgl. EU-Kommission (2012b: 59).

Abbildung 16:
Entwicklung der Schuldenquotenprojektionen in Prozent des BIP 2010–2022



Quelle: EU-Kommission (2012a, 2012b), IMF (2010a, 2010b, 2010c, 2011a, 2011b, 2011c); eigene Darstellung.

vor schließlich 2014 eine Trendwende einsetzen soll. Doch wie glaubhaft sind derartige Prognosen? Immerhin sollte bereits der Schuldenschnitt zu Beginn des Jahres 2012 der erhoffte Befreiungsschlag sein und Griechenland innerhalb weniger Jahre die Rückkehr an den Kapitalmarkt ermöglichen.

Ein Blick auf die Schuldenprojektionen der Troika aus den vergangenen zweieinhalb Jahren zeigt eine stetige Revision der Daten, die dem Umstand Rechnung trägt, dass Griechenland wiederholt hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist (vgl. Abbildung 16). Der Verlauf der Schuldenquote musste daher immer wieder nach oben korrigiert werden. Ein Vergleich der drei Projektionen zwischen Juli 2011 und März 2012 verdeutlicht dies: Nachdem über mehrere Monate hinweg bereits offensichtlich war, dass die Schuldenquote sich nicht wie projiziert entwickeln würde, wurde im November 2011 ein Schuldenschnitt auf Anleihen in Privatbesitz ausgehandelt, der sich im steil sinkenden Pfad der Dezemberprojektion widerspiegelte. Auf

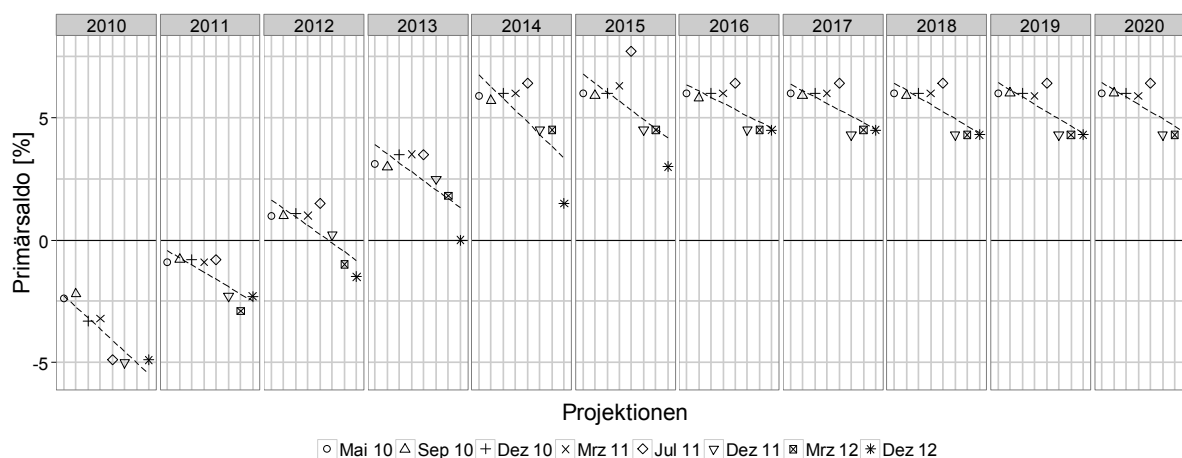
diese Weise sollte die Schuldenentwicklung wieder in Einklang mit den Forderungen der Troika gebracht werden. Doch bereits im März 2012, kurz nachdem der Schuldenschnitt tatsächlich durchgeführt worden war, musste die Projektion wieder entscheidend korrigiert werden: Zum einen war der wirkliche Schuldenstand des Vorjahres höher als zuvor geschätzt, zum anderen war der Effekt des Schuldenschnitts weitaus geringer als zunächst vermutet. Als Konsequenz dieser Anpassungen musste erneut ein Entwicklungspfad auf höherem Verschuldungsniveau angenommen werden.

Von Beginn an war es das erklärte Ziel der Rettungsmaßnahmen, die griechische Schuldenquote bis zum Jahr 2020 unter 120 Prozent zu senken, da dies laut Aussagen des IWF die Obergrenze einer nachhaltigen Verschuldung wäre.²² Mithilfe optimistischer Annahmen über das zukünftige reale Wachstum der griechischen Volkswirtschaft sollte die Schuldenquote gemäß

²² Vgl. IMF (2011d).

Abbildung 17:

Entwicklung der Primärüberschuss-Projektionen für Griechenland Mai 2010 bis Dezember 2012



Quelle: EU-Kommission (2012a, 2012b), IMF (2010a, 2010b, 2010c, 2011a, 2011b, 2011c); eigene Darstellung.

der Prognose vom März 2012 diesen Anforderungen noch immer genügen und damit weitere Hilfszahlungen rechtfertigen.²³ Die enttäuschenden Reformfortschritte im Laufe des Jahres 2012 und eine weitere über den Erwartungen liegende Schrumpfung des griechischen BIP ließen jedoch zusätzliche Eingriffe und Anpassungen des vorgesehenen Programms notwendig werden. Der dargestellte Schuldenrückkauf diene letztlich nur dazu, im Jahr 2013 eine auf 190 Prozent ansteigende Schuldenquote zu verhindern, da in diesem Fall eine mittelfristige Tragfähigkeit der Verschuldung ausgeschlossen gewesen wäre und somit weitere Hilfszahlungen des IWF seinen Statuten widersprochen hätten.

Die einzelnen Revisionen der Projektionen zeigen deutlich, dass Griechenland trotz fortwährender Anpassungen der Fiskalstrategie und außerplanmäßigen Eingriffen, die eine Rückkehr zum vereinbarten Entwicklungspfad ermöglichen sollten, noch keine Fortschritte auf dem Weg zu einer tragfähigen Staatsschuld gemacht hat. Bisher wurde der ersehnte Wendepunkt immer wieder in die Zukunft verschoben, wie in der Darstellung der einzelnen Primärüberschuss-Projektionen zu sehen ist (vgl. Abbildung 17).

²³ Im Detail wurde unterstellt, dass die griechische Volkswirtschaft zwischen 2014 und 2020 ein durchschnittliches reales Wachstum von 2,7 Prozent erreichen würde, was im Vergleich zur vorangegangenen Projektion zusätzlichen 0,3 Prozentpunkten pro Jahr entsprach.

Aktuelle Primärsalden wurden immer wieder nach unten korrigiert, wodurch die Projektionen zukünftiger Primärüberschüsse entsprechend angepasst werden mussten. Dadurch ist der Umschwung von einem Primärdefizit zu einem Primärüberschuss stetig weiter in die Zukunft gerückt: Bis zur Revision im Juli 2011 sollte noch im Jahr 2012 ein positiver Primärsaldo erzielt werden; mit der Projektion im März 2012 rückte dieses Ziel bereits ins Jahr 2013. Inzwischen ist die Troika auch von diesem Vorhaben abgerückt: Für 2013 wird mit einem ausgeglichenen Primärsaldo gerechnet und erst im Jahr 2014 ein Primärüberschuss erwartet.

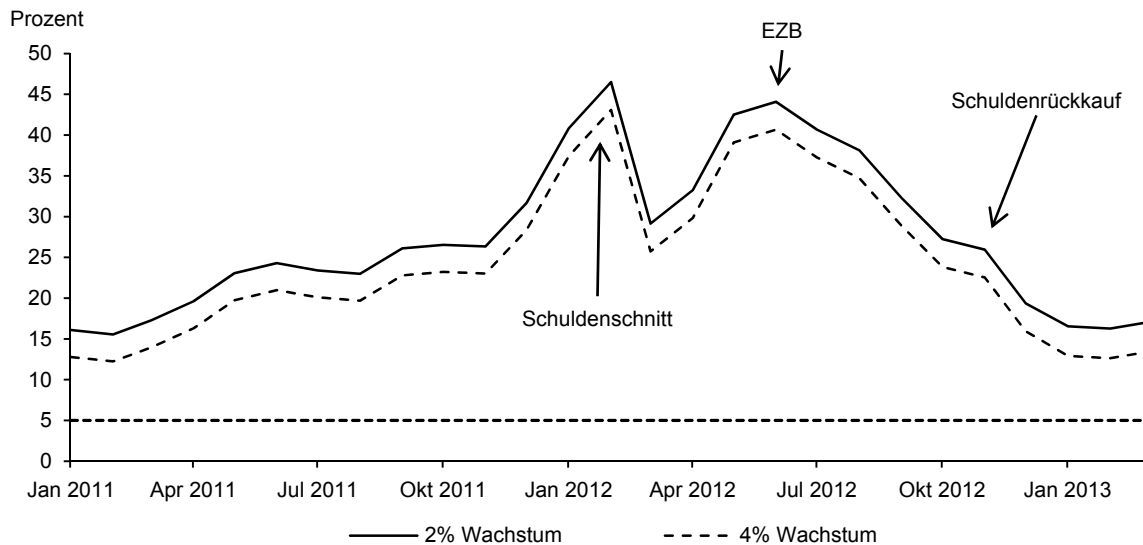
Ende 2012 reifte bei den Griechenlandrettern die Erkenntnis, dass das ursprüngliche Ziel einer Schuldenquote von 120 Prozent im Jahr 2020 mit den bis dahin beschlossenen Rettungsmaßnahmen nicht mehr erreichbar war. Die angestrebte wirtschaftliche Erholung schien unrealistisch. Statt auf einschneidendere Maßnahmen einigten sich die EU-Finanzminister und der IWF im Dezember 2012 jedoch darauf, dass zunächst 124 Prozent bis 2020 ausreichen, die Quote bis zum Jahr 2022 jedoch unter 110 Prozent sinken müsste.²⁴

Die Nachhaltigkeit der griechischen Verschuldung kann unabhängig von Projektionen mithilfe des Konzepts des benötigten Primär-

²⁴ Vgl. IMF (2012a) und Eurogroup (2012).

Abbildung 18:

Benötigter Primärüberschuss Griechenlands bei 2 und 4 Prozent Wachstum 2011–2013



Quelle: IMF (2012b); EZB (2013); eigene Berechnung.

überschusses beurteilt werden: Er gibt Auskunft darüber, welche Primärüberschüsse ein Staat langfristig tatsächlich erzielen müsste, um seine Schuldenquote zumindest konstant zu halten – im Falle Griechenlands, das seine Schuldenquote mittelfristig senken soll, müssen entsprechend Primärüberschüsse erwirtschaftet werden, die über dem benötigten Primärüberschuss liegen. Zur Berechnung muss jeweils eine Annahme über das durchschnittliche nominale Wachstum sowie über den Refinanzierungszins getroffen werden. Verwendet man für letzteren den jeweils aktuellen Sekundärmarktzins zehnjähriger Staatsanleihen, zeigen die beiden Szenarien in Abbildung 18 mit 2 und 4 Prozent nominalem Wachstum, dass der Höhepunkt der Krise inzwischen überschritten ist und der benötigte Primärüberschuss Griechenlands zum Ende des Jahres 2012 auf einem fast zweijährigen Tiefstand angekommen ist. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Niveau noch immer außergewöhnlich hoch und von einer tragfähigen Verschuldung weit entfernt ist. Als obere Grenze einer nachhaltigen Staatsschuld ist ein benötigter Primärüberschuss von 5 Prozent anzusehen (gestrichelte Linie).²⁵ Langfristige

Primärüberschüsse jenseits dieser kritischen Schwelle sind unrealistisch.

Auch wenn sich der benötigte Primärüberschuss während der vergangenen zwölf Monate halbiert hat, scheint eine Rückkehr zum Vorkrisenniveau ohne zusätzliche Maßnahmen nicht möglich. Entscheidend wurde er nur durch den Schuldenschnitt, die EZB-Ankündigung, notfalls Anleihekäufe zur Stabilisierung des Marktes durchzuführen²⁶, und den Schuldenrückkauf verringert; und auch damit konnte bisher nur der halbe Weg zurück bestritten werden (vgl. Abbildung 19). Realwirtschaftlich fundierte Verbesserungen der langfristigen Schuldentragfähigkeit sind indes noch nicht zu beobachten.

Welche Fiskalreformen sollten umgesetzt werden?

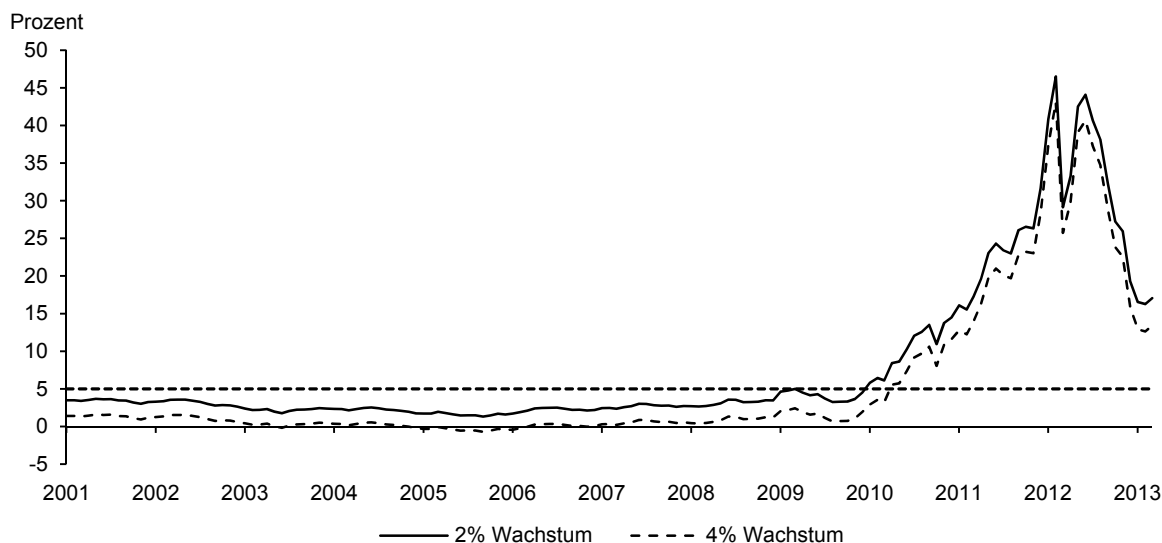
Teil der Strategie einer mittelfristigen Rückkehr auf ein tragfähiges Schuldenniveau ist insbesondere das Ziel, Griechenland von ineffizienter Administration und Korruption zu befreien und mithilfe moderner institutioneller Strukturen die Basis für langfristiges Wachstum zu schaffen. Dadurch können die Einnahmen des Staates erhöht und seine Ausgaben eingeschränkt werden.

²⁵ Vgl. Bencek und Klodt (2011).

²⁶ Vgl. Draghi (2012).

Abbildung 19:

Benötigter Primärüberschuss Griechenlands bei 2 und 4 Prozent Wachstum 2001–2013



Quelle: IMF (2012b); EZB (2013); eigene Berechnung.

Bei der Umsetzung der Fiskal- und Verwaltungsreformen hat Griechenland allerdings bisher enttäuscht: Auch im vorerst letzten Troika-Bericht vom Dezember 2012 wird kritisiert, dass Reformen der Steuerverwaltung nur schleppend voranschreiten und verbindliche Ziele bei der Personalentwicklung und Modernisierung der staatlichen Organisationsstruktur nicht erreicht wurden – trotz intensiver technischer Unterstützung von Seiten des IWF und der Europäischen Kommission.²⁷

Um dennoch eine erfolgreiche Entwicklung sicherzustellen, zielen die Auflagen der Troika, die Griechenland für weitere Hilfstranchen im Jahr 2013 erfüllen muss, besonders auf eine transparentere und gerechtere Steuerpolitik ab: Die geforderte, grundlegende Steuerreform wurde bereits im Januar 2013 beschlossen und beinhaltet eine Vereinfachung des Einkommensteuertarifs von acht auf drei Steuerklassen, die Abschaffung ausgewählter Freibeträge, eine Einkommensabhängigkeit von Kinderfreibeträgen, neue und vereinfachte Regeln zur Besteuerung Selbständiger und einen neuen Unternehmenssteuertarif. Mittlere und hohe Einkommen sollen künftig höher besteuert werden, indem bereits ab

42 000 Euro ein Spitzensteuersatz von 42 Prozent gilt. Zuvor lag die Grenze zur höchsten Einkommensklasse bei 100 000 Euro. Dieses Maßnahmenbündel zielt auf eine breitere Steuerbasis und dadurch auf eine gerechtere Verteilung der Steuerlast ab. Ursprünglich sollte eine entsprechende Reform bereits im Jahr 2011 umgesetzt werden, schwankende Mehrheitsverhältnisse im griechischen Parlament, Neuwahlen und vor allem institutionelle Defizite hatten den Prozess jedoch immer wieder verzögert.

Insgesamt sollen dadurch 2,3 Mrd. Euro zusätzliche Einnahmen in 2013 für den Staat generiert werden. Ein großes Problem dabei ist jedoch, dass die nun steil ansteigende Progression die Anreize zur Steuerhinterziehung vergrößert und die griechische Steuerverwaltung bereits in der Vergangenheit nicht in der Lage war, ausstehende Steuern einzutreiben. So schätzt Algirdas Šemeta, EU-Kommissar für Steuern und Zollunion, dass von etwa 53 Mrd. Euro ausstehenden Steuerzahlungen 15 bis 20 Prozent tatsächlich vereinnahmt werden könnten, wenn die Steuerverwaltung verbessert würde – dies wären unmittelbare Mehreinnahmen des Staates in Höhe von 5 Prozent des BIP.²⁸ Dieses Pro-

²⁷ Vgl. EU-Kommission (2012b).

²⁸ Vgl. Šemeta (2012).

blem ist auch der Troika bewusst und somit sieht die Vereinbarung mit der griechischen Regierung weitere Verwaltungsreformen und Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung vor, um die Effektivität der Reformanstrengungen sicherzustellen.

Ein weiteres Instrument, das bereits zu Beginn der Rettungsmaßnahmen dem Staat substanzielle Einnahmen beschern sollte, ist die Privatisierung von Staatseigentum. Dazu gehören zum einen Unternehmen wie die Post (ELTA), der öffentliche Gasversorger DEPA oder die staatliche Lotteriegesellschaft, zum anderen sollen auch Grundstücke in ganz Griechenland verkauft werden. Zeitweise sollten die Privatisierungsmaßnahmen einen Beitrag zur Entschuldung des Staates in Höhe von 50 Mrd. Euro bis 2015 leisten, nach einer Revision der Privatisierungspläne sind Einnahmen in dieser Größenordnung erst bis 2020 vorgesehen.

Ähnlich der Entwicklung der angestrebten Primärüberschüsse sind die Privatisierungserfolge stetig hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Die mit der Troika vereinbarten Ziele wurden trotz mehrfacher Revision immer wieder verfehlt. Ein Grund hierfür sind die anhaltend schlechten Marktbedingungen in Griechenland, die niedrige Preise für Privatisierungsobjekte zur Folge haben, aber auch potenzielle Käufer und Investoren verunsichern. Hinzu kommen allerdings nach Ansicht der Troika auch Widerstände von Interessengruppen, die den Privatisierungsprozess zusätzlich erschweren und in die Länge ziehen. Besonders ein vom Parlament verabschiedeter Zusatz zum Privatisierungsgesetz, der es einem parlamentarischen Ausschuss erlaubt, vor jeder Privatisierung eine Empfehlung abzugeben, lässt am politischen Durchsetzungswillen zweifeln und legt nahe, dass weiterhin mit Verzögerungen zu rechnen ist. In der aktuellsten Revision wurden Konsequenzen aus den bisherigen Erfahrungen gezogen: Bis zum Jahr 2020 sollen nur noch 23,5 Mrd. Euro Privatisierungserlöse erzielt werden. Sicherstellen sollen dies halbjährliche Berichte des griechischen Privatisierungsfonds Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF), die jeweils eine Übersicht des privatisierten und zu privatisierenden Port-

folios sowie einen detaillierten Zeitplan enthalten sollen.

Neben diesen weitreichenden Maßnahmen, die die Einnahmen des Staates erhöhen sollen, sind auch massive Ausgabenkürzungen vorgesehen. Besonders große Einsparungen sollen bei den Gehältern im öffentlichen Dienst erzielt werden, wo bereits im Rahmen des ersten Rettungspakets beachtliche Einschnitte vorgenommen wurden (siehe Kasten A1). Zudem soll die im EU-Vergleich überdurchschnittlich starke Ausweitung des öffentlichen Sektors während der letzten zehn Jahre zurückgeführt werden, indem die Zahl der Beschäftigten bis zum Jahr 2015 von derzeit etwa einer Million um etwa 150 000 reduziert wird. Dies geht mit dem Ziel einher, die griechische Staatsverwaltung modern und effizient zu gestalten (vgl. auch Abschnitt 5).

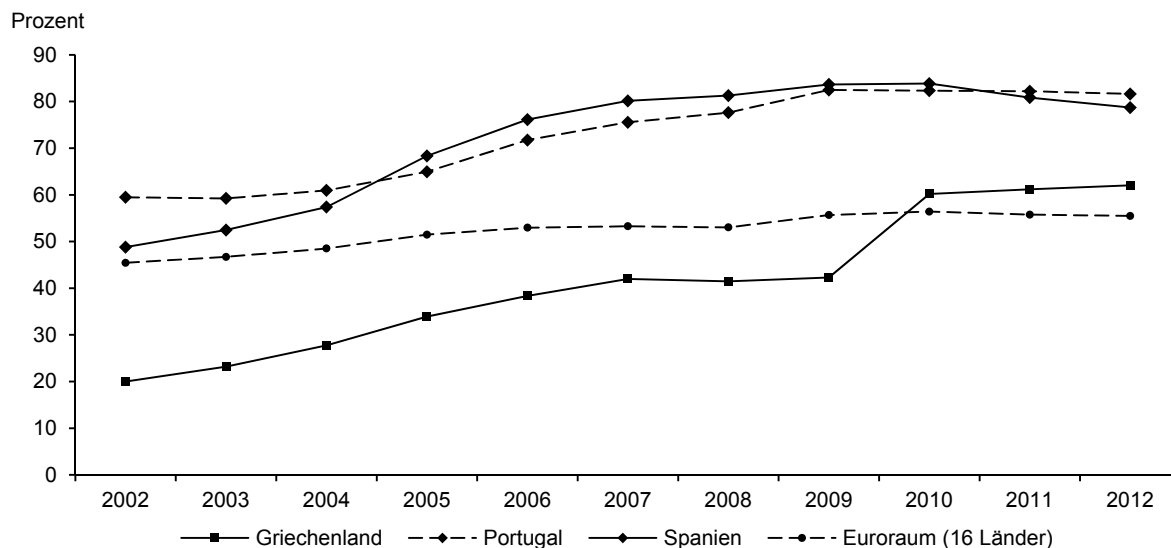
Weitere Ausgabenkürzungen umfassen unter anderem ein höheres Renteneintrittsalter, niedrigere Renten, verbesserte Anreizstrukturen im Gesundheitssystem (Verwendung von Generika, Arzneimittel-Zuzahlung), eine Verringerung des Verteidigungsetats und eine strengere Überwachung staatseigener Unternehmen. In den kommenden zwei Jahren soll der griechische Haushalt damit insgesamt um mehr als 12 Prozent des BIP entlastet werden.

Bereits diese kurze Übersicht der angestrebten Reformen zeigt jedoch, wie ambitioniert das Hilfsprogramm der Troika tatsächlich ist. Jede einzelne Maßnahme wird voraussichtlich auf großen Widerstand bei den betroffenen Bevölkerungsgruppen sowie bei der Opposition und Lobbyverbänden stoßen.

4.2 Das Schuldenproblem der privaten Haushalte

In Griechenland gilt der Staat als der Hauptschuldensünder. Das Land hat seit der Aufnahme in die Eurozone über seine Verhältnisse gelebt und durch den ausufernden auslandsfinanzierten Konsum eine Staatsverschuldung aufgebaut, welche Griechenland an den Rand des Staatsbankrotts gebracht hat. Es war aber nicht nur der staatliche Konsum, der durch günstige Auslandskredite ausgedehnt wurde, sondern auch

Abbildung 20:
Private Verschuldung in Prozent des BIP 2002–2012



Quelle: Deutsche Bundesbank (2013a); Eurostat (2013m); eigene Darstellung und Berechnungen.

der private Konsum. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, in welchem Umfang auch die privaten Haushalte und Unternehmen über eine hohe eigene Verschuldung zur griechischen Schuldenmisere beigetragen haben.

Verschuldung der Haushalte

Nimmt man zunächst die Verschuldung der privaten Haushalte und privaten Organisationen ohne Erwerbscharakter als Maßstab, so zeigt sich, dass diese seit Aufnahme in die Eurozone in Relation zum BIP offenbar in geringerem Maße bei inländischen Banken verschuldet waren als es für den Euroraum (16 Länder) und insbesondere für die anderen beiden südeuropäischen Krisenländer Spanien und Portugal der Fall ist (Abbildung 20).²⁹ Allerdings sind drei Qualifikationen angebracht:

²⁹ Die Daten von Abbildung 20 für die private Verschuldung basieren auf der von der Deutschen Bundesbank (2013a) veröffentlichten Bilanzstatistik der Monetären Finanzinstitute, die von der Europäischen Zentralbank auf der Basis der Meldungen nationaler Zentralbanken des Euroraums zusammengestellt wird. Im Falle der in Abbildung 20 dargestellten gesamten Verschuldung privater Haushalte und privater Organisationen ohne Erwerbscharakter handelt es sich um die Bestände von Konsum-, Wohnungsbau- und sonstigen Krediten, die in Relation zum BIP der dargestellten Länder gesetzt wurden.

Im Zeitablauf ist die private Verschuldungsquote Griechenlands bis zum Ausbruch der unmittelbaren Staatsschuldenkrise stetig gewachsen. Begannen die griechischen Haushalte bei Aufnahme des Landes in die Eurozone im Jahre 2002 bei einem im internationalen Vergleich niedrigen Wert von rund 20 Prozent des BIP, so näherte sich die Quote im Zeitablauf mehr und mehr dem Durchschnitt in der Eurozone an. Ende 2007 war schon die 40-Prozent-Marke erreicht.

Mitte 2010 erfolgte dann ein Strukturbruch. Die von der Deutschen Bundesbank (2013a) bereitgestellte Datenreihe enthält zwischen Mai und Juni 2010 einen Sprung von 98 auf 133 Mrd. Euro. Während sich die Schuldenstände in Griechenland seit Anfang 2008 mit einigen Schwankungen zwischen 95 und 102 Mrd. Euro eingependelt hatten, stiegen sie nach diesem Strukturbruch wiederum nur mäßig auf 134 Mrd. Euro an und gingen schließlich leicht auf 120 Mrd. Euro zurück. Es ist zu vermuten, dass es sich hier um eine Neubewertung der griechischen Schulden bei inländischen Banken handelt, weil alle Teilaggregate der Bilanzstatistik der Monetären Finanzinstitute einen ähnlichen Sprung aufweisen. Insofern erscheint die Annahme gerechtfertigt, dass die privaten Schulden Grie-

chenlands schon vor 2010 in Relation zum BIP höher waren als im Durchschnitt der Euro-16-Gruppe.

Am aktuellen Rand liegt die private griechische Schuldenquote schon merklich über dem Referenzwert für die Euro-16-Gruppe. Sie ist inmitten der Staatshaushaltskrise noch leicht gestiegen. Letzteres ist allerdings dem schrumpfenden griechischen BIP in den letzten Jahren geschuldet: Gegenüber Ende 2010 sind die Schuldenstände um 10 Prozent gesunken, das BIP dagegen um fast 13 Prozent. Das ändert jedoch nichts am nun im europäischen Vergleich recht hohen Niveau. Allerdings liegt die griechische Privatschuldenquote immer noch deutlich unter denjenigen der von Immobilienproblemen geplagten iberischen Problemstaaten Portugal und Spanien. Gleichwohl hat beispielsweise Irland vorgemacht, dass man die Verschuldung in Relation zum BIP offenbar auch in der Krise zurückfahren kann.³⁰

Zwar ist das griechische Schuldenproblem weiterhin primär ein Staatsschuldenproblem und die privaten Schulden kommen erst an zweiter Stelle. Dennoch lassen sich im deutlichen Anstieg der Privatschuldenquote und im Niveau-sprung aufgrund der Bilanzneubewertung im Laufe des Jahres 2010 Anzeichen einer sich verschärfenden Situation der privaten Verschuldung der griechischen Haushalte erkennen.

Weitere Einblicke liefert eine Strukturanalyse der griechischen Privatschulden. Wenn man nur die privaten Immobilienschulden berücksichtigt und deren Anteil an den gesamten privaten Schulden als Kriterium heranzieht, so weist Griechenland am aktuellen Rand einen deutlich geringeren Anteil der Immobilienschulden auf als Spanien, Portugal und selbst der Euroraum (Abbildung 21). Der Anteil der Immobilienschulden an der Privatverschuldung war in Griechenland von 2002 bis etwa Ende 2008 mit rund zwei Dritteln relativ konstant; erst danach stieg er langsam auf knapp 70 Prozent an, und am aktuellen Rand nach der Neubewertung der Bankbilanzen machte

er rund 62 Prozent aus. Das ist deutlich weniger als in Portugal mit 82 Prozent, Spanien mit 77 Prozent und im Euro-16-Durchschnitt mit 73 Prozent. Insofern sind die Schulden der griechischen Haushalte eher ein Problem der Konsumentenkredite mit einem Anteil von zuletzt 25 Prozent sowie der in der Statistik so genannten „sonstigen Kredite“ mit 13 Prozent der griechischen Privatschulden. Das ist im Vergleich zu den anderen südeuropäischen Problemstaaten oder dem Euroraum ein insgesamt hoher Anteil dieser Verschuldungsart.³¹ Aber auch die „sonstigen Kredite“ können als relativ konsumnah eingestuft werden.³² Demnach sind die Schulden der privaten Haushalte in Griechenland mehr als in den anderen Problemstaaten mit privatem Konsum verknüpft. Allerdings dürfte die private Verschuldung in Griechenland allmählich absolut kaum mehr wachsen können, weil nicht anzunehmen ist, dass die privaten Haushalte in Griechenland künftig leicht an frisches Geld von den Banken kommen dürften – es fehlt mittlerweile die Kreditwürdigkeit, die sich in Zeiten sinkender Einkommen wohl nicht so schnell wieder herstellen lässt.

Verschuldung der Unternehmen

Bei der Verschuldung der Unternehmen (nicht-finanziellen Kapitalgesellschaften) liegt Griechenland im Vergleich zu den anderen südeuropäischen Staaten und zum Euro-16-Durchschnitt eher am unteren Rand (Abbildung 22). Abgesehen von dem auch bei diesem Aggregat zu be-

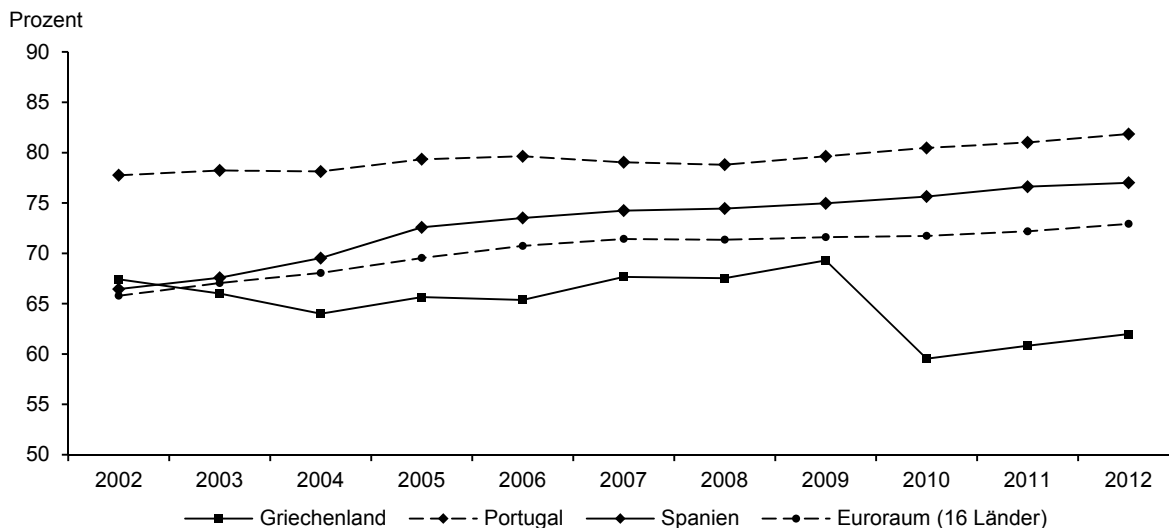
³¹ Dem Anteil von 25,2 Prozent Konsumentenkredite in Griechenland im Jahre 2012 stehen in den übrigen hier beobachteten Ländern gegenüber: Portugal 10,0 Prozent, Spanien 7,6 Prozent, Euro-16-Raum 11,5 Prozent (errechnet anhand der Basisdaten von Abbildungen 20 und 21).

³² Das Glossar zur Statistik der Monetären Finanzinstitute (MFI) (Deutsche Bundesbank 2013b: 4) definiert als „sonstige Kredite“ zwar nur solche für Geschäftszwecke von privaten Gewerbetreibenden, zur Schuldenkonsolidierung oder für die Aus- und Weiterbildung. Da aber die übrigen nicht zu Wohnungsbau- oder Konsumzwecken aufgenommen Kredite – dies sind Überziehungskredite, revolvingende Kredite oder Kreditkartenkredite – in der Statistik (Deutsche Bundesbank 2013a) nicht explizit ausgewiesen werden und sich die sonstigen Kredite mit den Wohnungsbau- und Konsumkrediten zur gesamten Verschuldung aufaddieren, sind die weiteren konsumnahen Kredite im Aggregat „sonstige Kredite“ enthalten (vgl. auch Deutsche Bundesbank 2013c).

³⁰ War Irland Ende 2009 mit noch 89 Prozent vom BIP privater Verschuldungsmeister unter den Euro-Problem-Ländern, hat man dort die Schuldenquote bis Ende 2012 auf 69 Prozent drücken können (errechnet anhand der Basisdaten der Quellen von Abbildung 20).

Abbildung 21:

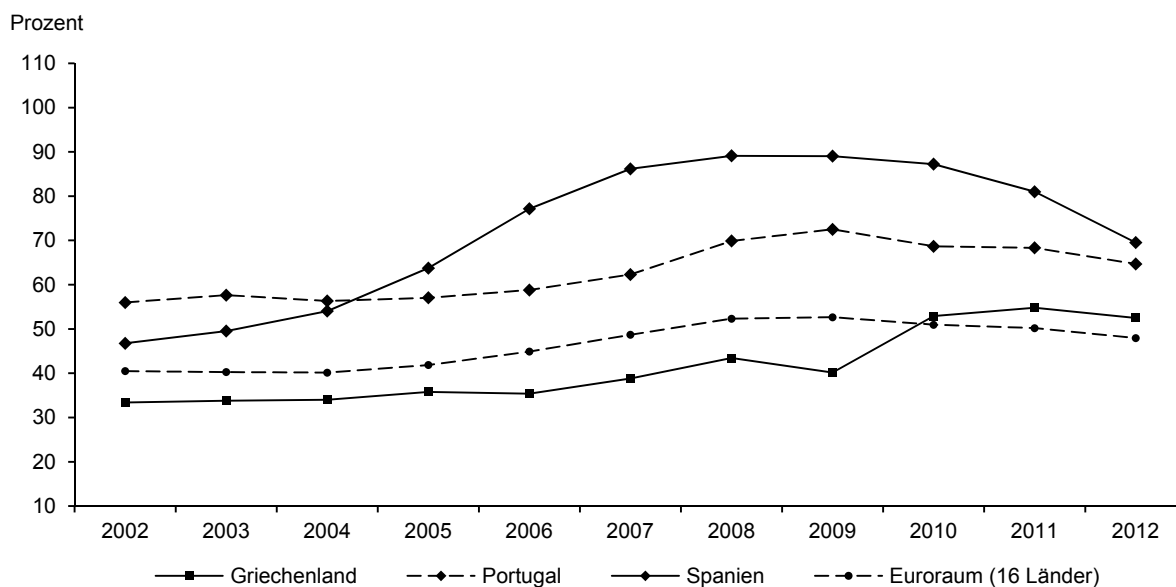
Private Immobilienkredite in Prozent der privaten Verschuldung 2002–2012



Quelle: Deutsche Bundesbank (2013a); Eurostat (2013m); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung 22:

Verschuldung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften 2002–2012



Quelle: Deutsche Bundesbank (2013a); Eurostat (2013m); eigene Darstellung und Berechnungen.

obachtenden Strukturbruch der Datenreihe Mitte 2010, der die Verschuldung griechischer Unternehmen in Relation zum BIP nunmehr über den Euro-16-Durchschnitt hebt, ist auch der Anstieg gegenüber 2002 weniger spektakulär. Der Anstieg am aktuellen Rand ist abermals der

Schrumpfung des BIP zuzuschreiben, die größer als der Rückgang der Schuldenstände war. Spanien und Portugal haben bei der Verschuldung der Unternehmen in Relation zum BIP seit 2002 einen sehr viel ungünstigeren Verlauf aufzuweisen.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die private Verschuldung nicht das primäre Schuldenproblem Griechenlands ist. Aber auch hier hat die Konsumkomponente wie schon beim Anstieg der griechischen Staatsschulden ein relativ großes Gewicht. Das ist insofern problematisch, als in Zeiten sinkender Einkommen und steigender Arbeitslosigkeit die Zahlungsfähigkeit der griechischen Haushalte auf unabsehbare Zeit leiden wird. Anders als bei Immobilien (wie in Spanien und in Portugal) hilft eine zukünftig denkbare Erholung von Vermögenswerten in Griechenland bei der Lösung des privaten Schuldenproblems nicht entscheidend weiter. Der kreditfinanzierte Konsum hat allenfalls abgeschriebene Gebrauchsgüter hinterlassen, die kaum verwertbar sein dürften. Wie schon beim Staat wird wohl nur eine Entschuldung zu Lasten der Kreditgeber in vielen Fällen der einzige Ausweg bleiben – das würde auf eine größere Anzahl von Privatinsolvenzen hinauslaufen.

5 Mit Strukturreformen zu mehr Wettbewerbsfähigkeit?

Seit dem Beginn der 2010 begonnenen Griechenlandrettung hat sich bei den internationalen Geldgebern nach und nach die Erkenntnis durchgesetzt, dass es sich im Falle der griechischen Wirtschaftskrise nicht um eine konjunkturelle Störung oder einen einmaligen Schock handelt, wo eine makroökonomische Stabilisierung als Problemlösung dienen könnte. Es wurde erkannt, dass die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen marktwirtschaftlicher werden müssen, damit ein grundlegender Strukturwandel hin zu einer wettbewerbsfähigeren griechischen Volkswirtschaft gelingen kann. Daher lag eine Verknüpfung der Rettungshilfen mit dem Fortschritt bei den Strukturreformen nahe. Dabei geht es um die Etablierung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft und die Befähigung europäische Rechtsnormen in nationales Recht umzusetzen – also um Bedingungen, die jedes

Neumitglied erfüllen muss und bei einem langjährigen EU-Mitglied wie Griechenland eigentlich vorauszusetzen sind.

Im Jahr 2012 wurde der griechischen Politik aufgrund der unklaren politischen Kräfteverhältnisse und zunehmend populistischer Tendenzen jedoch immer weniger zugetraut, die gegenüber der Eurogruppe eingegangenen Reformverpflichtungen zu erfüllen. So herrschte Erleichterung, als Mitte Dezember die Troika aus Vertretern der EU-Kommission, der EZB und des IWF in ihren über viele Monate hinausgezogenen Evaluierungsbericht Entwarnung gab – das verkündete jedenfalls die um Deutungshoheit bemühte Politik. Auf dieser Grundlage befürwortete die Eurogruppe unter Auflagen die zweite Auszahlung von Rettungskrediten unter dem zweiten wirtschaftlichen Anpassungsprogramm für Griechenland (EU-Kommission 2012b). Statt des befürchteten „Grexit“ konnten die Euro-Retter verkünden, dass Griechenland bei den Reformen „geliefert“ hätte.

Diese Botschaft kam insofern überraschend, da seit 2010 die wechselnden griechischen Regierungen zwar immer wieder Reformversprechen abgegeben hatten und das Parlament durchaus Reformvorhaben in Gesetzesform gegossen hatte, jedoch infolge mangelnder Umsetzung der erhoffte Strukturwandel in vielen Bereichen ausgeblieben war. Die OECD (2011) kam in einer Untersuchung der griechischen Ministerialbürokratie zu dem niederschmetternden Schluss, dass die Verwaltung kaum in der Lage wäre, Gesetze und Verordnungen angemessen umzusetzen. Daran hat sich bis 2013 trotz Fortschritten bei der Reform der Staatsverwaltung nichts Entscheidendes geändert. Das jüngste Lob der „Task Force for Greece“ ist mit der Aufforderung verbunden, 2013 die entscheidenden Reformschritte zu gehen (EU-Kommission 2013b: 24). Vor diesem Hintergrund ist die Frage berechtigt, was Griechenland auf dem Feld der Strukturreformen 2012 überhaupt „liefern“ konnte.

Die Analyse des Troika-Berichts vom Dezember 2012 zeigt, dass die Evaluatoren keinesfalls eine vorwiegend positive Bewertung der Reformen abgegeben hatten. Insbesondere in ihrer Zusammenfassung (EU-Kommission 2012b: 1–6)

wiesen sie ausdrücklich auf die vielen Verzögerungen hin und betonen die Notwendigkeit, dass die griechische Politik die versprochenen Reformen auch zu liefern hätte und in den Reformbemühungen nicht nachlassen dürfte. Sie schätzten zudem die Gefahr, dass wichtige Politikmaßnahmen nicht umgesetzt würden, weiterhin als sehr hoch ein. Diese Ausführungen stehen im Kontrast zu dem zur Schau getragenen Optimismus der europäischen Politik im Dezember 2012 und deuten auf nach wie vor schwerwiegende Defizite des griechischen Reformprozesses hin.

Die Reformbaustellen

Die Probleme Griechenlands werden bei der Analyse der einzelnen Reformbaustellen deutlich, wo auf vielen der Fortschritt hinter den Erwartungen zurückgeblieben ist.³³ Einen Überblick gibt Kasten A1 im Anhang, der folgende Schlüsse erlaubt:

Arbeitsmarkt: Die Dezentralisierung der Lohnfindung macht offensichtlich Fortschritte, was sich an zunehmenden Firmentarifverträgen und sinkenden Löhnen erkennen lässt – auch wenn dies dem Druck der rasant gewachsenen Arbeitslosigkeit in der Privatwirtschaft geschuldet sein mag. Ebenfalls sorgen die gesunkenen Kündigungskosten prinzipiell für mehr Flexibilität, da nicht nur Entlassungen erleichtert werden, sondern auch der Anreiz für Einstellungen größer wird. Im Bereich des öffentlichen Dienstes, der weit mehr als die Staatsverwaltung umfasst, gab es zwar ebenfalls Lohnkürzungen. Aber ein substantieller Stellenabbau, in dem sich die Notlage der öffentlichen Finanzen widerspiegelt, steht noch aus.³⁴ Die Mindestlöhne wurden zwar gesenkt, sind dennoch im europäischen

Vergleich bei weitem nicht die niedrigsten.³⁵ Eine anreizkompatible Arbeitsmarktpolitik zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und eine effektive Bekämpfung der Schwarzarbeit fehlen weiterhin.

Liberalisierung regulierter Berufe: Bis zum Juni 2012 wurde wenig getan, das bereits 2011 verabschiedete Gesetz zur freien Berufsausübung umzusetzen. Es bleibt abzuwarten, ob die Zugangsrestriktionen für regulierte Berufe jetzt tatsächlich effektiv abgebaut werden und sich die Zahl der Anbieter nachweislich erhöht. Gleiches gilt für die Preisfreigabe in diesen bislang regulierten Dienstleistungsbereichen, die sich in Preissenkungen zeigen sollte.

Einzelhandelsliberalisierung: Maßnahmen, die auf eine Steigerung des Wettbewerbs im griechischen Einzelhandel abzielen, wurden ebenfalls eingeleitet. Es fehlen bislang große (ausländische) Investoren, die sich über ein weiträumiges Filialnetz einen intensiven Wettbewerb liefern könnten. Hier sollte ein grundsätzlicher Strukturwandel angestoßen werden, der allerdings frühestens in den kommenden Jahren sichtbar werden könnte.

Transportgewerbe: Der Versuch, die Markteintrittsbarrieren beim Straßentransport über geringere Lizenzkosten abzusenken, ist exemplarisch für das Beharrungsvermögen der bislang privilegierten Lizenzinhaber und den gleichzeitig fehlenden politischen Durchsetzungswillen. In 2010 verabschiedet, bis Anfang 2012 ausgesetzt und dann während des Dauerwahlkampfes nicht umgesetzt, steht eine umfassende Marktöffnung immer noch aus. Allerdings ist man beim Straßentransport trotz fehlender Durchsetzung der beschlossenen Deregulierung weiter als bei anderen Zweigen des Transportgewerbes, wo die Strukturreformen weitgehend im Planungsstadium verharren.

Deregulierung des Energiesektors: Auch in diesem Bereich ist vieles geplant bzw. angekündigt. Aber die Umsetzung lässt nach wie vor auf sich warten.

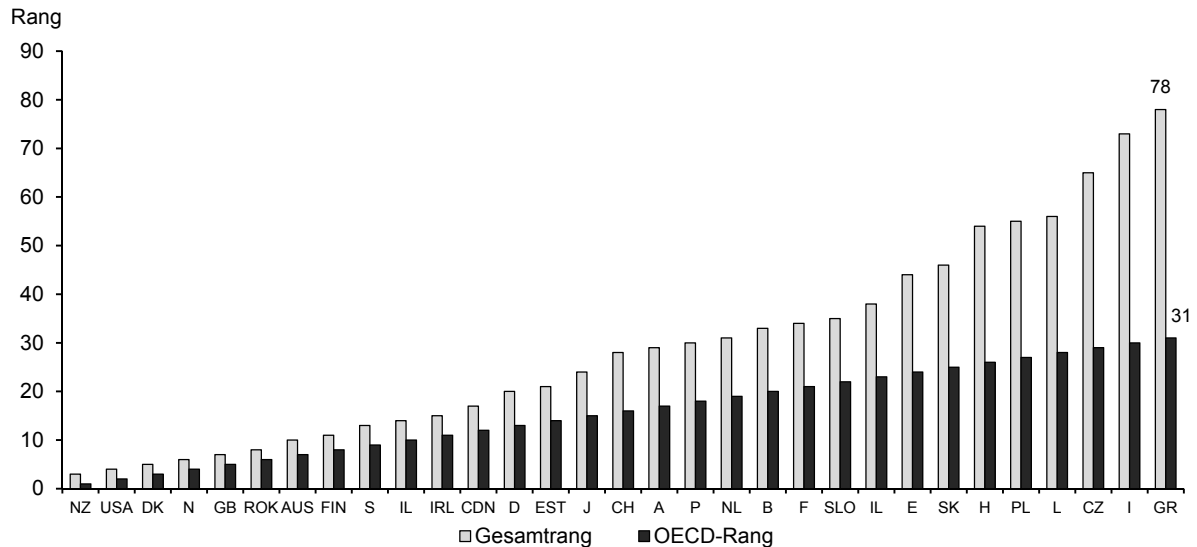
³³ Vergleiche dazu auch eine frühere Analyse von Schrader und Laaser (2012: 58–61).

³⁴ Die im April 2013 beschlossene Entlassung von 15 000 öffentlich Bediensteten bis 2014 ändert an dieser Notwendigkeit nichts – zumal offensichtlich im Gegenzug 15 000 neue Stellen für „qualifizierte“ Neueinsteiger geschaffen werden sollen (Martens 2013; Christides und Schulz 2013). Wie bis 2015 insgesamt die geplanten 150 000 Stellen im Staatssektor abgebaut werden sollen, bleibt trotz oder besser wegen dieses jüngsten Beschlusses offen.

³⁵ Dies gilt insbesondere im Vergleich mit dem Mindestlohn der mittel- und osteuropäischen Neumitglieder (vgl. Eurostat 2013).

Abbildung 23:

Die unternehmerischen Rahmenbedingungen in Griechenland im Vergleich der OECD-Länder nach „Doing Business“^a 2012



A = Österreich, AUS = Australien, B = Belgien, CDN = Kanada, CH = Schweiz, CZ = Tschechische Republik, D = Deutschland, DK = Dänemark, E = Spanien, EST = Estland, F = Frankreich, FIN = Finnland, GB = Vereinigtes Königreich, GR = Griechenland, H = Ungarn, I = Italien, IL = Israel, IRL = Irland, J = Japan, L = Luxemburg, N = Norwegen, NL = Niederlande, NZ = Neuseeland, P = Portugal, PL = Polen, ROK = Südkorea, S = Schweden, SK = Slowakei, SLO = Slowenien, USA = Vereinigte Staaten von Amerika. — ^a „Doing Business Ranking“ der Weltbank; Gesamtrang = Rang im Vergleich aller 185 erfassten Länder; OECD-Rang = Rang im Vergleich der 31 erfassten OECD-Hocheinkommensländer.

Quelle: World Bank (2012); eigene Darstellung.

Erleichterung unternehmerischer Tätigkeit: Einen guten Überblick über die Qualität der institutionellen Rahmenbedingungen für Unternehmer in Griechenland gibt das „Doing Business Ranking“ der Weltbank (2012). Griechenland wird im aktuellen Ranking zwar dafür gelobt, dass es seinen Rang um elf Plätze verbessern konnte – doch ist Rang 78 von 185 Ländern kein Ausweis attraktiver Investitionsbedingungen. Griechenland rangiert damit an letzter Stelle der OECD-Hocheinkommensländer (Rang 31) und im Gesamtranking hinter Ländern wie der Mongolei oder den Bahamas (Abbildung 23). Als größte Schwächen Griechenlands stellen sich dabei die Eintragung von Eigentumstiteln, die Startbedingungen für Unternehmensgründer und der Investorenschutz heraus. Daher ist es begrüßenswert, dass die Reformen auch an diesen Punkten ansetzen. Doch alleine der Aufbau eines funktionstüchtigen Katasterwesens erfordert Zeit.

Privatisierung staatlichen Eigentums: Die Erlösziele sind trotz des bisher ernüchternden Verlaufs der Privatisierung kaum weniger ehrgeizig geworden. Doch statt konkrete Privatisierungsprojekte durchzuführen, befassen sich griechische Politik und Administration vornehmlich mit der Veränderung bzw. Optimierung des Prozessrahmens. Entscheidend für den angestrebten Privatisierungserfolg – die Zielgröße von 50 Mrd. Euro steht im Raum – dürfte der bisher fehlende politische Wille sein, wenn auch die Troika attestiert, dass seit September 2012 wieder Bewegung in die Privatisierungsvorhaben gekommen ist. Nach zwei Jahrzehnten der Privatisierung staatlichen Eigentums vor allem in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas dürfte allerdings ausreichend Anschauungsmaterial über erfolgreiche und weniger erfolgreiche Privatisierungsstrategien vorliegen, die sich zum „Benchmarking“ für Griechenland eignen.

Rechtsreformen: Auch das griechische Justizwesen bekommt im Rahmen des „Doing Business

Ranking“ keine Bestnoten. Es mangelt offensichtlich an einer angemessenen Verfahrensdauer. Die Verbesserung der Personalausstattung, außergerichtliche Klärungsmöglichkeiten und moderne Technik sollen zur Beschleunigung beitragen – derartige Verbesserungen sollen schon im laufenden Jahr greifen.

Fazit

Die politische Aussage, dass Griechenland im Bereich der Strukturreformen „geliefert“ hätte, ist nicht unbedingt nachvollziehbar. Die griechische Politik hatte nach dem Dauerwahlkampf im ersten Halbjahr 2012, nicht zuletzt unter dem Druck der Euro-Retter, die bis dahin zum Stillstand gekommenen Strukturreformen wieder angeschoben. Von einem erfolgreichen Abschluss wichtiger Reformen, die einem neuen griechischen Wachstumsmodell Kontur geben könnten, kann aber immer noch keine Rede sein. Absichtserklärungen, vage Planungen und leicht zu revidierende Reformkalender sollten nicht mit einem erfolgreichen Reformprozess verwechselt werden. Daher sollten auch Aussagen, dass Griechenland 2012 im Vergleich der OECD-Länder die größte Bereitschaft zu Strukturreformen gezeigt hätte, kritisch hinterfragt werden. Bereitschaft bedeutet nicht erfolgreiche Umsetzung, und einem Land, das nur gegen Auflagen Rettungskredite erhielt, bleibt nichts anderes übrig, als sich zumindest formal um Reformen zu bemühen.³⁶

Der zähe Verlauf der griechischen Strukturreformen liegt zum einen in der Natur der Sache: Wenn über Jahrzehnte Waren- und Dienstleistungsmärkte abgeschottet wurden, der Lohnfindungsprozess von der Leistungsfähigkeit öffentlicher und privater Unternehmen abgekoppelt wurde, der öffentliche Dienst ständig erweitert und mit großzügigen Privilegien ausgestattet wurde sowie investitionswillige in- und ausländische Unternehmer von Staatsverwaltung und

Justiz eher als Störenfriede angesehen wurden – dann kann man nicht ernsthaft erwarten, dass innerhalb von Monaten „geliefert“ wird. Hier bedarf es tiefgreifender Änderungen im Selbstverständnis von Politik und Verwaltung, die zu einem Mentalitätswechsel und einer neuen Dienstleistungskultur der staatlichen Akteure führen müssen.

Und damit ist zum anderen ein weiteres Hindernis für zügige Strukturreformen angesprochen: Die Implementierung der ehrgeizigen Reformprozesse, die seit 2010 zwischen Euro-Retter und den wechselnden politischen Entscheidungsträgern in Athen revidiert, bekräftigt, terminiert und prolongiert wurde, steht auf tönernen Füßen. So verweist die Troika in ihrem Dezember-Bericht 2012 (EU-Kommission 2012b: 5) zu Recht auf das Risiko, dass die politische Unterstützung in Griechenland für Kernreformen aufgrund des heftigen Widerstands von Interessengruppen jederzeit wieder entzogen werden kann – „verbindliche“ Reformtermine sind in einem solchen Umfeld nicht sakrosankt. Zudem stellen die Kompetenzdefizite des griechischen Staatsapparats eines der größten Reformhindernisse dar. Politischer Wille reicht nicht aus, wenn, wie von der OECD (2011) herausgearbeitet, die Umsetzung auf Verwaltungsebene nicht funktionieren kann. Die Konsequenz dieses Staatsversagens wird im Troika-Bericht (EU-Kommission 2012b: 3–5) ebenfalls unmissverständlich aufgezeigt: Die Hoffnung, dass Griechenland 2014 wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt und die Arbeitslosigkeit zurückgeführt werden kann, ist ungerechtfertigt, wenn der Reformprozess nicht zügig und ohne Abstriche umgesetzt wird. Daher ist die technische Unterstützung durch die „Task Force for Greece“ der EU-Kommission von besonderer Bedeutung. Doch ist erst 2013 die Bereitschaft der griechischen Regierung, die Hilfen anzunehmen, gewachsen. Die technische Unterstützung in zwölf wichtigen Politikbereichen kann allerdings kein Ersatz für griechisches Verwaltungshandeln sein und wird vielfach erst in den nächsten Jahren zu messbaren Ergebnissen führen.³⁷

³⁶ Bei den beiden „Responsiveness“-Indikatoren der OECD (2013: 18–21) wird nicht der Reformserfolg gemessen, sondern die Bereitschaft, wachstumsfördernde Reformen aufzugreifen. Daher belegen alle Rettungsschirmländer aufgrund der Anpassungsprogramme und krisenbedingter Notwendigkeiten bei der Reformbereitschaft vordere Plätze.

³⁷ Vgl. EU-Kommission (2013b: 6–11).

6 Griechenland zwischen Krise und Neuanfang

Eine Krisenbilanz

Der vorliegende IfW-Krisencheck zur Wirtschaftslage in Griechenland stimmt weniger hoffnungsfroh als das Bild, das politische Entscheidungsträger und diverse „Experten“ in letzter Zeit vermittelt haben. Denn die griechische Wirtschaft ist nicht wie ein „Phönix aus der Asche“ auferstanden, Griechenland hat seine Reformbaustellen nicht abgearbeitet und das Schuldenproblem ist nach wie vor erdrückend. Zudem fehlt es an einem realistischen neuen Geschäftsmodell für Griechenland, das die Wachstumsflaute nachhaltig beenden könnte. Es mag zwar politisch opportun sein, in regelmäßigen Abständen ein Ende der Griechenlandkrise zu erklären, doch eine Vogel-Strauß-Politik hilft weder den krisengeschüttelten Griechen noch beruhigt sie die gar nicht so unwissenden „Märkte“.

Die wirtschaftliche Talfahrt Griechenlands setzt sich auch 2013 nur wenig abgebremst fort. Das Sozialprodukt wird auch im fünften Jahr in Folge stark schrumpfen. Und das für 2014 prognostizierte „Miniwachstum“ ist an so viele optimistische Annahmen geknüpft, dass man wohl weniger von Schätzungen als vielmehr von Hoffnungen sprechen sollte. Für den griechischen Arbeitsmarkt bestehen nicht einmal solche schwache Hoffnungen: Eine Arbeitslosenquote, die auch 2014 im 25-Prozent-Bereich verharren soll, signalisiert eine sich verfestigende Massenarbeitslosigkeit. Die Arbeitsmarktmisere wirkt noch bedrückender, wenn der Blick auf die Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit fällt, wo die Quote fast die 60-Prozent-Schwelle erreicht.

Die Hoffnungen auf mehr Wachstum und Beschäftigung wären berechtigter, wenn es sich in Griechenland „nur“ um eine konjunkturelle Schwächephase handeln würde. Doch das Land muss erst einmal einen über Jahrzehnte verschleppten Strukturwandel nachholen, ohne den es keine nachhaltige wirtschaftliche Erholung geben kann. Hier trifft ein nur langfristig zu lösendes Problem auf die hochgesteckte Erwartung, dass es in kurzer Frist ein Ende der grie-

chischen Krise geben könnte. Es wird übersehen, dass Griechenland nicht über die Strukturen eines hochentwickelten Industrielands verfügt, das im globalen Wettbewerb als Anbieter hochwertiger Waren und Dienstleistungen bestehen könnte. Es ist vielmehr Standort für arbeits- und rohstoffintensive Produktionen mit einem relativ geringen Wertschöpfungspotenzial sowie für Dienstleistungen, die zum großen Teil in Niedrigeinkommensbereichen angesiedelt sind. Hinzu kommt die Dominanz der öffentlichen Beschäftigung, die nicht nur einen aufgeblähten öffentlichen Dienst, sondern auch eine Vielzahl staatlicher Produzenten und Dienstleister umfasst, die allesamt nicht zu Globalisierungsgewinnern taugen. Während die griechischen Beschäftigungsstrukturen ein relativ geringes Entwicklungsniveau signalisieren, steht das Pro-Kopf-Einkommen immer noch für einen im EU-Vergleich gehobenen Lebensstandard. Damit hat sich die Schere zwischen Anspruch und Wirklichkeit sehr weit geöffnet, wodurch die politischen Kosten eines erst einmal schmerzlichen Strukturwandels außerordentlich hoch sein dürften.

Die gegenwärtigen Wirtschaftsstrukturen erlauben es nicht, dass Griechenland in kurzer Frist über den Export als neuem Geschäftsmodell aus der Krise einfach herauswachsen kann. Das gesunkene Leistungsbilanzdefizit ist ein untauglicher Indikator für die griechische Exportkraft. Die Korrektur der außenwirtschaftlichen Schieflage war vornehmlich ein Reflex der Krise: Eine passive Sanierung der Handelsbilanz durch Importschrumpfung, da die Kaufkraft für das bisherige Konsumniveau fehlt, Zinsgeschenke der Euroretter sowie ein eher unfreiwilliger Schuldenschnitt zu Lasten der privaten Gläubiger. Zudem hat diese Art der Korrektur negative Begleiterscheinungen: Eine passive Sanierung steht nicht im Einklang mit der Notwendigkeit einer stärkeren Integration der griechischen Wirtschaft in die internationale Arbeitsteilung und eine De-facto-Teilinsolvenz des Staates mit empfindlichen Forderungsausfällen versperrt den Zugang zu den internationalen Kapitalmärkten.

Auch die zweifellos zu beobachtenden Erholungstendenzen beim griechischen Warenexport

sind bei näherem Hinsehen weder ein Zeichen für eine stärkere Präsenz griechischer Exporteure auf den globalen Wachstumsmärkten noch für die bislang weitgehend fehlenden human- und technologieintensiven Beiträge griechischer Unternehmen im Rahmen globaler Wertschöpfungsketten. Beim Export dominieren vielmehr Rohstoffgeschäfte sowie der Handel mit landwirtschaftlichen und arbeitsintensiven Produkten, die ein Spiegel der Entwicklungsdefizite der griechischen Volkswirtschaft sind. Zudem bringt der eigentlich als griechische Stärke geltende Dienstleistungsexport kaum Entlastungen und lässt Zukunftsperspektiven vermissen: Der Seetransport ist stark konjunkturragibel und verspricht zudem keine Entlastung für den griechischen Arbeitsmarkt; im Tourismus ist mangels Investitionen der Anschluss an die Wettbewerber häufig verloren gegangen und die Beschäftigung ist schwerpunktmäßig im Niedrigeinkommensbereich angesiedelt. Hingegen ist der Export von unternehmensbezogenen Dienstleistungen, für die qualifizierte Arbeit benötigt wird, unterentwickelt. Die Konsequenz: „Hightech“ und humankapitalintensive Dienstleistungen „Made in Greece“ fehlen weitgehend auf den Weltmärkten.

Die strukturellen Schwächen der griechischen Wirtschaft signalisieren, dass es nicht damit getan ist, im Rahmen der bisherigen Produktionsstrukturen an internationaler Wettbewerbsfähigkeit zu gewinnen. Ohne Zweifel hilft es den griechischen Exporteuren, wenn die Lohnstückkosten sinken, selbst wenn dies nur über sinkende Löhne und nicht über eine Verbesserung der geringen Produktivität geschieht. Doch mit der gegenwärtigen Produktpalette befindet sich Griechenland in direkter Konkurrenz mit Niedrigeinkommensländern, gegen die es einen Lohnwettbewerb nicht gewinnen kann. Hocheinkommensländer, und zu denen wird Griechenland immer noch gezählt, können ihren Wohlstandsvorsprung nicht mit Strukturen aus den sechziger und siebziger Jahren bewahren. Griechenland muss vielmehr seine totale Faktorproduktivität erhöhen, das heißt wertschöpfungsstarke Industrieprodukte und Dienstleistungen erstellen, die wie in anderen EU-Ländern ein relativ hohes Lohnniveau rechtfertigen. Solche

Strukturen können aber nur das Ergebnis eines Strukturwandels sein, der viele Jahre in Anspruch nimmt.

Ohne ein angemessenes und stetiges Wachstum ist allerdings auch die Tragfähigkeit der griechischen Staatsverschuldung nicht gewährleistet. Gäbe es keine Rettungshilfen, die nur noch bis 2014 laufen, wäre Griechenland aufgrund des aus eigener Kraft nicht mehr zu bewältigenden Schuldenbergs längst insolvent. Die jetzt bis 2022 angestrebte Schuldenquote von deutlich weniger als 110 Prozent des BIP, die von den Euro-Retttern als tragfähig angesehen wird, lässt sich aber ohne ein jährliches Wachstum im 3-Prozent-Bereich nicht erreichen. Aufgrund der Wachstumsschwäche bzw. der anhaltenden Schrumpfung der griechischen Wirtschaft seit Ausbruch der Krise mussten allerdings die Projektionen zur Schuldenentwicklung ständig revidiert und das Erreichen einer tragfähigen Staatsschuld weiter in die Zukunft verschoben werden. Die zum Erreichen des Schuldenziels benötigten Primärüberschüsse im Staatshaushalt sind jedoch unter realistischen Wachstumsannahmen schwer zu erwirtschaften – trotz bereits erfolgten Schuldenschnitts und Schuldentrückkaufs. Es ist zudem wenig wahrscheinlich, dass die geplanten Steuermehreinnahmen und Privatisierungserlöse sowie Ausgabenkürzungen im Staatssektor die notwendigen Deckungsbeiträge erbringen werden. Da kann es nur ein schwacher Trost sein, dass die private Verschuldung der Griechen im Vergleich zu anderen Krisenländern weniger dramatisch ist. Dennoch droht vielen Griechen die Privatinsolvenz, da die privaten Kredite oftmals in den Konsum geflossen sind und daher verwertbares Vermögen fehlt – ähnlich wie beim Schuldner „Staat“.

Wege aus der Krise

Die Krisenanalyse verdeutlicht, dass Struktur-reformen für die Entwicklung einer soliden Wachstumsbasis unverzichtbar sind. Ein angemessenes Wirtschaftswachstum wird wiederum benötigt, um eine tragfähige Staatsverschuldung zu erreichen und eine Erosion der sozialen Bedingungen in Griechenland zu verhindern. Der ständige Druck auf die griechische Politik, die

Reformen zügig voranzutreiben und einen präzisen Reformkalender abzuarbeiten, ist angesichts der schlechten Erfahrungen mit vollmundigen Reformversprechen der Vergangenheit eine Notwendigkeit. Es ist schwer nachvollziehbar, bei allmählichen Reformfortschritten, die nur auf Druck der „Troika“ zustande kommen, schon davon zu sprechen, dass Griechenland „geliefert“ hätte. Und es ist kontraproduktiv, die Evaluierung durch die Troika vor Ort nur noch in größeren Zeitabständen durchführen oder gleich die „Troika-Praxis“ generell beenden zu wollen. Schönfärbereien und politischer Opportunismus dieser Art schaden der Krisenbekämpfung in Griechenland und verringern die Anreize, auf „Reformkurs“ zu bleiben.

Allerdings wird die Überwindung der Strukturkrise in Griechenland auch nicht dadurch erleichtert, wenn die Erwartungen an Griechenland zu hoch gesteckt werden. Strukturreformen brauchen ihre Zeit, insbesondere wenn parallel eine funktionstüchtige Staatsverwaltung erst aufgebaut werden muss. Ein Reformprozess, der über mehrere Jahrzehnte verschleppt wurde, kann von Griechenland nicht in wenigen Jahren nachgeholt bzw. erfolgreich implementiert werden. Hier steht aber die Frage im Raum, warum in Brüssel seit den achtziger Jahren beharrlich ignoriert wurde, dass in Griechenland weder eine funktionstüchtige Marktwirtschaft noch eine Staatsverwaltung, die das Gemeinschaftsrecht umsetzen kann, entwickelt wurden sowie der notwendige Wandel der Wirtschaftsstrukturen nicht vorankam – ein Geheimnis war das nicht.³⁸ Es kann daher nicht verwundern, dass die gewachsenen Beharrungskräfte in Politik, Verwaltung und Verbänden dem gegenwärtigen Reformprozess skeptisch gegenüberstehen.

Die politische Durchsetzbarkeit einschneidender Strukturreformen wird weiterhin dadurch erschwert, dass die Reformen kurzfristig zu spürbaren Einkommensverlusten führen – sei es durch Lohnsenkungen, den Verlust des Arbeitsplatzes oder Einschnitte im Sozialsystem – und erst auf längere Frist eine allgemeine wirtschaftliche Erholung versprechen. Auch die parallel laufende Sanierung der Staatsfinanzen wird

durchweg als negativ empfunden: Der Staat muss seine Leistungen einschränken, gleichzeitig aber die Abgaben erhöhen und Arbeitsplätze abbauen. Die Gefahr einer Verweigerungshaltung und eines draus resultierenden Reformkollapses mit ungewissen Folgen ist unübersehbar. Ein politischer und gesellschaftlicher Konsens über die Notwendigkeit einer harten Anpassung des Wohlstandsniveaus und damit der Lebensqualität an das Leistungsvermögen fehlt in Griechenland, anders als etwa in den ebenfalls von harten Einschnitten betroffenen baltischen Staaten. Aber wie kann die Krisenbewältigung in Griechenland erleichtert werden?

Das Outsourcing von Reformprojekten: Die Krisenbewältigung würde erleichtert, wenn Reformmaßnahmen zügiger und professioneller durchgeführt werden. Mit der Organisation und Implementierung einzelner Maßnahmen könnten in noch größerem Umfang als bisher externe Experten betraut werden, da Kompetenzdefizite der griechischen Staatsverwaltung einen effizienten Reformprozess nicht zulassen. Bei den Experten kann es sich um EU-Bedienstete, Verwaltungsexperten aus anderen EU-Ländern oder Spezialisten in- und ausländischer Beratungsunternehmen handeln. Die Übertragung hoheitlicher Kompetenzen auf Externe im Rahmen der Projektdurchführung sollte eine hinnehmbare Einschränkung staatlicher Souveränität sein. Eine nationale Deregulierungsagentur, die unabhängig von der Staatsbürokratie agiert und mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattet ist, könnte dieses „Reform-Outsourcing“ auf griechischer Seite koordinieren.

Eine Investitionsoffensive: Der Strukturwandel ließe sich beschleunigen, wenn die Investitionstätigkeit am Standort Griechenland angeregt würde. Dabei sollte es sich allerdings nicht, wie gegenwärtig diskutiert, um staatliche Investitionsprogramme – direkt oder indirekt durch EU, Eurogruppe oder EZB – handeln. Investitionen dieser Art haben in den letzten Jahren und Jahrzehnten keineswegs zur Entwicklung international wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstrukturen in Griechenland beigetragen. Mit Blick auf die verkrustete griechische Wirtschaftslandschaft scheinen staatliche oder staatlich gelenkte Investitionen sogar eine gegenteilige Wirkung ent-

³⁸ Vgl. dazu ausführlich Laaser (1997).

faltet zu haben. Griechenland braucht vielmehr private Investitionen. Die Politik könnte ihren Beitrag zu einer von privaten Kapitalgebern getragenen Investitionsoffensive durch eine sichtbare Verbesserung der immer noch unattraktiven Standortbedingungen in Griechenland leisten. Nicht nur der Doing-Business-Index der Weltbank weist auf entsprechende Optimierungspotentiale hin. Ein Nachweis verbesserter Standortbedingungen würde schon darin bestehen, wenn das von Griechen gehaltene Auslandsvermögen, alleine nach den Statistiken der „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich“ (BIS) 31 Mrd. Euro ohne Berücksichtigung der Gelder in von Griechen kontrollierten Auslandsunternehmen,³⁹ ins Land zurückfließen würde. Wenn diese „Insider“ von der Werthaltigkeit eines Investments in ihrem Heimatland überzeugt werden können, dürften sich auch ausländische Investoren an einer solchen „Investitionsoffensive“ für mehr Wachstum gerne beteiligen.

Die Dauerrettung: Wenn sich die wirtschaftlichen Rahmendaten und die Standortbedingungen in Griechenland bis zum Auslaufen des zweiten Rettungspakets im Jahr 2014 nicht entscheidend verbessert haben, kann mit einem dritten Rettungspaket weitere Zeit für die Krisenbewältigung gekauft werden. Befürworter dieser Rettungsverlängerung könnten anführen, dass eine Staatsinsolvenz vermieden würde, der Zeitgewinn für das Erreichen einer tragfähigen Staatsverschuldung und einer Vollendung der Strukturreformen genutzt werden könnte und drastische Sparmaßnahmen mit der Gefahr sozialer Unruhen unterblieben. Zudem würde verhindert, dass andere Krisenländer zu Opfern eines Dominoeffekts im Falle eines Scheiterns der Griechenlandrettung würden. Das Problem: Die griechische Politik würde den Eindruck gewinnen, dass ein Scheitern der Rettungspolitik unter allen Umständen verhindert werden soll – entsprechend sänke der Handlungsdruck und die Bereitschaft, die politischen Kosten einer schmerzhaften Haushaltskonsolidierung und eines harten Strukturwandels zu tragen. Gleichzeitig entstünden für andere Krisenländer Anreize, ebenfalls eine Dauerrettung zu den ge-

ringstmöglichen eigenen Kosten anzustreben. Steigende Rettungskosten, die in die Daueralimentierung einer wachsenden Zahl von Krisenländern münden könnten, dürften schließlich auch in den Geberländern die politischen und finanziellen Kosten einer solchen Politik prohibitiv erhöhen.

Ein weiterer Schuldenschnitt: Eine verringerte Staatsverschuldung könnte Griechenland aus der Schuldenfalle befreien, die bislang die Spielräume für eine gesellschaftlich akzeptable Krisenbewältigung empfindlich einschränkt. Schon 2012 konnten nur ein Schuldenschnitt bei den privaten Gläubigern und ein Schuldentrückkauf verhindern, dass die Schuldenquote aus dem Ruder lief und eine mittelfristige Tragfähigkeit der Staatsverschuldung ausgeschlossen gewesen wäre. Aber auch die gegenwärtige Schuldenlast ist für Griechenland nicht beherrschbar, der benötigte Primärüberschuss im Staatshaushalt ist weit von den 5 Prozent entfernt, die als maximal erreichbar gelten. Es spricht deshalb vieles dafür, dass nur ein Schuldenschnitt zu einer tragfähigen Verschuldung führen kann. Wie hoch müsste ein solcher „Cut“ sein? Unter der Annahme eines durchschnittlichen Wachstums von 2 Prozent müsste ein Schuldenschnitt in Höhe von etwa 71 Prozent erfolgen, damit bei derzeitigem Sekundärmarktzinsniveau von 11,6 Prozent ein Primärüberschuss von 5 Prozent ausreicht. Bei optimistischeren Wachstumsannahmen sinkt entsprechend der benötigte Schuldenschnitt: Bei 4 Prozent Wachstum müsste der Schnitt „nur“ knapp 64 Prozent betragen. Die Gläubiger müssten bei einem Schuldenschnitt in jedem Fall empfindliche Abschreibungen auf ihre Forderungen vornehmen. Das Novum: Erstmals wären auch die Steuerzahler der Euroländer und die EZB direkt betroffen, da diese mittlerweile den überwiegenden Teil der griechischen Schuldentitel halten. Damit stellt sich auch bei einem Schuldenschnitt die Frage nach der politische Durchsetzbarkeit in den Gläubigerländern, wo bislang ein Forderungsausfall zu Lasten der Steuerzahler als Tabuthema gilt. Die EZB als weiterer großer Gläubiger hätte ein grundsätzliches Problem: Bei Abschreibungen auf ihren Bestand an griechischen Schuldtiteln würde endgültig die Grenze zur monetären Staats-

³⁹ Vgl. BIS (2013).

finanzierung überschritten. Bislang operiert die EZB mit Instrumenten wie der ELA (Emergency Liquidity Assistance) und den OMT (Outright Monetary Transactions) in einer Grauzone, was allerdings insbesondere bei der Deutschen Bundesbank auf deutlichen Widerspruch gestoßen ist.⁴⁰ Hier müssten Vorkehrungen getroffen werden, dass ein Forderungsverzicht seitens der EZB nicht zum beliebig einsetzbaren „Rettungsinstrument“ wird.

Ein Résumé: Wie sollte vor diesem Hintergrund die Krisenbewältigung in Griechenland erleichtert werden? Als Entscheidungshilfe mag dienen, dass die Krisensituation in Griechenland im Vergleich der Euro-Krisenländer singulär ist. Nirgendwo sonst treffen eine gescheiterte Wirtschafts- und Finanzpolitik, eine nicht mehr beherrschbare Staatsverschuldung, eine schwache volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit bei einem relativ hohen Lebensstandard, fundamentale Strukturprobleme sowie politische und administrative Schwächen so geballt aufeinander. Entsprechend singulär könnte auch die Krisenbewältigung in Griechenland ausgestaltet werden, ohne dass „Dominoeffekte“ in anderen Krisenländern zu befürchten sind.⁴¹ Am Unproblematischsten dürfte noch das „Outsourcing“ des Reformprozesses sein, das in Ansätzen schon stattgefunden hat. Ob die Reformen erfolgreich sind, wird sich am Zufluss privaten Kapitals ablesen lassen, das den Investitionsstau in Griechenlands Realwirtschaft auflösen muss. Eine Dauerrettung nach bisherigem Muster wäre hingegen kontraproduktiv und würde in einen unbezahlbaren Transfermechanismus münden, der auch für andere Krisenländer attraktiv wäre. Es spricht aber vieles für einen weiteren Schuldenschnitt, der stark zu konditionieren wäre. In diesem Fall müsste die nationale Fiskalhoheit für den Zeitraum der weiteren Konsolidierung stark eingeschränkt werden, der griechische Haushalt würde letztendlich in Brüssel beschlossen. Für die weitere Krisenbekämpfung empfehlen sich als Orientierung die Leitlinien des Kie-

ler Krisen-Kompasses zur Überwindung der Krise im Euroraum.⁴² So sollte Griechenland eine verbindliche nationale Fiskalregel implementieren, die langfristig die Schuldentragfähigkeit garantiert und kurzfristig der Fiskalpolitik einen angemessenen Bewegungsspielraum lässt. Wenn Griechenland auch gegen diese Grundsätze verstieße und in- und ausländische Anleger nicht von seiner eigenen Schuldentragfähigkeit überzeugen könnte, bliebe nur die geordnete Staatsinsolvenz.

⁴⁰ Siehe die Stellungnahme von Bundesbankpräsident Weidmann für das Bundesverfassungsgericht (*Handelsblatt* vom 26./27./28. April 2013: 6–7).

⁴¹ Vgl. ausführlich Schrader und Laaser (2012).

⁴² Vgl. im Detail Snower et al. (2013).

Anhang

Kasten

Kasten A1:

Die griechischen Strukturreformen und Reformpläne im Überblick

Arbeitsmarkt

- *Lohnfindung*: Dezentralisierung durch betriebliche Tarifabschlüsse für eine beschäftigungskonforme Entlohnung.
 - Instrumente seit 2011: Aufgabe der Allgemeinverbindlichkeit von Kollektivverträgen; Vorrang für Betriebsvereinbarungen, die auch nichtgewerkschaftliche Arbeitnehmervereinigungen abschließen können. Ergebnis: Steigende Zahl von Firmentarifverträgen trägt zu sinkenden Arbeitskosten bei.
 - Lohngestaltung im öffentlichen Dienst: Abschaffung des 13. und 14. Monatsgehalts in 2010; Kürzung der Gehälter um 2 bis 35 Prozent abhängig von der Gehaltsklasse, durchschnittlich um 20 Prozent (bis August 2012); Aussetzung von Bonuszahlungen bis 2016; restriktive Stellenneubesetzung bis 2016 (von 5 bis 10 Stellen wird eine Stelle wiederbesetzt); bis 2015 Abbau von 150 000 Beschäftigten (bis Ende 2014: 15 000 Beschäftigte).
- *Neuverhandlung von Kollektivverträgen* (gesetzliche Neuregelung verabschiedet):
 - Die Vertragslaufzeit beträgt maximal 3 Jahre, auslaufende Tarifverträge gelten 3 statt zuvor 6 Monate fort (bei Entfall der tariflichen Zulagen).
 - Schlichtung erfolgt nur bei Zustimmung beider Tarifparteien.
 - In privatisierten Staatsunternehmen erfolgt eine Angleichung der Tarifregelungen an das Niveau der Privatunternehmen in der jeweiligen Branche.
- *Senkung der Kündigungskosten*: Die Abfindungszahlungen werden im Kündigungsfall auf 12 Monatsgehälter beschränkt; bestehende Ansprüche über 12 Monate hinaus werden auf monatliche Zahlungen in Höhe von 2 000 Euro begrenzt.
- *Senkung der Lohnnebenkosten* (ursprünglich für 2012 geplant): Kürzung der Sozialversicherungsbeiträge um 5 Prozentpunkte (gegenfinanziert durch geringere Sozialleistungen und höhere Einkommensgrenzen); Sonderlösungen für ehemalige Staatsunternehmen mit hohen Soziallasten; ohne genaue Details jetzt für 2013 geplant.
- *Mindestlöhne*: Erhöhung des Lohnsetzungsspielraums nach unten zur Vermeidung von Mindestlohnarbeitslosigkeit.
 - Absenkung des nationalen Mindestlohns im Februar 2012 um 22 Prozent von 876 auf 683 Euro bzw. um 32 Prozent für unter 25-Jährige.
 - Reform der Mindestlohnsetzung: Statt eines allgemeinverbindlichen Kollektivvertrags durch die Tarifpartner soll die Mindestlohnhöhe über einen Mechanismus festgelegt werden, den das Parlament auf Vorschlag der Regierung (in Abstimmung mit allen relevanten Interessengruppen) bis Ende März 2013 verabschieden soll; das Niveau des Mindestlohns und des Alterszuschlags verbleibt auf dem Stand vom Februar 2012.
 - Den Tarifpartnern steht es frei, höhere Löhne und Zuschläge zu vereinbaren, die aber nicht allgemeinverbindlich sind.
 - Evaluierung der Regelungen im ersten Quartal 2014.
- *Reintegration von Langzeitarbeitslosen* (geplant für 2014): Langzeitarbeitslose sollen durch eine aktive Arbeitsmarktpolitik und anreizgerechte Unterstützungszahlungen in den Arbeitsmarkt zurückgeführt werden.
- *Bekämpfung von Schwarzarbeit* (geplant für 2012, jetzt für 2013): Restrukturierung der Gewerbeaufsicht.

Liberalisierung regulierter Berufe

- Seit 2011 mit dem Gesetz zur freien Berufsausübung Aufhebung von Zugangsschranken; bis Ende 2012 sollten durch gesetzliche Einzelmaßnahmen spezifische Beschränkungen in regulierten Berufen aufgehoben werden. Dies geschah im 2. Halbjahr 2012 bei: Anwälten, Zollmaklern, Touristenführern, Reisebüros, Immobilienmaklern, Zeitarbeitsagenturen, privaten Arbeitsvermittlern, Autovermietern, vereidigten Gutachtern und Hafenarbeitern. Bei weiteren Tätigkeiten steht eine Liberalisierung noch aus.
- Erhöhung der Preisflexibilität nach unten: Aufhebung von Mindestgebühren und freie Preisgestaltung mit unterschiedlichem Erfolg.

noch *Kasten A1*

Einzelhandelsliberalisierung

- Erhöhung der Preisflexibilität nach unten durch Aufhebung des Verbots, unter Einstandspreis zu verkaufen, und durch Vereinfachung des Meldesystems für Großhandelspreise (1. Halbjahr 2012).
- Aufhebung von Beschränkungen für das angebotene Warensortiment, von restriktiven Arbeits- und Pausenregelungen und von räumlichen Mindestgrößen für den Lebensmittelverkauf (im Verlauf 2012).

Transportgewerbe

Öffnung des Transportgewerbes für potenzielle Wettbewerber:

- *Straßentransport*: Absenkung der Lizenzkosten für Spediteure (verabschiedet 2010, Ablauf der Übergangsperiode Januar 2012); Liberalisierung des nicht lizenzgebundenen Personentransports (Gesetz Ende 2011, Umsetzung begonnen); Aufhebung von weiteren Restriktionen beim Verleih und Personentransport (geplant).
- *Schieneverkehr*: Restrukturierung der Staatsbahn (laufend).
- *See- und Luftverkehr*: Abtrennung wirtschaftlicher Aktivitäten und Privatisierung durch Konzessionierung; Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse; Verbesserung von Verkehrsverbindungen (geplant).

Deregulierung des Energiesektors

Im Verlauf des Jahres 2012 sollten private Wettbewerber, auch durch Privatisierungen, Zugang zu Kraftwerken der staatlichen Energieversorgung erhalten, was offensichtlich nicht geschehen ist. Des Weiteren ist eine Liberalisierung der Endverbraucherpreise im Niederspannungsbereich (bis Sommer 2013) vorgesehen. An einer Entflechtung der Versorgungsnetze wird gearbeitet. Der Betrieb freier Tankstellen wird erleichtert.

Erleichterung unternehmerischer Tätigkeit

- Aktionsplan mit dem Ziel geringerer Transaktionskosten bei Gründung und Eigentumsübertragung, geringerer Publikationspflichten und einer stärkeren Exportförderung („Business-friendly Greece“).
- Höherstufung im „Doing Business Ranking“ der Weltbank infolge der Verbesserungen bei Investitionsschutz, Steueradministration und Außenhandel.
- Stärkung der „Invest in Greece“-Agentur durch bessere Ausstattung und größere exekutive Befugnisse.

Privatisierung staatlichen Eigentums

- Prozessoptimierung: Vorlage eines aktualisierten Privatisierungsplans; halbjährliche Aktualisierung des Vermögensentwicklungsplans durch den Privatisierungsfonds (HRADF); vierteljährlicher Finanzbericht des HRADF, Veröffentlichung einer Liste von laufenden Privatisierungs- und Konzessionierungsprojekten (2012–2014).
- Übertragung der vollen Eigentumsrechte an ausgewählten Häfen und Straßen auf den Fonds.
- Bestellung von Beratern für einzelne Privatisierungsprojekte.
- Langfristige Privatisierungserlöse von 50 Mrd. Euro als Zielgröße.

Rechtsreformen

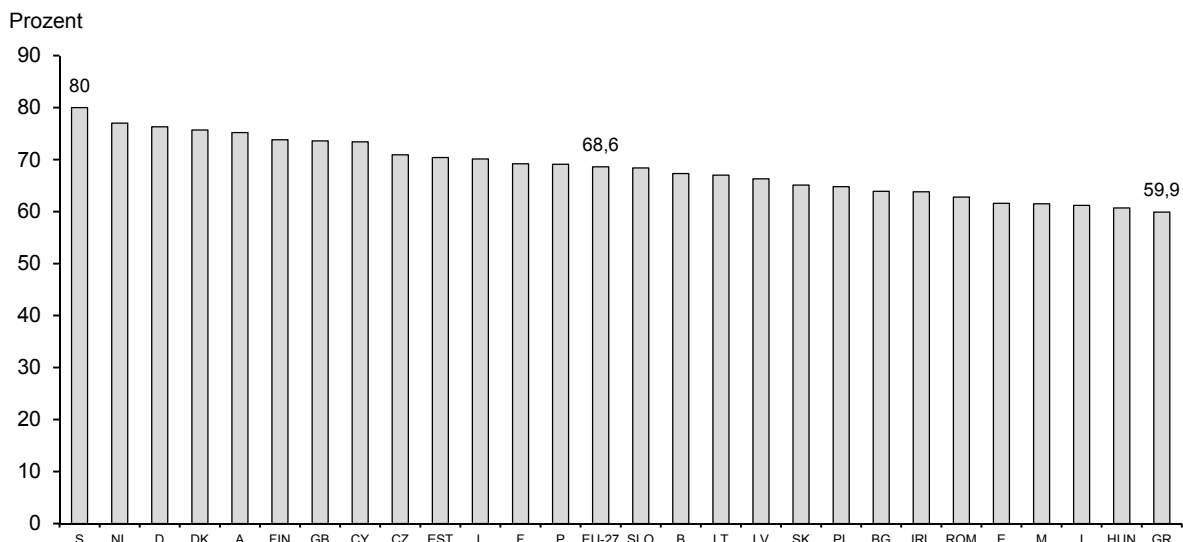
- Abbau des Überhangs unerledigter Steuerverfahren im Verlauf des Jahres 2013 durch bessere personelle Ausstattung der Gerichte (Zielverfehlung in 2012).
- Entwicklung einer Strategie zum Abbau offener Gerichtsverfahren in Nicht-Steuerangelegenheiten (2013).
- Verbesserung der statistischen Erfassung von Prozessdaten.
- Mittelfristige Einführung von „E-Justice“-Anwendungen zur Beschleunigung der Datenerfassung und des Verfahrensablaufs.
- Förderung der außergerichtlichen Mediation zur Entlastung der Gerichte.
- Reform der Zivilprozessordnung (Ende 2013).

Quelle: EU-Kommission (2012a, 2012b); Martens (2013); Christides und Schulz (2013); eigene Zusammenstellung.

Abbildungen

Abbildung A1:

Erwerbstätigenquoten in der EU 2011^a

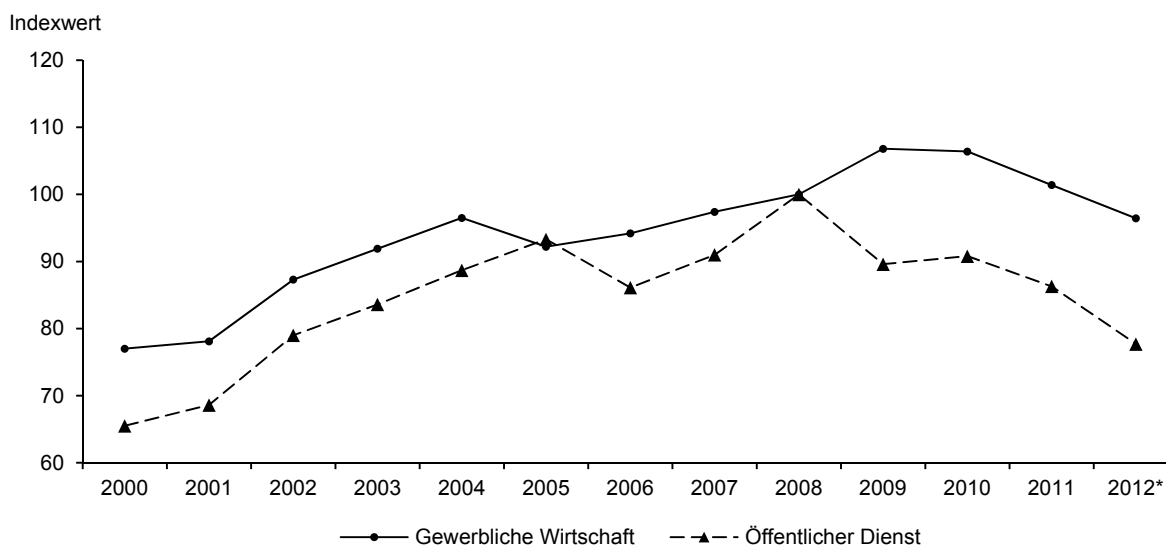


^aErwerbstätigenquote = Anzahl von erwerbstätigen Personen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren / Gesamtbevölkerung derselben Altersklasse in Prozent. — A = Österreich, B = Belgien, BG = Bulgarien, CY = Zypern, CZ = Tschechische Republik, D = Deutschland, DK = Dänemark, E = Spanien, EST = Estland, F = Frankreich, FIN = Finnland, GB = Vereinigtes Königreich, GR = Griechenland, HUN = Ungarn, I = Italien, IRL = Irland, L = Luxemburg, LT = Litauen, LV = Lettland, M = Malta, NL = Niederlande, P = Portugal, PL = Polen, ROM = Rumänien, S = Schweden, SK = Slowakei, SLO = Slowenien.

Quelle: Eurostat (2013c); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung A2:

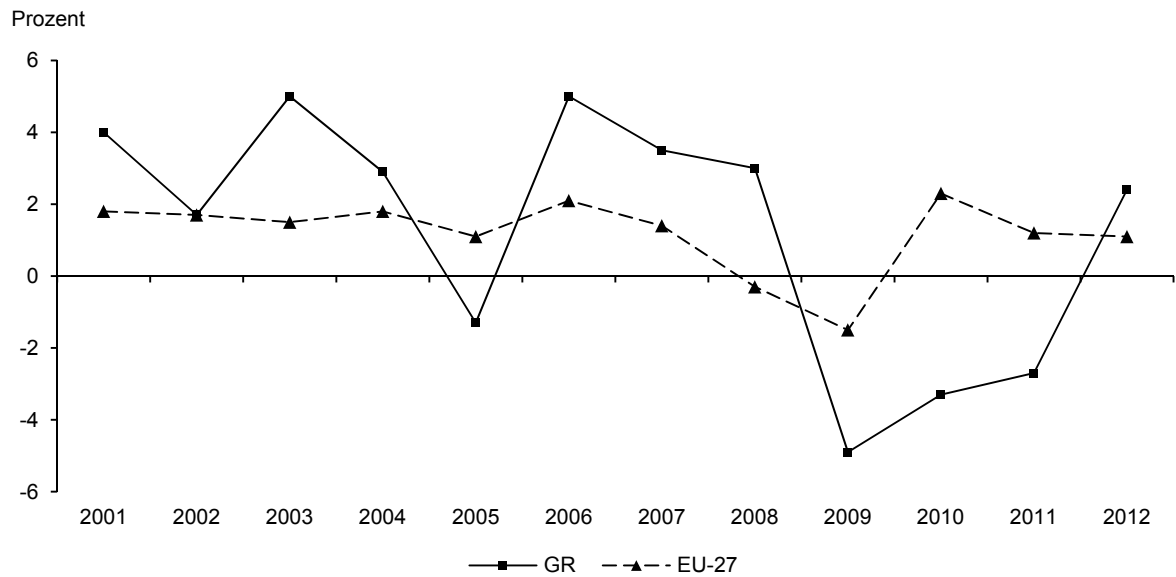
Die Entwicklung der Löhne und Gehälter in der gewerblichen Wirtschaft und im öffentlichen Dienst Griechenlands 2000–2012



*Arithmetischer Mittelwert 1.–3. Quartal.

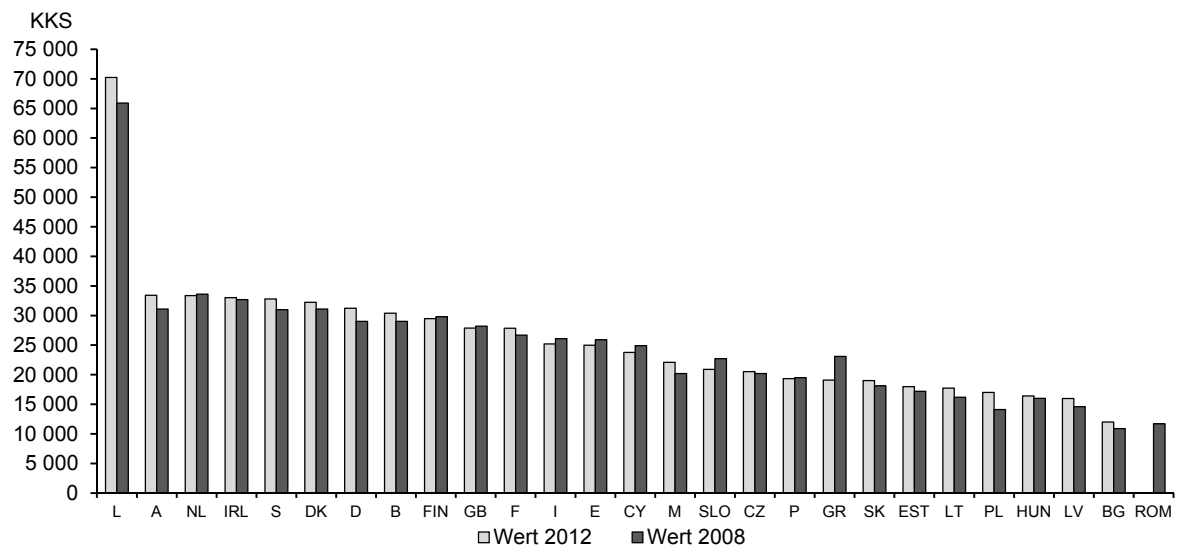
Quelle: Eurostat (2013e); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung A3:

Entwicklung der realen Arbeitsproduktivität in Griechenland und der EU 27^a 2001–2012 (Veränderung in Prozent)^aReale Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde: Zur Definition siehe Abbildung 4.

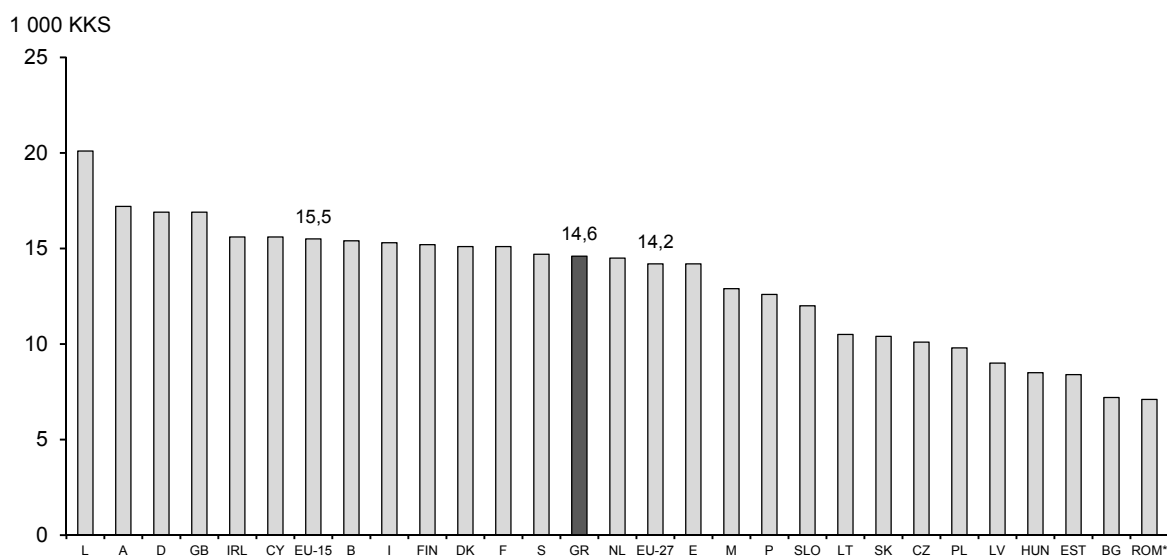
Quelle: Eurostat (2013f); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung A4:

Pro-Kopf-Einkommen in der EU 2008 und 2012^a (Euro)Länderabkürzungen siehe Abbildung A1. — ^aKaufkraftstandards (KKS) je Einwohner; eigene Schätzung für 2012 auf der Basis von Eurostat; für Rumänien ist aufgrund fehlender Daten keine Schätzung möglich.

Quelle: Eurostat (2013a); eigene Darstellung und Berechnungen.

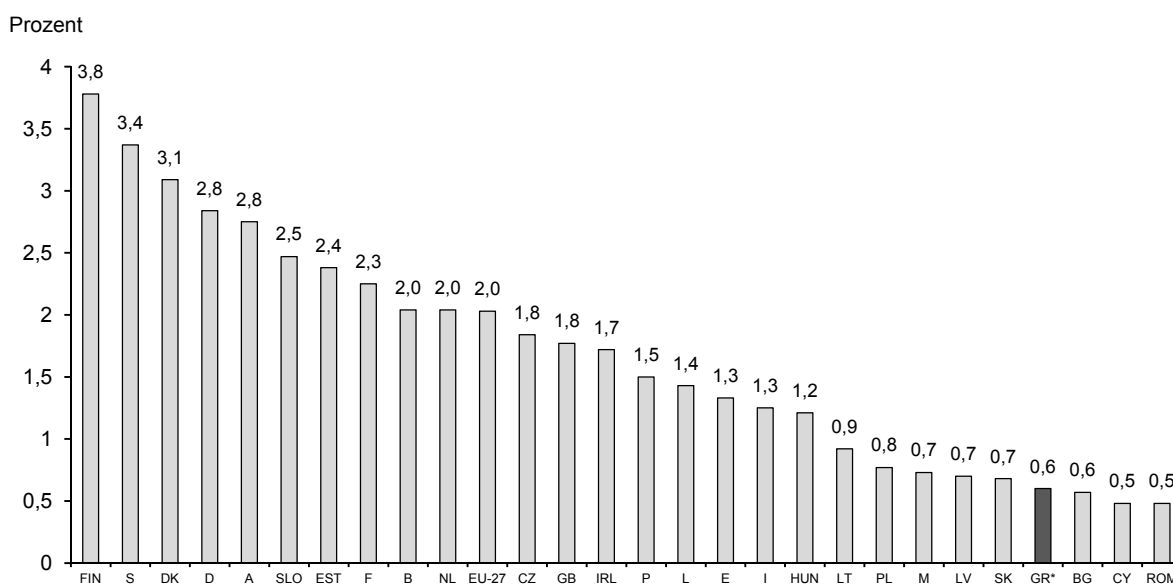
Abbildung A5:

Private Konsumausgaben in den EU 27-Staaten 2011^a

Länderabkürzungen siehe Abbildung A1. — *Wert für 2010. — ^aKonsumausgaben der privaten Haushalte in 1 000 Kaufkraftstandards je Einwohner)

Quelle: Eurostat (2013a); eigene Darstellung und Berechnungen.

Abbildung A6:

Ausgaben der EU-Länder für Forschung und Entwicklung 2011^a

Länderabkürzungen siehe Abbildung A1. — *Wert für 2007. — ^aAusgaben für Forschung und Entwicklung in Prozent des BIP (GERD-Definition).

Quelle: Eurostat (2013j); eigene Darstellung und Berechnungen.

Literatur

- Bank of Greece (2013a). Balance of Payments: December 2012. Press Release vom 19.02.2013, Athen.
- Bank of Greece (2013b). Balance of Payments: November 2012. Press Release vom 25.01.2013, Athen.
- Bank of Greece (2013c). Balance of Payment Statistics: Services. Athen. Via Internet am 16.04.2013 <<http://www.bankofgreece.gr/Pages/en/Statistics/externalsector/balance/services.aspx>>.
- Bencek, D., und H. Klodt (2011). Fünf Prozent sind (zu) viel. *Wirtschaftsdienst* 91 (9): 595–600.
- BIS (Bank for International Settlements) (2013). Locational Banking Statistics: 6B External positions of reporting banks vis-à-vis the non-bank sector. Via Internet am 24.04.2013 <<http://www.bis.org/statistics/bankstats.htm>>.
- Carone, G., C. Schwierz und A. Xavier (2012). Cost-containment policies in public pharmaceutical spending in the EU. Economic Papers 461. Europäische Kommission, Brüssel.
- Christides, G., und S. Schulz (2013). Griechische Mogelpackung. *Spiegel Online* vom 30. April 2013. Via Internet am 30.04.2013 <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/griechenland-regierung-will-15-000-beamte-feuern-a-897153.html>>.
- Deutsche Bundesbank (2013a). Bilanzstatistik der MFIs (Monetären Finanzinstitute): Bestandsangaben / 1.1.3.1. „Nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften“ und 1.1.3.2. „Private Haushalte“. Frankfurt (Main). Via Internet am 29.02.2012, 12.12.2012 und 15.04.2013 <http://www.bundesbank.de/statistik/statistik_eszb_zeitreihen.php>.
- Deutsche Bundesbank (2013b). GLOSSAR in der MFI-Zinsstatistik verwendeter Begriffe und Konzepte. Frankfurt (Main). Via Internet am 15.04.2013 <http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Geld_Und_Kapitalmaerkte/Zinssaetze_Renditen/glossar.pdf?__blob=publicationFile>.
- Deutsche Bundesbank (2013c). Zuordnung der Erhebungspositionen der früheren Bundesbank-Zinsstatistik zu den entsprechenden Instrumentenkategorien der MFI-Zinsstatistik (Neugeschäft). Frankfurt (Main). Via Internet am 15.04.2013 <http://www.bundesbank.de/Redaktion/DE/Downloads/Statistiken/Geld_Und_Kapitalmaerkte/Zinssaetze_Renditen/zuordnung_sollhaben_zista.pdf?__blob=publicationFile>.
- Donges, J.B., et al. (1982). *The Second Enlargement of the European Community: Adjustment Requirements and Challenges for Policy Reform*. Kieler Studien 171, Tübingen.
- Draghi, M. (2012). Speech by Mario Draghi, President of the European Central Bank at the Global Investment Conference in London, 26 July 2012. Via Internet am 11.03.2013 <<http://www.ecb.int/press/key/date/2012/html/sp120726.en.html>>.
- EU-Kommission (2011). Vorschlag für eine Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen Teil 1. Via Internet am 17.04.2013 <[http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SPLIT_COM:2011:0452\(01\):FIN:DE:PDF](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=SPLIT_COM:2011:0452(01):FIN:DE:PDF)>.
- EU-Kommission (2012a). The Second Economic Adjustment Programme for Greece. Occasional Papers 94. März, Brüssel.
- EU-Kommission (2012b). The Second Economic Adjustment Programme for Greece – First Review. Dezember, Brüssel.
- EU-Kommission (2013a). European Economic Forecast, Spring 2013. European Economy 2/2013. Brüssel.
- EU-Kommission (2013b). Task Force for Greece: Quarterly Report April 2013. Brüssel.
- Eurogroup (2012). Eurogroup Statement on Greece. Via Internet am 13.12.2012 <http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ecofin/134269.pdf>.
- Eurostat (2006). Statistics on the trading of goods – User guide. Luxemburg.
- Eurostat (2012). Comext. C-D ROM. Edition November. Luxemburg.
- Eurostat (2013a). Statistiken: Jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, BIP und Hauptkomponenten (Volumen) [nama_gdp_k]. Via Internet am 29.05.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/database>.

- Eurostat (2013b). Statistiken: Beschäftigung und Arbeitslosigkeit (LFS/AKE - Erhebung über Arbeitskräfte). Via Internet am 11.03.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/employment_unemployment_lfs/data/database>.
- Eurostat (2013c). Statistiken: Erwerbstätigenquote, nach Geschlecht. Via Internet am 12.03.2013 <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tsdec420>>.
- Eurostat (2013d). Statistiken: Jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Lohnstückkosten – Jährliche Daten. Via Internet am 18.04.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/database>.
- Eurostat (2013e). Statistiken: Jährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Indizes von Arbeitskosten. Via Internet am 18.04.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/database>.
- Eurostat (2013f). Statistiken: Jährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Arbeitsproduktivität – Jährliche Daten. Via Internet am 18.04.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/database>.
- Eurostat (2013g). Statistiken: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (einschließlich BIP), Exporte und Importe nach EU-Ländern/Drittländern. Via Internet am 21.03.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/national_accounts/data/database>.
- Eurostat (2013h). Eurostat: Statistiken: Zahlungsbilanz – Internationale Transaktionen. Via Internet am 30.05.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/balance_of_payments/data/database>.
- Eurostat (2013i). Statistiken. Internationaler Handel: EU27 Handel nach SITC seit 1988. Via Internet am 27.02.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/international_trade/data/database>.
- Eurostat (2013j). Statistiken: Gross domestic expenditure on R&D (GERD). Via Internet am 24.04.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=en&pcode=t2020_20>.
- Eurostat (2013k). Zahlungsbilanzstatistiken nach Land. Via Internet am 11.01.2013, aktualisiert am 08.04.2013 <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/balance_of_payments/data/database>.
- Eurostat (2013l). Statistiken: Minimum Wages. Via Internet am 22.04.2013 <<http://app.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=0&language=en&pcode=tps00155>>.
- Eurostat (2012m). Statistiken: Jährliche volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen BIP und Hauptkomponenten - Jeweilige Preise [nama_gdp_c]. Via Internet am 29.02.2012, 12.12.2012 und 15.04.2013 <<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00001>>.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2013). Long-term interest rate statistics for EU Member States. Via Internet am 13.04.2013 <<http://www.ecb.int/stats/money/long/html/index.en.html>>.
- Groll, D., und B. van Roye (2011). Price Competitiveness Divergence in the Euro Area: The Level Matters. Kiel Policy Brief 24. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Heise, M. (2013). Hellas schafft die Wende. *Handelsblatt* vom 5. Februar 2013.
- Heitger, B., K. Schrader und E. Bode (1992). Die mittel- und osteuropäischen Länder als Unternehmensstandort. Kieler Studien 250, Tübingen.
- HSA (Hellenical Statistical Authority) (2013a). Press Release: Commercial Transactions of Greece (Estimations): December 2012. Piräus, 11. Februar 2013.
- HSA (Hellenical Statistical Authority) (2013b). Press Release: Commercial Transactions of Greece: January 2013. Piräus, 28. März 2013.
- HSA (Hellenical Statistical Authority) (2013c). Press Release: Commercial Transactions of Greece: February 2013. Piräus, 25. April 2013.
- IfW (Institut für Weltwirtschaft) (2013). Weltkonjunktur im Frühjahr 2013. Kieler Diskussionsbeiträge 518/519. IfW, Kiel.
- ILO (International Labor Organization) (2013). Public Sector Employment. Via Internet am 18.04.2013 <<http://laborsta.ilo.org/STP/guest>>.

- IMF (International Monetary Fund) (2010a). IMF Country Report 10/110. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2010b). IMF Country Report 10/286. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2010c). IMF Country Report 10/372. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2011a). IMF Country Report 11/68. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2011b). IMF Country Report 11/175. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2011c). IMF Country Report 11/351. Washington, D.C.
- IMF (International Monetary Fund) (2011d). Modernizing the Framework for Fiscal Policy and Public Debt Sustainability Analysis. IMF Policy Paper, August 5.
- IMF (International Monetary Fund) (2012a). Press Release 12/485, 13. Dezember. Via Internet am 13.12.2012 <<http://www.imf.org/external/np/sec/pr/2012/pr12485.htm>>.
- IMF (International Monetary Fund) (2012b). World Economic Outlook.
- IMF (International Monetary Fund) (2013). IMF Country Report 13/20.
- Investing (2013). Greece 10-Year Bond Yield Historical Data. Via Internet am 30.04.2013 <<http://www.investing.com/rates-bonds/greece-10-year-bond-yield-historical-data>>.
- Janssen, R. (2013). The Desperation of Europe's Wage Austerians. *The Guardian* vom 21. Oktober 2012.
- Kaiser, S. (2012). Milliardenrisiken: Wer beim Griechen-Bankrott bluten muss. Via Internet am 13.01.2012 <<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/milliardenrisiken-wer-beim-griechen-bankrott-bluten-muss-a-808091.html>>.
- Laaser, C.-F. (1997). Ordnungspolitik und Strukturwandel im Integrationsprozeß: Das Beispiel Griechenlands, Portugals und Spaniens. Kieler Studien 287. Tübingen.
- Martens, M. (2013). Griechenland will 15.000 Beamte entlassen. *FAZ* vom 30. April 2013.
- Matthes, J. (2013). Griechenland: Silberstreif am Horizont?! Eine kurze Reformbilanz. IW Policy Paper 4/2013, Köln.
- McKinsey & Company (2011). Greece 10 Years Ahead. Defining Greece's new growth model and strategy. Executive summary, September, Athen.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2011). Greece: Review of the Central Administration. OECD Public Governance Reviews. 2. December, Paris.
- OECD (Organisation for Economic Cooperation and Development) (2013). *Economic Policy Reforms 2013: Going for Growth*. Paris.
- Schrader, K., und C.-F. Laaser (2012). Die Krise in Südeuropa oder die Angst vor dem Dominoeffekt. Griechenland, Portugal und Spanien im Krisentest. Kieler Diskussionsbeiträge 500/501. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Šemeta, A. (2012). Šemeta: Tax evasion costing Greece 5% of its GDP. Via Internet am 17.12.2012 <<http://www.euractiv.com/euro-finance/semeta-tax-evasion-costing-greece-news-516708>>.
- Snower, D., J. Boysen-Hogrefe, K.-J. Gern, H. Klodt, S. Kooths, C.-F. Laaser, B. van Roye, J. Scheide und K. Schrader (2013). Kieler Krisen-Kompass: Ein Gesamtpaket zur Überwindung der Krise im Euroraum. Kiel Policy Brief 58 und 58a. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Weltbank (2012). Doing Business – Measuring Business Regulations. Economy Rankings. Washington, D.C. Via Internet am 21.09.2012 <<http://www.doingbusiness.org/rankings>>.

1823. Mileva, M. (2013). Optimal Monetary Policy in Response to Shifts in the Beveridge Curve. Kiel, 30 S.
1824. Heitmann, N. (2013). Including Maritime Transport in the EU's Climate Change Policy: Country-Based Allocation and Effects. Kiel, 45 S.
1825. Fuchs, A., P. Nunnenkamp und H. Öhler (2013). Why Donors of Foreign Aid Do Not Coordinate: The Role of Competition for Export Markets and Political Support. Kiel, 38 S.
1826. Montagna, M., und T. Lux (2013). Hubs and resilience: towards more realistic models of the interbank markets. Kiel, 26 S.
1827. Taylor, M., und S. Reitz (2013). Exchange Rates in Target Zones—Evidence from the Danish Krone. Kiel, 21 S.
1828. Dovern, J., M. Quaas und W. Rickels (2013). The rich, the clean, and the kind—A comprehensive wealth index for cities applied to the case of Germany. Kiel, 41 S.
1829. Blanchard, E., T. Chesnokova und G. Willmann (2013). Private Labels and International Trade: Trading Variety for Volume. Kiel, 26 S.
1830. Fricke, D., K. Finger und T. Lux (2013). On Assortative and Disassortative Mixing Scale-Free Networks: The Case of Interbank Credit Networks. Kiel, 18 S.
1831. Blanchard, E., und G. Willmann (2013). Trade, Education, and The Shrinking Middle Class. Kiel, 41 S.
1832. Balleer, A., B. Gehrke, W. Lechthaler und C. Merkl (2013). Does Short-Time Work Save Jobs? A Business Cycle Analysis. Kiel, 34 S.
1833. Petrick, S. (2013). Carbon Efficiency, Technology, and the Role of Innovation Patterns: Evidence from German Plant-Level Microdata. Kiel, 23 S.
1834. Aboura, S., und B. van Roye (2013). Financial stress and economic dynamics: an application to France. Kiel, 29 S.
1835. Caponi, V., und M. Plesca (2013). Empirical Characteristics of Legal and Illegal Immigrants in the U.S. Kiel, in Bearbeitung.
1836. Schröder, C., K. Rehdanz, D. Narita und T. Okubo (2013). Household Formation and Residential Energy Demand: Evidence from Japan. Kiel, 36 S.
1837. Boss, A., H. Müller und A. Schrunner (2013). Einkommensteuertarife in der Bundesrepublik Deutschland und ihre Folgen für die Belastung ausgewählter Haushaltstypen. Kiel, 60 S.
1838. Öhler, H., und P. Nunnenkamp (2013). Needs-Based Targeting or Favoritism? The Regional Allocation of Multilateral Aid within Recipient Countries. Kiel, 35 S.
1839. Goldberg, L., und C. Tille (2013). A Bargaining Theory of Trade Invoicing and Pricing. Kiel, 55 S.
1840. Böhme, M. (2013). Does Migration Raise Agricultural Investment? An Empirical Analysis for Rural Mexico. Kiel, 31 S.
1841. Nunnenkamp, P., und M. Sosa Andrés (2013). Ownership Choices of Indian Direct Investors: Do FDI Determinants Differ between Joint Ventures and Wholly-owned Subsidiaries? Kiel, 37 S.

- Nr. 125 *Henning Klodt*: **Vier Grundsätze zu den Steuer-CDs.** 6. September 2012.
- Nr. 126 *IfW-Prognosezentrum*: **EZB-Entscheidung zum Kauf von Staatsanleihen birgt Risiken.** 12. September 2012.
- Nr. 127 *Rolf J. Langhammer*: **Die Krise im Euroraum trifft auch Dritte: Weg von der Nabelschau.** 24. September 2012.
- Nr. 128 *Ulrich Schmidt*: **Ein regulierter Markt für Organspenden in Deutschland.** 13. November 2012.
- Nr. 129 *Rolf J. Langhammer*: **Die USA in kommenden Jahren: Zugpferd, Hemmschuh, Störfaktor oder nur noch Mitläufer der Weltwirtschaft?** 21. November 2012.
- Nr. 130 *Rolf J. Langhammer*: **Asiens Demografie bedroht die Weltwirtschaft.** 11. Dezember 2012.
- Nr. 131 *Henning Klodt*: **Griechenland: Schuldentrückkauf für noch mehr Schulden.** 8. Januar 2013.
- Nr. 132 *Henning Klodt*: **Mehr Eigenverantwortung für die Euro-Schuldnerländer!** 15. Januar 2013.
- Nr. 133 *Dirk Dohse* und *Ingrid Ott*: **Fachkräftemangel in der Wissenswirtschaft.** 23. Januar 2013.
- Nr. 134 *Stefan Kooths*: **Fristenverbund und Langzeitfolgen: Über die Krise hinausdenken.** 11. Februar 2013.
- Nr. 135 *Henning Klodt*: **Münchhausens Geschichte vom „Green Growth“.** 18. Februar 2013.
- Nr. 136 *Henning Klodt*: **Wer viel trinkt, braucht billigen Schnaps.** 26. März 2013.
- Nr. 137 *Stefan Kooths*: **Mehr Europa? Mehr Regulierung? Mehr Geld?** 9. April 2013.
- Nr. 138 *Sonja Peterson* und *Wilfried Rickels*: **Bei der Energiewende geht es um mehr als Kosten.** 22. April 2013.
- Nr. 139 *Alfred Boss* und *Astrid Rosenschon*: **Nachhaltiger Subventionsabbau nur bei Fundamentalkorrektur der Finanzverfassung.** 2. Mai 2013.
- Nr. 140 *Nils Jannsen* und *Stefan Kooths*: **Aktuelle Trends im deutschen Außenhandel.** 13. Mai 2013.
- Nr. 141 *Rolf J. Langhammer*: **Chinas Strukturwandel zwingt ausländische Anbieter zum Umdenken.** 16. Mai 2013.

- 506./507. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Sommer 2012
Kiel, Juni 2012. 49 S. 18 Euro.
- 508./509. Nationale Geldschöpfung im Euroraum: Mechanismen, Defekte, Therapie
Stefan Kooths und Björn van Roye
Kiel, Juni 2012. 47 S. 18 Euro.
- 510./511. Weltkonjunktur im Herbst 2012
Kiel, Oktober 2012. 48 S. 18 Euro.
- 512./513. Deutsche Konjunktur im Herbst 2012
Kiel, Oktober 2012. 41 S. 18 Euro.
- 514./515. Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2012
Kiel, Dezember 2012. 67 S. 18 Euro.
- 516./517. Subventionen in Deutschland in den Jahren 2000 bis 2011/2012: Der Kieler Subventionsbericht
Claus-Friedrich Laaser und Astrid Rosenschon
Kiel, März 2013. 18 Euro.
- 518./519. Weltkonjunktur im Frühjahr 2013
Kiel, April 2013. 47 S. 18 Euro.
- 520./521. Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2013
Kiel, April 2013. 45 S. 18 Euro.
- 522./523. IfW-Krisencheck: Alles wieder gut in Griechenland?
Klaus Schrader, David Bencek und Claus-Friedrich Laaser
Kiel, Juni 2013. 54 S. 18 Euro.